

9 Dringlichkeitsanträge

9.1 Bauen in Graz (GR Dr. Peter Piffel-Percevic, ÖVP)

GR Dr. **Piffel-Percevic**:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörende und Zusehende im Livestream. Bei meinem Vortrag des Stadtentwicklungsstückes und Fläwis habe ich schon Bezug genommen. Wir können daher dort aufsetzen an dieser Dynamik der Entwicklung der Stadt, die uns Gott sei Dank die Prognostiker auch für die mittlere und weitere Zukunft für die Fortsetzung dieser Dynamik uns sagen, dass es so in dieser beachtlichen Entwicklung im Wesentlichen weitergehen wird; auch die bisherigen Prognosen waren ja eher moderat gegenüber der tatsächlichen Entwicklung. Es tut uns insgesamt gut, auch, wie gesagt, jetzt unsere Hausaufgaben sehr ernst zu nehmen, auch Optimismus dadurch auszustrahlen, denn wir brauchen den gegenseitigen Zuspruch nicht als Zweckoptimismus, sondern als tatsächlich gerechtfertigten tauglichen Optimismus. Nur so können wir unserer Verantwortung gerecht werden. Ja, wir müssen vorsorgen, das ist eine unserer Aufgaben und es betrifft diese Thematik, besser hätte es nicht sein können, durch das Stadtentwicklungskonzept, durch den Flächenwidmungsplan, durch die Bebauungspläne und eben seit zweieinhalb Jahren auch das Räumliche Leitbild, wo wir erste Erfahrungen sammeln können, da geht es allesamt um Lebensqualität und architektonische Qualität und planerische Qualität und um Grünraumqualität. Und ich stelle daher den

dringlichen Antrag,

dass wir uns einer sehr positiven Erfahrung bedienen. Ich durfte heute schon kurz sozusagen in das Nähkästchen des Ausschusses blicken, es hat auch lobende Worte gegeben, das beruht alles auf Gegenseitigkeit, wie man dort umgeht miteinander, wie man gemeinsam bemüht ist, die Dinge konstruktiv weiterzubringen und da darf ich

verweisen auf einen in der Art ständigen Unterausschuss der Planungssprecher. Wir haben den noch vor Corona-Zeiten regelmäßig wiederkehrend ganz informell, aber unter der kompetenten Führung der Stadtplanungsabteilung, von DI Inninger und seinen, hauptsächlich Damen, MitstreiterInnen, aber natürlich gibt es dort auch Männer, die sehr wesentlich beitragen. Wir haben da die verschiedensten Vorhaben, Entwicklungslinien ganz offen und sachlich und zeitnehmend diskutiert, diese Pakete von STEK-Änderungen und Fläwi-Änderungen sind dort ausführlich immer wieder mehrmals, auch wenn noch Unklarheiten waren, besprochen wurden. Und auf diese positiven Erfahrungen aufsetzend möchten wir, nicht nur aus der Corona-Geschichte heraus, wo man meistens nur online oder ganz en passant oder im Umlaufbeschluss agiert, möchten wir dieses Instrument aktivieren. Es ist Handlungsbedarf hinsichtlich, wir werden das heute auch im dringlichen Antrag der SPÖ sehen, was die Bebauungsdichten betrifft, das werden wir dann dort noch näher erörtern, was den Ortsbild- und Denkmalschutz betrifft, was Mietpreis und Eigentumsentwicklungen betrifft, ja, auch was Stellplatz-Philosophien oder Strategien betrifft, was die Leerstandserhebung betrifft, was klimarelevante Bodenversiegelungen betrifft, Kollege Georg Topf hat da diesen Grünflächenfaktor ja uns schon sehr überzeugend dargelegt, es sind noch nicht alle überzeugt, vor allem auf der gesetzgebenden Ebene nicht, da liegt viel Arbeit vor uns. Es geht nochmals um die Grünraumgeschichte, auch um die Stadtmeteorologie. Und wir werden das auch dort mit Fachleuten zu diskutieren haben, wir werden uns dort die Zeit nehmen, Amtsinterne, Amtsexterne, und das kann ich schon vorweg dazusagen, weil Sie wissen ja, der Vorsitzende eines Ausschusses muss dann letztlich die Entscheidung treffen, wer und wann als Auskunftsperson beigezogen wird. Ich kann jetzt schon zusagen, auch einen Zusatzantrag vorwegnehmend, dass wir selbstverständlich, und da hat es auch nie einen Streit gegeben oder keine Akzeptanz, selbstverständlich das sehr offen und flexibel auch handhaben. Wir werden uns das nötige Wissen auch einkoppeln, wenn wir irgendwo anstehen oder das dringend brauchen. Ich ersuche daher, dass wir diese Einrichtung dieses ständigen Stadtplanungsunterausschusses zur Stadtentwicklung sozusagen gemeinsam konsensual heute hier beschließen. Nochmals vielen Dank für eure rege

Zuarbeit und Zusammenarbeit, und auch ganz wichtig, es war auch immer möglich, danke an das Amt, auch in die Klubs auch VertreterInnen, Referenten, Leiter einzuladen ...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Bitte zum Ende kommen.

GR Dr. Piffl-Percevic:

... und auch das ist unabhängig davon weiterhin vorgesehen. Ich ersuche daher Sie alle um Annahme dieses Antrages (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Anforderungen an eine weitere moderne Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Graz sind vor allem durch die Erfordernisse eines verstärkten Klimaschutzes, durch die Anforderungen an die Wahrung und Steigerung der Lebensqualität angesichts der seit Jahren anhaltenden und durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie aller Voraussicht nach nur kurzfristig weniger stark steigenden Bevölkerungsentwicklung in Graz und im Zentralraum Graz determiniert.

So wie der Verkehrsbereich angesichts der angesprochenen Herausforderungen durch innovative Lösungsansätze einen wesentlichen Beitrag hiezu zu leisten imstande ist, so muss auch an einer innovativen siedlungs- und baurelevanten Stadtentwicklung ständig gearbeitet werden. Die dafür relevanten Determinanten gilt es daher stetig zu evaluieren, anzupassen und fortlaufend zu entwickeln. Die Stadt Graz und alle Verantwortungsträger der Stadt sind daher aufgerufen, auch die hierfür maßgeblichen Parameter stets im Fokus zu behalten. Analog zu den konstruktiven Sitzungen der Bau- und Raumordnungssprecher im Vorfeld der Erstellung des Flächenwidmungsplanes und des Stadtentwicklungskonzeptes soll sich ein ähnliches Gremium erweitert um

Architekten, Städteplaner und weitere Experten den derzeitigen Herausforderungen einer qualitätsvollen Stadtentwicklung stellen.

Dabei war es auch durch eine enge Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt, mit dessen Leitung, den jeweils befassten ReferatsleiterInnen und MitarbeiterInnen möglich, Lösungen im Sinne einer optimalen Stadtentwicklung zu erarbeiten und zu verbessern.

Mögliche zu behandelnden Themen könnten sein:

- *Klimarelevante Bodenversiegelung*
- *Leerstandserhebung*
- *Bebauungsdichten*
- *Mietpreis- und Eigentumspreisentwicklungen*
- *Baubeschränkungen*
- *Ortsbild- und Denkmalschutz*
- *Altstadtschutz*
- *Landschaftsschutz und Grünraumgestaltung*
- *Weitere Themen können und sollen von den jeweiligen Fraktionssprechern in den Dialogprozess eingearbeitet werden.*

Im Anlassfall sollen auch Vertreter der ASVK und des Denkmalschutzes sowie Expertinnen und Experten des Natur- und Landschafts- sowie des Klimaschutzes in die Sitzungen des in Aussicht genommenen Unterausschusses eingebunden werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

- *Unter Federführung der Mag.-Abt 14 – Stadtplanung wird der Unterausschuss „Stadtentwicklung“ im Rahmen des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung, bestehend aus allen Parteien, gegründet. Die Mitglieder des*

Unterausschusses werden gemeinsam mit Experten inhaltliche Strategien zu einer qualitätvollen Stadtentwicklung diskutieren und Vorschläge für Änderungs-, Ergänzungs- und Novellierungswünsche erarbeiten.

- *Der angeführte Unterausschuss soll so rasch wie möglich zusammentreten und anlass- bzw. ergebnisbezogen dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung berichten.*

GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte Stadträte, sehr geehrte ZuseherInnen zuhause. Nachdem es der Kollege Piffli-Percevic gerade schon erwähnt hat, dass es einen Zusatzantrag geben wird, habe ich mich jetzt gleich zur Dinglichkeit zur Wort gemeldet. Ich möchte sagen, für uns ist der Antrag dringlich, wir auch inhaltlich zuzustimmen, und vor allen Dingen verstehe ich ihn und auch diesen Zusatzantrag, den ich stellen möchte, keinesfalls als Kritik am Stadtplanungsamt und an allen zuständigen Ämtern, die wir aus dem Ausschuss kennen, die wirklich immer sehr informativ sind, die sehr gut arbeiten, sehr genau arbeiten. Aber der Zusatzantrag ist dahingehend, dass jede im Gemeinderat vertretene Partei berechtigt ist, eine externe Expertin oder einen externen Experten zu den Sitzungen des Unterausschusses zu nominieren, weil die Themen, die hier genannt sind, doch recht vielfältig sind. Das geht von einer Stadtplanung, wie sie universitär gelehrt wird, die die Stadt als Gesamtheit ansieht, aber auch zu so erfreulichen Themen wie Leerstandserhebungen, wo ich überrascht war, das in eurem Antrag zu finden. Aber gerade auch Landschaftsschutz, Grünraumgestaltung, da gibt es Gestaltungen, da gibt es ExpertInnen, die sich wirklich auf diese Themen spezialisiert haben, die da wertvolle Beiträge einzubringen haben, die zeitgemäß am Stand der wissenschaftlichen Forschung dran sind und die so eine Diskussion wirklich bereichern könnten und mit denen wir vielleicht auch neue Ideen entwickeln können. Ich kann nur sagen, also nachdem vor einigen Jahren, als die Professur für Stadtplanung an der TU in Graz eingerichtet wurde, die erste Professorin

dort gesagt hat, der Stadt Graz sieht man an, dass es lange Zeit keine Stadtplanung gab, muss ich sagen, da hat sich jetzt schon einiges daran geändert. Das bezog sich auf das historische Wachstum, weil du so mit dem Kopf schüttelst, natürlich, eine Stadt wächst und das oftmals unkontrolliert. Ich glaube, dass sich jetzt schon sehr viel getan und geändert hat und wir können sehr viel Positives dazu beitragen, dass sich da weiterhin etwas ändert, dass die Stadt immer noch viel mehr lebenswert wird, schöner wird, angenehmer wird, dass sich die Leute gerne drinnen aufhalten und deswegen stimmen wir dem zu und stellen eben diesen

Zusatzantrag

auf das Einbringen externer Expertisen. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Zusatzantrag:

Der Antragstext wird um folgenden Punkt ergänzt:

- *Jede im Gemeinderat vertretene Partei ist berechtigt, je eine externe Expertin/einen externen Experten zu den Sitzungen des Unterausschusses zu nominieren.*

KO GR Dreisiebner:

Werter Antragsteller, doch Piffli-Percevic und nicht Frölich, ja, kann passieren, werte KollegInnen, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Damen und Herren im Livestream. Ich finde das ganz toll, diesen Antrag, den die ÖVP vorbereitet hat. Wir werden sicher auch

noch irgendwann Gelegenheit haben, darüber zu reden, warum im Dezember die Anträge von meiner Kollegin Manuela Wutte und von mir selber, zur Erinnerung noch schnell, Manuela Wutttes Antrag hat sich mit der Erstellung eines neuen Wohnungsberichtes, aber auch mit den Themen Leerstand, leistbares Wohnen, etc. befasst, und ich habe mich in Richtung der Stadtplanung, der Raumordnung, STEK- und Fläwi-Revision versucht, unsere Ideen einzubringen. Das hat damals jedenfalls den Effekt gehabt, dass es bei euch zuerst offenbar Sprachlosigkeit ausgelöst hat, liebe ÖVP, weil ihr habt, nach meiner Erinnerung, zu beiden Anträgen keine Wortmeldung abgegeben, was mich schon sehr überrascht hat, zumal der Herr Vorsitzende des Planungsausschusses da ja ein profunder Kenner und erfahrener Gemeinderat ist in der Sache. Aber immerhin die zwei vergangenen Monate ist bei euch offenbar parteiintern eine Diskussion in Gang gekommen, und das finde ich positiv. Und deswegen werden wir diesen Antrag unterstützen, nebstbei auch den Zusatzantrag von der Kollegin Braunersreuther. Expertise hineinzuholen ist natürlich nie von Schaden, sondern kann immer nur einen positiven Nutzen bringen. Ich bin auch sehr froh, dass der Antrag nicht mit einer abgeschlossenen Liste hier steht, was wir uns alles anschauen sollten, sondern auf Seite 1 unten: „Weitere Themen können und sollen von den jeweiligen FraktionssprecherInnen eingebracht werden.“ Ein paar habe ich schon angerissen. Die Frage: Brauchen wir einen Wohnungsbericht? Die Frage: leistbares Wohnen? Ich stelle noch ein paar andere Themen hier hinein: Sind wir mit der gegenwärtigen Bebauungsplanzonierung glücklich? Gibt es Stadtgebiete, ich nenne z.B. den Grüngürtel und die Bebauung im Grüngürtel, wo man vielleicht auch mit Bauungsplanpflichten arbeiten sollte, um die Rechte der BürgerInnen zu erweitern? Und sollten wir uns z.B. auch mit den ganz wichtigen Themen, wie zusätzliche Vertragsraumordnungsinstrumente, es gibt z.B. die Vertikalbegrünung, die ja eine wunderschöne Sache ist, um Grünraumverlust ein bisschen zu ersetzen, das wäre z.B., was mir einfällt und dann natürlich die Frage von Bestandsbäumen, Bestandsbaumschutz und die Liste ist noch immer nicht abgeschlossen, aber das wäre für mich jetzt einmal so, nebst zwei bis drei anderen weiteren Dingen, das, was uns

auch wichtig wäre. Ich sage danke an den Antragsteller, sein Name ist Peter Piffli-Percevic (*Gelächter, Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Danke, Herr Klubobmann Dreisiebner, heute machst du es ein bisschen lustig, oder? Aber passt schon so.

KO GR Ehmman:

Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen und ZuseherInnen im Livestream. Ja, ich komme nicht umhin, um zu sagen: „Schade“. Warum beginne ich das eigentlich so? Der Antrag ist grundsätzlich echt eine positive Sache, wir werden der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. Aber schade deshalb, weil es so lange gedauert hat, weil die Problematik ist ja schon viele, viele Jahre bekannt. Das Stichwort ist heute von dir selbst gefallen, Peter: Leerstandserhebung, die wir oft versucht haben, nie erreicht haben, jetzt geht es vielleicht dieses Mal. Es wurde dann der Versuch über einen Energieversorger, eh ein kläglicher Versuch, einen Leerstand darzustellen, der war aber eher ungeeignet. Also wir hoffen, dass es jetzt tatsächlich so weit ist, dass wir derartige Instrumente verwendet, um letztendlich der Problematik entgegenzuwirken, ich sage nur Stichwort AnlegerInnen-Wohnungen. Also wie man in Graz das Problem mittlerweile tatsächlich in einem hohen Ausmaß haben, wo Immobilienfonds, Pensionsfonds oder so weiter über die Stadtgrenzen hinausgehend hier in Graz AnlegerInnen-Wohnungen finanzieren und hier wirtschaftlich betreiben. Nur logischerweise der Stadt hilft es nichts, der Bevölkerung hilft es nichts, uns hilft es auch nicht, weil die kommunalen Kosten haben wir damit verbunden, natürlich auch die Infrastruktur müssen wir herstellen etc. und gleichzeitig bringt es uns aber nichts und daher glaube ich, dass das wirklich höchste Zeit und höchste Notwendigkeit hat, einen derartigen Ausschuss, der

sich mit diesen vielen Themen und Fragen sachlich, ernst, vor allem ernst auseinandersetzt und jetzt nicht als Wahlkampfgetöse, ach ja, jetzt vor der Wahl sage ich einmal so im Zeitrahmen hier darstellt, sondern dass das wirklich ernst gemeint ist, weil wirklich hier höchster Handlungsbedarf ist. Und ich bin mir sicher, dass viele Menschen das positiv aufnehmen werden und auch sehen werden. Weil wenn wir sehen, wie alte Häuser, erhaltenswerte Häuser übrigens, den Baggern zum Opfer fallen, in beschaulichen Wohnvierteln, auch in Einfamilienhaus-Gegenden auf „Teufel komm raus“ verdichtet wird und so weiter, dann muss das ein Thema sein und ich denke nur, du hast es schon angesprochen, auf den Antrag der heute noch von uns kommen wird in Richtung der Dichte, des Rechtsanspruches auf die Höchstdichte, das ist auch eine absolute Notwendigkeit, sich das anzusehen und sich dem Thema anzunehmen. Also, wie gesagt, grundsätzlich werden wir dem auf jeden Fall nicht nur der Dringlichkeit, sondern auch dem Inhalt zustimmen. Wir können aber auch dem Zusatzantrag der KPÖ etwas abgewinnen, dass zusätzliche Expertinnen und Experten von den Fraktionen zu nennen sind und hier in diesen Unterausschüssen mitzuwirken. Also ich denke, je mehr Köpfe sich hier Gedanken machen, desto eher wird etwas Vernünftiges herauskommen am Ende des Tages, weil es viele Sichtweisen gibt und in dem Sinne hoffen wir eben, dass es nicht eine Art Alibi-Form wird, so wie es in der Vergangenheit schon das eine oder andere Mal war, sondern ernsthaft die Auseinandersetzung mit diesem Thema, um letztendlich zu Lösungswegen, nicht nur für uns als Gemeinderat, sondern auch für die Bevölkerung letztendlich zu kommen, das ist das Entscheidende. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte ZuseherInnen und Zuschauer im Livestream. Ich glaube, das ist ein ganz ein wichtiger Antrag. Es war auch immer schon ein persönliches Anliegen, diese gute Einrichtung eines

Arbeitskreises, wir haben es Unterausschuss ganz bewusst genannt, dass damals die Raumordnungssprecher immer wieder zu bestimmten Themen in kontinuierlichen Abständen zusammengekommen sind und dort auch mit externen Expertinnen und Experten, die wir beigezogen haben, deshalb ist der Zusatzantrag für uns eigentlich nicht, also dem kann man nicht zustimmen, weil wir das sowieso immer gemacht haben. Weil ganz besondere Themen, die ja auch hier im Antrag angeführt sind, immer wieder natürlich die Notwendigkeit haben, hier Expertinnen und Experten einzuladen. Ein besonderes Thema, und das hast du, Karl, angeschnitten, ein bisschen Steckenpferd von mir, ist dieser Grün- und Freiflächenfaktor. Du hast ja heute auch wieder die vertikale Begrünung angeschnitten, die wir sozusagen nicht klimarelevant in unseren Möglichkeiten der Versiegelung, die sich ja eher auf der horizontale Ebene befindet oder eben sich auf der horizontalen Ebene abspielt, wir können also diese Begrünungen sozusagen nicht klimarelevant in unsere Überlegungen miteinbringen, deshalb, ganz besonders wichtig, noch einmal sozusagen der Anlauf Richtung Grün- und Freiflächenfaktor. Ein besonderes Thema ist natürlich auch die Bebauungsdichte, das wird ja heute noch ein Thema vom Herrn Kollegen Muhr sein, auch da gibt es natürlich Handlungsbedarf, keine Frage. Die Bebauungsdichte-Diskussion verfolgt uns schon sehr lange, keine Frage, auch das wird ein wichtiges Thema sein. Ich denke, wir werden gleich zu Beginn der Arbeit des Unterausschusses, und da geht es auch in Richtung der Raumordnungssprecher, wir werden sicher zwei bis drei Punkte in ein Paket zusammenführen müssen, um jetzt wieder sozusagen auch den Anlauf zu unternehmen Richtung Landesgesetzgeber, das eine oder andere sowohl möglicherweise auch im Baugesetz ändern zu müssen, aber insbesondere auch im Raumordnungsgesetz. Also die beiden Rechtsmaterien muss man ja gemeinsam betrachten in diesem Unterausschuss, weil das eine bedingt allenfalls auch eine Auswirkung auf die andere Gesetzesebene. Deshalb glaube ich, ist dieser Antrag ein sehr wesentlicher Antrag und ich denke, dass wir auf jeden Fall, wenn es notwendig ist, Expertinnen und Experten aus allen Ebenen hinzuziehen können. Es sind ja einige Dinge angesprochen worden, die ASVK und so weiter, die ist ohnedies auch immer wieder gerufen und angerufen, hier Stellungnahmen abzugeben. Ich bitte also

nochmals um Zustimmung zum Antrag, aber das ist ja schon erfolgt. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Dankeschön, Entschuldigung, der Weg ist ein weiter hier in der Stadthalle. Geschätzter Antragsteller, danke für den Antrag selber. Ich war etwas überrascht, dass ihr als ÖVP das auch einbringt. Wir unterstützen das, das hat Kollege Klubobmann Michi Ehmann schon gesagt. Ich habe mich dann auch gefreut über die Themen, die hier angesprochen wurden, weil ist alles wichtig. Das Wohnen ist nicht eindimensional, sondern es trifft uns alle und das in vielen verschiedenen Bereichen. Mein Punkt, den ich hier ansprechen möchte, es ist im Raumordnungsausschuss oder als Unterausschuss sollte das behandelt werden, es ist einmal schön, wenn man in einem Gremium zusammenkommt, diese Thematik zu besprechen. Aber es sind über diesen Bereich hinaus viele andere Bereiche angesprochen, ob es hier um die Leistbarkeit geht, ob es um andere Möglichkeiten geht, die gehen über die Raumordnung hinaus, und ich bitte, das nicht zu vergessen und was ich gerne betonen möchte, bitte nehmt das mit, was schon da ist. Wir haben in diesem Raum und in diesem Gremium im Gemeinderat schon oft darüber diskutiert, es ist einiges Wissen da, es ist einiges an Ideen da, das wird das auch aufgreifen. Ich möchte auf meinen dringlichen Antrag, den ich dann noch vortragen werde, aber besonders hinweisen. Ich habe hier einen Link drinnen und in diesem Link sieht man die Wohnbauentwicklung in der Stadt Graz nach kleinräumig, nicht nur auf Bezirken, sondern heruntergebrochen auf Teile von Bezirken, und auch hier zeigt sich zum einen ein Überangebot und zweitens eine enorme Preissteigerung. Ich möchte das schon als Input in diesem Ausschuss vorlegen. Die Diskussion darüber, für das stehe ich natürlich gerne zur Verfügung, aber bitte nehmen wir das mit auf, denn, und jetzt nehme ich den Antragsteller beim Wort, der innovativen siedlungs- und baurelevanten Stadtentwicklung, an der muss ständig gearbeitet werden. Ja, es ist auch innovativ, innovativ auf das Thema zuzugehen und alles zu nehmen, was da ist. Dankeschön (*Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Nur eine ganz kleine Anmerkung meinerseits, der Dringlichkeitsantrag und den Inhalt hat eh meine Kollegin schon richtig ausgeführt. Wir werden auch zustimmen, natürlich. Ich bin vielleicht nur, ich kann mich nämlich noch sehr gut erinnern, im Gemeinderat, wie wir einen Unterausschuss für den Bau- und Raumordnungsausschuss, wie er damals geheißen hat, gehabt haben und wichtig ist halt, dass wir nicht nur so in dem, weil es hat damals das Gesprächsklima gefördert, man hat sich sehr vertiefend beschäftigen können, das war sehr freundschaftlich als Austausch, muss ich auch sagen. Aber letztendlich muss es immer darum gehen, das auch umzusetzen, und dass das Wohnen zu teuer ist, ich glaube, das müssen wir in dem Gremium nicht feststellen, weil das ist eine Praxis. Das Entscheidende ist dann, was setzt man für Maßnahmen und es darf natürlich auf keinen Fall dazu führen, dass der Parlamentarismus sozusagen und die Initiativen, die ja in der Richtung eh schon unzählige gesetzt worden sind, dann dadurch eigentlich nur versucht werden, auf die lange Bank zu schieben und das behandeln wir dann wieder im Unterausschuss. Also es geht eigentlich um die Umsetzung und dass das am Ende dieser Periode jetzt kommt. Ich hoffe nicht, dass mein Verdacht oder meine Vermutung in die Richtung geht, also vieles von dem, was hier aufgelistet worden ist, da haben viele, die hier sitzen, Initiativen gesetzt, man hätte das eigentlich nur beschließen müssen (*Appl.*).

GR Dr. Piffl-Percevic:

Herr Vorsitzender, ich wollte eigentlich verzichten, aber die Stadträtin hat mir doch noch ein Stichwort gegeben. Ja, wir haben schon auch gemeinsam und einstimmig viel beschlossen, aber, und das wird uns auch in diesem Bebauungsdichte-Antrag noch einmal begegnen, wir wurden einfach nicht gehört. Es bedarf auch eines wiederholten Vorstoßes in vielen Dingen und schon alleine deswegen, ich denke an den Grünflächenfaktor, nochmals, die Bebauungsdichte wird uns gleich beschäftigen. Wir müssen auch noch entschiedener und noch nachhaltiger auch die Bestimmungen einfordern, die eine Landeshauptstadt Graz, um es auf den Punkt zu bringen, braucht,

vielleicht andere Städte nicht so sehr, aber wobei ich der festen Überzeugung bin, dass Kapfenberg, Leoben und dergleichen gut beraten werden, über gewisse Instrumente zu verfügen, die es heute noch nicht gibt. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

9.2 Ein zukunftsorientierter Schulterchluss für innovative Mobilitätslösungen in Graz mit seinem Zentralraum (GR DI Georg Topf, ÖVP)

GR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hoher Stadtsenat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream. Im Betreff ist eigentlich das schon ausgesagt, was insbesondere auch unser Herr Bürgermeister immer wieder betont, jetzt in der letzten Zeit verstärkt betont und auch für mich ein großes Anliegen ist als Vorsitzender des Verkehrsausschusses, der immer wieder auch versucht, möglichst konsensuale, gemeinschaftliche Lösungen mit großer Mehrstimmigkeit, auf breiter Basis aufgebaut zu treffen. Es geht also um einen zukunftsorientierten Schulterchluss für innovative Mobilitätslösungen in Graz mit seinem Zentralraum. Der Motivenbericht ist sehr ausführlich, und ich werde einige Punkte sozusagen nur überschriftsmäßig oder stichwortartig hier vortragen. Im ersten Abschnitt oder im ersten Kapitel, wenn ich das so sagen darf, geht es darum, dass wir ja damit konfrontiert sind, und Gott sei Dank positiv konfrontiert sind, dass die Koralmbahn und auch der Semmeringbasistunnel, ich hoffe, noch rechtzeitig in diesem Jahrzehnt fertiggestellt werden und dass natürlich auch die Bahnunternehmen ÖBB und GKB mit ihren S-Bahn-Verbindungen, mit ihren Taktverdichtungen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass der steirische Zentralraum, insbesondere

natürlich auch die Stadt Graz, mittlerweile zu einem der bestangebundenen Regionen von Österreich zu zählen ist, das muss man schon betonen. Wir haben hier einige Dinge doch in Zukunft zu erwarten, die das auf jeden Fall unterstützen. Warum habe ich diesen Antrag gestellt? Ich habe doch die Meinung, dass wir jetzt eine Brücke bauen müssen, nämlich zu den Notwendigkeiten, die sich in der Stadt Graz dadurch ergeben. Verbunden mit diesem überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum, wir haben heute schon gehört, im letzten Jahr hat es eine Verflachung gegeben, aber die Prognosen, die ja schon angeführt wurden, zeigen, dass wir durchaus auch im Zentralraum mit einem Bevölkerungswachstum zu rechnen haben und deshalb ist es unbedingt notwendig, dass im Gesamtsystem des ÖV in Graz sozusagen hier auch eine adäquate Lösung zur Taktverdichtung, zum Ausbau bei der ÖBB und bei der GKB kommen wird. Wir dürfen also nicht sozusagen darauf vergessen, dass also hier möglicherweise dann die Stadt Graz in Bezug auf das übergeordnete Netz eine quasi Mobilitätsbremse hinsichtlich des ÖV darstellt. Wir haben, und das ist heute schon vom Herrn Stadtrat Riegler angesprochen worden, durchaus eine große Summe, 1,2 Mrd. Euro, in den letzten zwei Jahrzehnten in den ÖV investiert, wir haben alleine ins Straßenbahnsystem rund 1 Mrd. Euro hier aufgewandt. Die Fahrgastzahlen sind auch erfreulicherweise in den letzten Jahren um 20 % gestiegen. Was allerdings nicht, glaube ich, zu einem großen Erfolg noch geführt hat, ist, dass wir den Modal Split entsprechend sozusagen steigern konnten, wir haben immer noch sozusagen einen stagnierenden Prozentsatz von 20 %. Es ist also notwendig, darüber nachzudenken, dass die ÖV-Attraktivierung nur über leistungsfähige, schnellere und modernere Mobilitätssysteme vonstattengehen kann und das ist unbedingt erforderlich. Mit einem verstärkten Umstieg vom IV auf den ÖV werden aktiv die Erreichung unserer Umwelt- und Klimaschutzziele unterstützt, die bereits hohe Lebensqualität für Grazerinnen und Grazer weiter verbessert und insbesondere auch die Standortfaktoren von Graz mit seinem Wirtschafts- und Lebensraum optimiert. Insgesamt geht es darum, dass wir also hier ein ÖV-Netz für Graz und für den Zentralraum Graz in Graz erschaffen, das es ermöglicht, von einem Angebot der ÖBB, der GKB, also das schienengebundene Netz, das also Graz umschließt oder aufschließt,

noch zu ergänzen durch ein sehr leistungsfähiges, schnelleres und attraktiveres Mobilitätssystem. Die Fragen, die sich jetzt stellen, die wir gemeinsam im Sinne eines guten Zusammenarbeitens, im Sinne eines guten Schulterschlusses bearbeiten müssen, können die Ausbau-Impulse moderner Bahnen genutzt werden, um eine überregionale Mobilität mit der Stadt Graz zu verbinden? Wie kann der aktuell erreichte und zwingend notwendige Ausbau unserer Bahn-Infrastruktur in der Steiermark mit einem modernen, leistungsstarken Mobilitätssystem auch für die zweitgrößte Stadt von Österreich bedarfsgerecht und standortgemäß ergänzt werden, um das Gesamtsystem in seiner Attraktivität nicht zu gefährden? Um diese Fragen ausreichend nachvollziehbar beantworten zu können, gibt es eben die Notwendigkeit, dass wir hier bestimmte Gremien schaffen, die eben diese gemeinsamen Lösungen erarbeiten, wo alle Ideen, Konzepte und Überlegungen miteinfließen können. Der Abstimmungsprozess sollte mit Mut zum Weitblick und einem Schulterschluss aller Fraktionen, aller Parteien ein optimales, mit den externen und internen Fachleuten entwickeltes Gesamtpaket ergeben, hiezu soll von jeder im Gemeinderat vertretenen Partei, wir haben jetzt einmal die Zahl, je eine Expertin, ein Experte namhaft ...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Bitte zum Ende kommen.

GR DI Topf:

Ich darf daher den dringlichen Antrag stellen:

Dass wir zusätzlich durchaus Expertinnen und Experten einbinden können. Wir haben das Leitungsteam auch bestimmt. Das soll bestehen aus der Verkehrsplanung und zusätzlich, das steht also nicht im Antrag, möchte ich nur zu Protokoll geben, auch durch einen zuständigen Vertreter der Abteilung Verkehrsplanung des Landes Steiermark, weil wir insbesondere auch die Brücke zum Land Steiermark schließen müssen.

Der

dringliche Antrag,

den der Gemeinderat beschließen möge, lautet:

1. die Einberufung eines politischen Gremiums zur Beratung der im Motivenbericht dargelegten Fragestellungen und Ziele, bestehend aus Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, Vizebürgermeister Mag. Mario Eustacchio, Stadtrat Dr. Günter Riegler, Stadträtin Elke Kahr, Stadträtin Mag. Judith Schwentner, Klubobmann Michael Ehmann und Gemeinderätin Sabine Reininghaus. Und ich denke, dass also auch dieses Gremium die entsprechende Agenda, die entsprechende Geschäftsordnung, in ihrer Verantwortung erstellen kann.
2. Dem Gemeinderat möge bis zur Gemeinderatssitzung im Juli dieses Jahres das Ergebnis der Beratungen zur Diskussion und Beschlussfassung hierüber vorgelegt werden.

Ich habe bewusst „möge“ geschrieben, weil allenfalls sich eine zeitliche Änderung in diesem Bereich ergeben könnte. Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Dieses aktuelle Jahrzehnt ist insbesondere, was die schienengebundene Mobilität betrifft, ein zukunftssträchtiges und richtungsweisendes für Graz und die Steiermark. Die jahrelangen Bemühungen der steirischen und Grazer Politik, auch beim Ausbau der Bahninfrastruktur einen hochrangigen Standard zu erreichen, waren erfolgreich: Die Koralmbahn mit einem der längsten Tunnel in Österreich geht 2026 in Betrieb, der

ebenfalls in Bau befindliche Semmeringbasistunnel wird nach einer schwierigen Entwicklungs- und Umsetzungsphase 2028 fertiggestellt sein und auch in Betrieb gehen. Gleichzeitig planen die ÖBB und die GKB die Umsetzung von Modernisierungsmaßnahmen und Taktverdichtungen an den S-Bahn-Verbindungen von und nach Graz, sodass der Steirische Zentralraum und vor allem Graz nicht nur in der Wirtschaftsdynamik vorne liegen, sondern mittlerweile auch zu den bestangebundenen Regionen von Österreich zu zählen sind.

Verbunden mit dem überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum in Graz selbst, aber auch im Zentralraum generell, besteht nunmehr aufgrund dieser übergeordneten Szenarien die einmalige Chance, den Anteil der ÖV-Fahrten entscheidend zu steigern. Das kann gelingen, wenn sich auch das Gesamtsystem ÖV in Graz leistungsfähig und damit attraktiv zum Umstieg auf den ÖV präsentiert.

Andernfalls besteht das enorme Risiko, dass Graz einer modernen Mobilität nicht gerecht wird und in einem Gesamtsystem quasi als „Mobilitätsbremse“ fungiert, weil eben die Ansprüche nicht erfüllt werden, der ÖV für bestimmte Personengruppen nach wie vor keine Alternative darstellt und PKW-Fahrten weiterhin zunehmen.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Stadt Graz rund 1,2 Milliarden Euro in den öffentlichen Verkehr investiert, um die ÖV-Angebote zu verbessern und anzupassen. Davon wurden speziell für die Erweiterungen und Modernisierungen unseres Straßenbahnsystems nahezu 1 Milliarde Euro aufgewendet. Die Fahrgastzahlen der Graz Linien konnten dadurch in den letzten 10 Jahren um 22 Prozent gesteigert werden. Das ist jedoch nur ein Teilerfolg: Trotz der enormen Investitionen hat sich der Modal Split in diesem Zeitraum kaum verändert. Der Anteil an ÖV-Nutzern stagniert – er beträgt nach wie vor nur 20 Prozent. Mit den eingesetzten Investitionen in beachtlicher Millionenhöhe haben wir aber den geforderten Umstieg zum ÖV nicht geschafft. Der wird wiederum nur möglich sein, wenn der traditionelle ÖV, der schon jetzt an seine

Grenzen stößt, noch attraktiver wird. Eine Wechselwirkung, die wir – so wie auch andere Städte - zukunftsorientiert und innovativ lösen müssen.

Eine ÖV-Attraktivierung über leistungsfähigere, schnellere und moderne Mobilitätssysteme ist somit zwingend notwendig. Mit einem verstärkten Umstieg vom IV auf den ÖV werden aktiv die Erreichung unserer Umwelt- und Klimaschutzziele unterstützt, die bereits hohe Lebensqualität für Grazerinnen und Grazer weiter verbessert und die Standortfaktoren von Graz mit seinem Wirtschafts- und Lebensraum optimiert.

Trotz der bisherigen überdurchschnittlichen Aufwendungen der Stadt im Ausbau ihrer bestehenden Systeme war angesichts des stark gestiegenen Mobilitätsaufkommens im Zentralraum Graz das bisher angestrebte Ziel, den Modal Split zu verbessern, nicht zu erreichen. Offenbar sind die derzeitigen Faktoren Attraktivität, Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Bequemlichkeit nicht ausreichend. Aufgrund der gegebenen Verhältnisse in unserer Stadt würde bei weiteren Ausbauoffensiven der bestehenden Systeme die Engstellen, Staus und Behinderungen nicht nur das städtische Problem verschärft werden, sondern wäre auch eine gewünschte Akzeptanz der S-Bahnen eingeschränkt. Innovative, attraktive und besonders leistungsfähige Mobilitätssysteme sind daher im gemeinsamen Interesse von Bund, Land und Stadt Graz und somit nicht ausschließlich durch die Stadt Graz umzusetzen. Die Beispiele in Wien und Salzburg belegen, dass solche urbanen Lösungen nicht nur mit einem Schulterchluss der Fraktionen, sondern auch im Zusammenwirken der Gebietskörperschaften funktionieren können und das sowohl hinsichtlich Finanzierung als auch im Betrieb zum Teil schon seit Jahrzehnten.

Daher ist als Grundvoraussetzung ein städtischer Schulterchluss zur Klärung folgender Herausforderungen dringender als je zuvor:

Können die einzigartigen Ausbauimpulse moderner Bahnen genutzt werden, um eine überregionale Mobilität mit der Stadt Graz zu verknüpfen?

Wie kann der aktuell erreichte und zwingend notwendige Ausbau unserer Bahn-Infrastruktur in der Steiermark mit einem modernen, leistungsstarken Mobilitätssystem auch für die zweitgrößte Stadt von Österreich bedarfsgerecht und standardgemäß ergänzt werden, um das Gesamtsystem in seiner Attraktivität nicht zu gefährden?

Wie sollen wir die Chance nutzen, den Lebensraum Graz mit seinem dynamischen Wirtschaftsraum über ein innovatives neues Mobilitätssystem zur Vernetzung der bestehenden Angebote optimal zu bedienen?

Was muss getan werden, um die Umweltziele und einen nachhaltigeren Modal Split in Graz zeitnah und realistisch zu erreichen?

Um diese Fragen ausreichend und nachvollziehbar beantworten und gemeinsam für Lösungen eintreten zu können, sollten die vielen Ideen, Vorschläge und Konzepte für ganzheitliche urbane Mobilität von den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen offen und ohne Vorbehalte diskutiert werden. Der Abstimmungsprozess sollte mit „Mut zum Weitblick“ und einem Schulterschluss aller Fraktionen ein optimales, mit den internen und externen Fachleuten entwickeltes Gesamtpaket ergeben. Hiezu soll von jeder im Gemeinderat vertretenen Partei je eine Expertin/ein Experte namhaft gemacht werden können, weiters soll ein Steuerungsteam bestehend aus dem Stadtbaudirektor und dem CEO der Holding Graz mit einem Leitungsteam, bestehend aus dem Leiter der Abteilung für Verkehrsplanung und dem zuständigen Bereichsleiter der Holding Graz Linien, eingesetzt werden.

Es gilt, die bis Sommer 2021 abgestimmten Lösungen gemeinsam zu vertreten und damit die Basis für die Verhandlungen mit dem Land Steiermark und dem Bund zu schaffen, um die ambitionierten Ziele alsbald zu erreichen. Parallel dazu wird eine Off- und Online-Kommunikation mit Interessengruppen und Bürgerinnen/Bürgern in transparenter Weise durch die permanente Beantwortung von konkreten Fragestellungen gewährleistet.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

- 1. die Einberufung eines politischen Gremiums zur Beratung der im Motivenbericht dargelegten Fragestellungen und Ziele, bestehend aus Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, Vizebürgermeister Mag. Mario Eustacchio, Stadtrat Dr. Günter Riegler, Stadträtin Elke Kahr, Stadträtin Mag. Judith Schwentner, Klubobmann Michael Ehmann und Gemeinderätin Sabine Reininghaus.*
- 2. Dem Gemeinderat möge bis zur Gemeinderatssitzung im Juli dieses Jahres das Ergebnis der Beratungen zur Diskussion und Beschlussfassung hierüber vorgelegt werden.*

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (16.22 Uhr).

KO GR Ehmann:

Danke, Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen in Livestream bzw. ZuseherInnen. Ja, ich bin heute wirklich positiv überrascht, auch in diesem Teil der Dringlichen, also beim zweiten jetzt, wo es um den Verkehr, um zukunftsorientierte Schulterschlüsse geht für innovative Mobilitätslösungen in Graz. Ja, dem kann ich viel abgewinnen, weil das natürlich ein massives Thema ist und das schon lange ein massives Thema ist und viele, viele Vorschläge auch schon in diese Richtung auch von sämtlichen Fraktionen gekommen sind, aber momentan immer zumindest in dieser Periode an einer schwarz-blauen Mauer zerschellt sind. Aber wenn es da jetzt ein

Umdenken gegeben hat, umso besser, wenn es ernst gemeint ist, gleich wie beim Bauen im vorigen Dringlichen, dann kann ich dem, bzw. meine Fraktion, natürlich viel abgewinnen. Aber wir wollen nicht in den Rückspiegel schauen, der ist ja deshalb kleiner beim Auto, weil man nach vorn schauen soll durch die Frontscheibe, also in die Zukunft gerichtet, und daher schauen wir doch in die Zukunft und da möchte ich nur eines dazu sagen, die leicht, also, ich schätze dich sehr, Kollege Topf, auch mit deinem profunden Wissen und deinen Eingaben, die du immer wieder machst, aber da goutiere ich nicht ganz die leicht tendenziöse Einleitung im Motivenbericht, sage ich einmal so etwas vorsichtig. Weil zwischen den Zeilen wird uns hier ja durchaus ein Stück weit die Metro/U-Bahn oder wie auch immer man es nennt, ein bisschen als Allheilmittel zu präsentieren versucht. Ich glaube aber, dass es wirklich einen umfassenden Lösungsansatz, diskutieren soll man alles, also da bin auch dafür, also sämtliche Lösungen, die in irgendeiner Art und Weise zur Verfügung stehen können oder sollten, das sollte alles diskutiert werden, ja, absolut. Und sämtliche Konzepte auf den Tisch und bewertet werden, deswegen finde ich den Ansatz, Expertinnen und Experten zusätzlich beizuziehen, sehr gut; auch das mit allen Fraktionen zu machen, begrüße ich hier natürlich, denn was es in dieser Situation braucht, ist wirklich ein ergebnisoffener Zugang. Ich glaube, das muss man wirklich auf dieser Ebene sehen ohne Scheuklappen und ohne parteipolitische Befindlichkeiten, sage ich jetzt einmal in diesem Rahmen. Es gilt, die Finanzmittel zu bedenken auf der einen Seite und in realistischen Größenordnungen zu denken. Wir brauchen Lösungen, die nicht erst in Jahrzehnten greifen, sondern wirklich zumindest größtenteils zeitnah möglich sind, denn der Verkehrskollaps steht ja offensichtlich unmittelbar bevor. Wir brauchen hier wirklich Lösungen, die recht schnell hier auch zu greifen beginnen und wir müssen letztendlich eine Verzahnung zwischen dem städtischen Binnen-Verkehr, der gar nicht wenig ist, und auch dem PendlerInnen-Verkehr schaffen in letzter Konsequenz. Dass unsere Bevölkerung bzw. Menschen, die zu uns pendeln, natürlich schon in der Region umsteigen. Und da komme ich zur Region. Du hast den Zentralraum angesprochen, nämlich völlig zu Recht und auch richtigerweise, aber wenn ich jetzt den Schulterchluss nicht ernst nehme, dann bin ich froh, wenn das jetzt so kommt, weil

immerhin, der Vorsitzende eurer Fraktion, sprich der Bürgermeister, ist Vorsitzender des Zentralraumes, hat aber bis dato offensichtlich mit den Umlandgemeinden sich noch nicht unterhalten. Weil die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Umlandgemeinden sind hier in dieser Konzeption oder in dieser Gesamtkonzeption bisher noch nicht eingebunden, soweit ich das wahrgenommen habe, das wurde auch kritisch angemerkt von einigen. Zu Recht, meine ich, ich glaube, auch hier muss man den Schulterchluss mit den Umlandgemeinden in dieser Frage finden und suchen, aber natürlich werden wir der Dringlichkeit sowieso und auch dem Inhalt in diesem Fall auf jeden Fall zustimmen. Danke (*Appl.*).

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ja, danke meinen Vorrednern, in dem Fall den beiden. Danke für den Antrag. Es ist nichts Neues, der Kollege Topf hat es noch einmal umrissen und es ist im Antrag drinnen, vor welchem großen Problem wir stehen im Zusammenhang mit dem schnellen Wachstum der Stadt in Bezug auf die rege Bautätigkeit, über die wir ja in jedem Gemeinderat reden, aber auch in Bezug auf den Verkehr. Wir alle wissen, und wir haben es heute schon gehabt, die Studie, den Rechnungshofbericht, in Bezug auf den Verkehr und die Auswirkungen auf die Luftgüte, auf die schlechte Luft in der Stadt, in Bezug auf das, dass das Auto CO₂-Verursacher Nummer 1 ist in der Stadt und wir neben einer echten Verkehrswende auch eine Klimawende forcieren müssen gemeinsam. Das gelingt uns nur gemeinsam, uns allen, die wir hier sitzen im Gemeinderat. Viele Grazerinnen und Grazer mögen es schon gar nicht mehr glauben, dass wir zu einer gemeinsamen Lösung finden, insofern begrüßen wird als Grüne Fraktion diesen Schritt. Wir begrüßen, dass es endlich erstmals den Ansatz gibt, dass wir sagen, wir setzen uns zusammen und wir diskutieren auf Augenhöhe, betone, auf Augenhöhe. Alle vorliegenden Konzepte, und da komme ich schon zum Punkt, was wichtig ist, weil wir haben jetzt ein bisschen ein Ungleichgewicht in Bezug auf die vorliegenden Ideen, eingebrachten Konzepte, dass da Gleichgewicht geschaffen wird, Vergleichbarkeit. Das heißt, es kann nicht sein, dass es nur für ein Projekt eine sehr,

sehr teure Studie gibt, sondern dass in irgendeiner Form durch Experten und Expertinnen Vergleichbarkeit hergestellt wird. Der Verkehr ist das Zukunftsthema Nummer 1. Wir werden dieses Zukunftsthema nur gemeinsam meistern, wir brauchen in der Stadt weniger Lärm, bessere Luft, mehr Platz für alle und deswegen geht es einher, wir haben heute noch den dringlichen Antrag von der Tamara Ussner, damit, dass es mehr Platz braucht für Fußgängerinnen und Fußgänger, für Radfahrerinnen und Radfahrer und es geht nicht nur darum, dass man die Erde aufbuddelt und der öffentliche Verkehr dann drunter ist, sondern, wie wir insgesamt den Stadtraum gestalten. Ziel ist eine echte Verkehrswende, dann sind wir dabei. Es gibt ja einen Abänderungsantrag von der KPÖ, schade, dass jetzt noch niemand von euch dazu gesprochen hat. Ich glaube, die einzelnen Punkte sind unterstützenswert, aber wenn es darum ginge, den einen Antrag mit dem anderen auszuspielen, dann wären wir dafür, dass man vielleicht gemeinsam für den vorliegenden Erstantrag stimmen, nämlich für dieses politische Gremium, indem wir uns gemeinsam darauf einigen, wie das weitere Prozedere sein kann, weil nur gemeinsam werden wir es schaffen. Wir haben heute schon darüber gesprochen auch über die Wärmegruppe. Die ist für mich in Bezug auf den Fernwärmeausbau, der wirklich gelungen ist, der als die große Klimaschutzmaßnahme in Graz angesehen werden kann, die Fernwärmegruppe muss uns da Vorbild sein und auch nur da ist es gelungen, indem wir gemeinsam diesen Schritt gegangen sind. Worauf ich noch hinweisen möchte, ist die Zeit. Wir sollten uns nicht stressen lassen, dass das vor dem Sommer passieren muss. Uns genügt es, wenn es vor dem Sommer auch einen Zwischenbericht gibt; es sind so viele Jahre vergangen, ohne dass der öffentliche Verkehr angemessen ausgebaut wurde, dass wir uns jetzt wirklich für eine gute zukunftsgerechte Lösung entsprechend Zeit nehmen sollen. In dem Sinne, hoffe ich wirklich, dass wir das schaffen, gemeinsam die beste Lösung in Graz auszuarbeiten und für die zukünftigen Generationen ein wirklich gutes Konzept gemeinsam auf den Tisch zu bringen (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wir können dem vorliegenden Antrag was abgewinnen. Wir wissen, das Öffi-Thema hat uns ja auch medial in den letzten Tagen beschäftigt. Es gibt da Ideen, es gibt da Konzepte, Kollege Topf hat es angesprochen, wir haben ja ein gutes ÖV-System, die S-Bahn existiert, die Straßenbahnsysteme, jetzt liegt die Idee der Metro vor. Dem können wir auch näher treten, es ist ein interessantes Projekt, vor allem in der Innenstadt, wo der Raum beengt ist, wo man eine weitere Ebene uns wünschen würden, wo wir den Verkehr dann auseinanderdröseln, um wieder schneller von A nach B kommen. Aber zu den anderen Parteien, die Kollegin Stadträtin Schwentner hat von Konzepten gesprochen. Da frage ich mich dann, wo bleiben die anderen Konzepte? Die Stadträtin Kahr, jetzt in ihrem Ressort, sie kann jederzeit Konzepte beauftragen und finanzieren, da haben wir derweil noch wenig erhalten und bei den Grünen frage ich mich: Was tut ihr überhaupt? Auch Sie, Frau Stadträtin, hätten hier Möglichkeiten, aber außer Unausgegorenem in der Zeitung habe ich hier auch noch nichts gesehen. Da würde ich mir wünschen, Sie werden einmal bei Ihrer grünen Infrastrukturministerin in Wien vorstellig, bitte machen Sie Werbung für die zweitgrößte Stadt, dass es auch hier wieder finanzielle Möglichkeiten gibt. Ich darf auch erinnern, unser Vizebürgermeister Eustacchio war ja damals beim damaligen Infrastrukturminister Hofer, da war ja die Nahverkehrsmilliarde bereits paktiert und da bitte ich Sie auch in den grünen Reihen dafür Werbung zu machen, dass auch hier auf jeden Fall ein Geld wieder zur Stadt Graz kommt. Der Arbeitskreis wird sich dann diese Dinge anschauen, da bin ich optimistisch. Den grünen Zusatzantrag sehe ich nicht logisch, weil wenn wir im Juli noch kein Ergebnis haben, ist es eh logisch, dass die Damen und Herren weitertagen und auch zu einem Ergebnis zu einem späteren Zeitpunkt kommen, das heißt, dem vorliegenden Antrag stimmen wird natürlich zu (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StRⁱⁿ **Kahr**:

Sehr geehrte Kollegen in der Stadtregierung, liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen. Selbstverständlich stimmen wir der Dringlichkeit zu, weil der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist dringlich und wo ich froh bin, ist es durchaus, dass wir heute, oder der Kollege Gemeinderat Topf, den Versuch startet, wieder zu einer Versachlichung, weil das hat man eigentlich in den letzten Tagen eigentlich nicht wirklich spüren könne und auch nicht in Wirklichkeit nicht nur in dieser Periode, sondern auch in den vergangenen Perioden. Seien wir ehrlich, und all jene, die jetzt schon sehr, sehr lang hier in dem Haus sind, wenn wir das Beste für die Grazer Bevölkerung wollen, und nur um das geht es, es geht nicht, auch wenn wir uns im Sportjahr befinden, dass wir so tun, als wenn wir auf einem Fußballplatz wären und schauen, wer dieses Match gewinnt. Im Verkehr, im Ausbau des öffentlichen Verkehrs kommt jeder, egal wer hier Verkehrsstadtrat oder Verkehrsstadträtin ist, nur weiter, wenn es eben einen Schulterschluss, von dem heute so gesprochen wird, gibt. Ich vermisse aber, und das habe ich schon als Gemeinderätin erlebt und auch dann später auch, nicht in der Zuständigkeit, man hat immer meist die Bemühungen, wenn es darum gegangen ist, im öffentlichen Verkehr weiterzukommen, irgendwelche Fraktionen quergeschossen. Wir könnten in Wirklichkeit schon mindestens 15 Jahre von der Zeit her weiter sein, als was wir sind. Es hat immer einen Grund gegeben, warum dieses Straßenbahnprojekt oder dieses Projekt nicht durchgeht, warum das nicht sinnvoll ist und man hat sich dann immer wieder zurückbewegt in Arbeitskreise und so weiter und so fort. Wir sind dieses Mal, in dieser Periode, und noch einmal, die Zuständigkeit liegt teilweise auch beim Herrn Bürgermeister in der Stadtbaudirektion, was bei den Straßenbahnprojekten die Finanzierung betrifft, ich mit meiner Verkehrsplanung und selbstverständlich auch die Kolleginnen und Kollegen in der Graz Holding und wir sind hier im Straßenbahnausbau, gleich am Beginn dieser Periode haben wir hier im Gemeinderat fast einen einstimmigen Beschluss gefasst für diese Projekte, die jetzt eh schon bald in Umsetzung sind, Smart City, Reininghaus und hoffentlich bald auch der Startschuss für die Innenstadtentlastungsstrecke. Und, meine

Damen und Herren, Sie alle hier haben einstimmig einen Grundsatzbeschluss vor zwei Jahren hier getroffen, zum weiteren Ausbau von Straßenbahnprojekten ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates

StRⁱⁿ Kahr:

... genau. Teilweise parallel geführte Strecken, wie sie jetzt in diesem Beitrag für die Machbarkeit einer U-Bahn in der Stadt Graz geführt werden. Und jetzt davon abzurücken und so zu tun, ach das interessiert uns alles nicht, wir tun jetzt wieder von vorne komplett neu diskutieren, 100 Studien wieder diskutieren und eigentlich nur Zeit schinden, um in die nächste Periode wieder zu kommen, damit man sich ja nicht auf irgendetwas festlegen muss. Das durchschauen nicht wenige Grazerinnen und Grazer, und das hat dazu geführt, dass wir hier sind, wo wir sind und Schnellschüsse zu machen, wie in diesem Beitrag jetzt zur U-Bahn, wo nicht einmal ausgewiesene U-Bahn-Experten sozusagen nichts anderes festgestellt haben, ob in Graz eine U-Bahn machbar ist, na net na na. Das hätte jeder vorher auch schon sagen können, natürlich ist eine U-Bahn in Graz machbar, aber sind die Investitionen dafür gerechtfertigt? Wie sind die Wartungskosten? Wie sind die Betriebskosten? Jeder, der sich damit intensiver beschäftigt hat und nicht ich, ich bin nicht die Verkehrsexpertin, ich habe das nicht studiert, aber seriöse Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplaner werden Ihnen das sagen können, dass sie um ein Vielfaches höher sind als der Ausbau, der konsequente, der Straßenbahnen, die wir, noch einmal, hier im Gemeinderat beschlossen haben. Und wenn wir heute diesen Antrag, den der Georg gestellt hat, da geht es nicht um ein Auspielen wieder mit einem Abänderungsantrag, sondern um eine Konkretisierung. Gerne können wir, die Stadtregierung, sich zusammenfinden, gerne können wir die nächsten Abläufe und das Prozedere für die Umsetzung von vergleichenden Studien machen, aber wenn es dazu führt, dass man sagt, wenn das im Juli, wie du es ja drinnen stehen hast, das ist denkunmöglich, da ist ja schon eigentlich

die Absicht ganz klar, die dahintersteckt, dass man es nämlich eigentlich gar nicht umsetzen möchte, das ist nicht schaffbar bis zum Juli. Man kann einen Zwischenbericht machen, aber zu glauben, dass man hier etwas Fertiges vorliegen hat oder wirklich eine seriöse, vergleichende Analyse, das ist einfach nicht wahr. Dann ist auch wichtig, dass die Verkehrsplanung die Möglichkeit vorfindet und auch die Stadtplanung, mehrere Fachleute und Experten einzubinden, das war ursprünglich im Motivenbericht, ich weiß es nicht, ich habe ja den neuen Entwurf jetzt nicht gelesen, nicht drinnen. Da ist immer nur gestanden, und das ist genauso nicht korrekt und es ist nicht dezidiert erwähnt im Antragstext, und das betone ich noch einmal, wenn man das angeht, müssen die beschlossenen Projekte davon unberührt bleiben ...

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler**: Bitte zum Schluss kommen.*

StRⁱⁿ Kahr:

... weil, noch einmal, ich bin weder für Schnellschüsse noch für irgendwelche Schlagwörter, wie Verkehrskollaps, und wenn es so ist, dann haben eigentlich die letzten Kollegen und Kolleginnen und auch Verkehrsstadträte wesentlich dazu beigetragen, dass wir im öffentlichen Verkehr nicht weitergekommen sind, und die Verliererin ist letztendlich die Grazer Bevölkerung. Ich bin für den Straßenbahnausbau, Graz ist eine Straßenbahn-Stadt, und für ein gut ausgebautes S-Bahn-System. Wir werden im Mai spätestens diesbezüglich unsere Planungen vorlegen ...

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler**: Bitte zum Schluss kommen, Frau Stadträtin.*

StRⁱⁿ **Kahr:**

... es gäbe noch so viel dazu zu sagen, aber ich lasse es dabei. Danke. Mein Kollege wird übrigens den Abänderungsantrag einbringen (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler:**

Ok, Dankeschön. Ich habe eh kräftig überziehen lassen und ich glaube auch, dass das wichtige Thema es grundsätzlich rechtfertigt, dass man durchaus auch ein bisschen ausführlicher redet, aber nach drei Minuten habe ich mir gedacht, jetzt muss ich doch zumindest mahnen.

KO GR **Eber:**

Sehr geehrter Vorsitzende, liebe Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Die Verkehrsstadträtin Elke Kahr hat schon angekündigt, ich werde einen Abänderungsantrag einbringen, der euch ja auch zugegangen ist. Und wo sich nun die Frage stellt, wie Judith Schwentner das gemacht hat, also geht es jetzt nur darum, die gegeneinander auszuspielen oder nicht. Ich möchte vielleicht zunächst doch noch ganz kurz zum angesprochenen Modal Split kommen. Der Georg Topf, der Antragsteller hat das ja in seinem Antrag auch erwähnt und es ist natürlich richtig, der Modal Split, was den ÖV anbelangt, ist in den vergangenen 10 Jahren ziemlich konstant geblieben, gleichzeitig muss man aber zwei Sachen, glaube ich, sehen. Nämlich ersten, dass der Anteil des motorisierten Individualverkehrs durchaus gesunken ist und gleichzeitig insbesondere die Radwege, aber auch die Fußgeherwege in den letzten fünf Jahren zumindest Steigerungen zu verzeichnen hatten. Das bedeutet bei einer wachsenden Stadt, wie Graz das ist, dass es gelungen ist, in den vergangenen 10 Jahren zumindest einmal oder nicht nur dem Zuzug entsprechend auch auf den ÖV und auf Radverkehr, Fußwege zu bringen, sondern dass es tatsächlich auch gelungen ist in diesen Jahren, den Umweltverbund insgesamt zu stärken und Leute zum Verzicht auf das Auto sozusagen zu bewegen,

auch durch einen gut ausgebauten ÖV und durch entsprechende Radwege. Ich möchte den Antrag nun also einbringen, also den Abänderungsantrag. Ich möchte vorweg noch einmal darauf hinweisen, also es geht nicht darum, einfach jetzt da irgendwie politisches Kleingeld sozusagen herauszuschlagen, sondern wenn ich mir den Abänderungsantrag vom Georg Topf anschau, dann geht es, wie die Elke auch gesagt hat, tatsächlich um eine Konkretisierung, denn im Antragstext selbst, vom Georg, würden wir nur beschließen – nur – die Einberufung eines politischen Gremiums, das Fragestellungen und Ziele beraten soll, und dem Gemeinderat soll dann bis Juli das Ergebnis der Beratungen in diesem politischen Gremium vorgelegt werden zur Diskussion und zur Beschlussfassung. Tatsächlich hast du natürlich im Motiventext sehr wohl angesprochen die Experten und Expertinnen, die hier einbezogen werden sollen.

(Rotes Licht für Redezeitende leuchtet auf)

Das ist jetzt falsch, das ist ein Irrtum, das rote Licht, weil ich bin noch gar nicht so weit
(Gelächter im Saal).

Also daher mein

Abänderungsantrag

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Bürgermeister beruft ein politisches Gremium, bestehend aus den Stadtregierungsmitgliedern, Klubobleuten und der Gemeinderätin Reininghaus ein. Ziel ist es, die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs in Ergänzung zu den etablierten Systemen Straßenbahn und Bus mit besonderer Berücksichtigung des Stadtgrenzen überschreitenden Verkehrs anhand von Studien und Konzepten zu beraten und für eine Grundsatzentscheidung im Gemeinderat aufzubereiten. In erster Sitzung gibt sich das Gremium eine Geschäftsordnung (Agenda) und legt die Modalitäten für die Beziehung von

ExpertInnen und die bei ihnen beauftragten Beratungstätigkeiten sowie das weitere Prozedere fest.

2. Um eine seriöse vergleichende Analyse der vorliegenden und noch vorzulegenden Studien und Vorschläge, wie es die Elke auch gesagt hat, was den S-Bahn-Ausbau anbelangt, ...

Zwischenruf StR Dr. Riegler: Jetzt müssen wir auch ein bisschen beschleunigen.

KO GR Eber:

... jawohl! Ich rede eh schon ganz schnell (*Gelächter im Saal*).

... durch die beigezogenen ExpertInnen in der gebotenen Tiefe zu gewährleisten, ist eine Anhörung im dritten Quartal 2021 vorgesehen. Die Nominierung von mehreren ExpertInnen durch die Fachabteilungen ist dabei Voraussetzung. Die Befassung des Gemeinderates erfolgt bis Ende des Jahres 2021.

3. Ganz wichtig für uns, die im Gemeinderat bereits erfolgten Grundsatzbeschlüsse über den weiteren Ausbau des Straßenbahnnetzes (Straßenbahn-Paket II) und die dazu laufenden Vorplanungen bleiben davon unberührt.

Ich ersuche um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

- 1. Der Bürgermeister beruft ein politisches Gremium, bestehend aus den Stadtregierungsmitgliedern, Klubobleuten und Fraktionsvorsitzenden ein. Ziel ist es, die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs in Ergänzung zu den etablierten Systemen Straßenbahn und Bus mit besonderer Berücksichtigung des Stadtgrenzen überschreitenden Verkehrs anhand von Studien und Konzepten zu beraten und für eine Grundsatzentscheidung im Gemeinderat aufzubereiten. In erster Sitzung gibt sich das Gremium eine Geschäftsordnung (Agenda) und legt die Modalitäten für die Beiziehung von ExpertInnen und die bei ihnen beauftragten Beratungstätigkeiten sowie das weitere Prozedere fest.*
- 2. Um eine seriöse vergleichende Analyse der vorliegenden und noch vorzulegenden Studien und Vorschläge durch die beigezogenen ExpertInnen in der gebotenen Tiefe zu gewährleisten, ist – abgesehen von Zwischenrunden – eine Anhörung im dritten Quartal 2021 vorgesehen. Die Nominierung von mehreren ExpertInnen durch die Fachabteilungen ist dabei Voraussetzung. Die Befassung des Gemeinderates erfolgt bis Ende des Jahres 2021.*
- 3. Die im Gemeinderat bereits erfolgten Grundsatzbeschlüsse über den weiteren Ausbau des Straßenbahnnetzes 2023+ (Straßenbahn-Paket II) und die dazu laufenden Vorplanungen bleiben unberührt.*

KO GR Dreisiebner:

Werte Damen und Herren im Livestream, ich hoffe, dass das wirklich von vielen Menschen verfolgt wird. Ein, wie Judith Schwentner schon sagte, elementares und ganz zentral wichtiges Thema für eine Stadt wie Graz, für eine Region wie den Großraum Graz, der ja unser gemeinsamer Arbeits- und Wirtschaftsraum über die Stadt und die Gemeindegrenzen hinweg ist. Lieber Manfred Eber, Vorsicht, genau hinschauen, nachfragen bei den anderen und in einen Prozess einsteigen, aus dem man auch wieder aussteigen kann, das wäre eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit

ist, sehr viel Misstrauen in einen Abänderungsantrag zu packen. Weil man so quasi nicht alles vorgefunden hat im Antrag vom Georg Topf. Ja, ich habe auch nicht alles vorgefunden, was ich mir vielleicht selber daheim gewünscht hätte oder so. Das ist ein bisschen nicht ganz der Zugang, wir beschließen ja eigentlich nur einen Prozess, jetzt schlägst du, lieber Manfred Eber, einen etwas anderen Prozess und auch etwas anderen festgeschriebenen Zeitraum vor. Ich bin jetzt auch nicht so glücklich und werden dann auch einen Zusatzantrag einbringen mit dem vom Georg Topf festgeschriebenen Zeitraum. Ich glaube, dass man einfach Flexibilität hineinbringen sollte oder zumindest die Möglich, uns quasi zu entfesseln, wenn sich ein paar Dinge nicht ausgehen und ich bin ganz dafür, ganz auch im Sinne von Judith Schwentner oder Michael Ehmann, dass man auch mittelfristige, kurzfristige Maßnahmen im ÖPNV brauchen, dass wir dazu mit dem Land und mit dem Bund reden müssen, dass die S-Bahnen besser werden, dass wir Straßenbahnen bauen müssen und so weiter und so fort. Und es gibt mehrere Konzepte auf dem Tisch, und ob das jetzt im Juli so weit fertig ist, dass alle vergleichbar angeschaut werden könne, oder im Dezember, oder im Oktober, das muss man ja nicht heute schon festschreiben, sondern das ist etwas, was sich aus dem Prozess heraus ergeben wird. In dem Sinne, der Zusatzantrag von uns, meiner Fraktion, ist euch ja zugegangen und bekannt, stelle ich jetzt und hiermit auch den

Zusatzantrag:

Dass wir bis zum Juli, sollte es sich nicht so wie bei Georg Topfs Hauptantrag ausgehen, mit dem fertigen Bericht an den Gemeinderat, dass man zumindest einen Zwischenbericht und einen neuen Zeitrahmen dort quasi auch anmeldet, es ist eine wichtige Entscheidung, das mache ich nicht von jetzt auf gleich und das soll aber auch nicht verschleppt werden. Irgendwo in der Mitte sind diese richtige Spanne und dieser richtige Zugang und ich glaube, dass das sehr wichtig wäre, ersuche um Annahme des Zusatzantrages.

Zum Modal Split, Manfred Eber hat vollkommen Recht, der Modal Split in Graz hat in manchen Bereichen eine gute Entwicklung oder relativ gute Entwicklung, in manchen Bereichen eine eher enttäuschende Entwicklung genommen. Aber worum geht es dann auch wirklich? Es geht um den Stadtumlandverkehr, und schaut euch bitte den Modal Split bei den Pendlerinnen und Pendlern an. Das ist das große Problem, nebst dem, was in Graz passiert, und natürlich werden wir die Straßenbahnen ausbauen müssen, auch wenn die ÖVP immer darauf Wert legt, dass immer sehr viel Geld ausgegeben worden ist; wir haben ganze Stadtteile, wir haben große Arbeitgeber, Ausbildungsstätten, die nicht an die Straßenbahnen ausreichend gut angebunden sind. Aber darüber hinaus braucht es etwas für das Umland, für die Pendler, weil die Wahl zu haben, entweder sich ins Haus zu setzen oder nach Graz zu ziehen, das kann ja nicht wirklich alles sein, oder eben auf schlechte Öffi-Verbindungen zu warten. Schlussendlich, der Herr Lohr, ich habe gar nicht gewusst, dass der heute da ist, immer wieder die alte Platte vom Bundesminister Hofer, das ist so unglaublich. Bundesminister Hofer war 17 Monate im Amt, das war lange genug, damit er eine 160 km/h-Teststrecke in Oberösterreich zusammenbringt, aber er hat kein Budget zustande gebracht und keine Stadt in Österreich, obwohl er überall war, in Linz, in Innsbruck, in Graz, keine Stadt in Österreich hat wirklich ein Geld bekommen vom Bund. Wie geht sich das denn aus, dass einer fast 2 Jahre ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

KO GR Dreisiebner:

... nein, nein, wir sind erst 13 Monaten. Noch einmal, 17 Monate ist ein bisschen mehr als 13 Monate. Der Herr Minister Hofer ist durch alle Städte gefahren, hat aber keine Zusagen und keine Umsetzungen vom Bundesmittelfinanzierungen für Ausbauten in Linz, in Innsbruck, in Graz etc. abgeliefert und heute, das nur zum Abschluss, die Gewessler sieht das etwas anders, die sieht den Stadtumlandverkehr im Mittelpunkt

und das sollten wir einfach irgendwann zur Kenntnis nehmen, auch wenn man ein großer Fan von Ex-Minister Hofer ist (Appl.).

Originaltext des Antrages:

Der vorliegende dringliche Antrag der ÖVP formuliert einen sehr hohen Anspruch an die zu befassenden FachbeamtInnen, die MitarbeiterInnen in der Holding Graz GmbH sowie deren Tochtergesellschaften und für die noch zu nominierenden externen ExpertInnen. Schließlich sollen laut Antrag bis Juli alle relevanten Entscheidungsgrundlagen vorliegen, was unter anderem auch eine fundierte Ausarbeitung jener Mobilitätskonzepte und -lösungen betrifft, für die bislang noch keine Machbarkeitsstudie erstellt wurde. Ambitionierte Ziele und Zeitrahmen sind per se als positiv zu bewerten und trotzdem soll die Qualität der Grundlagenarbeit, der fachlichen und politischen Diskussion, gerade wenn es um eine derart gravierende und weitreichende Entscheidung geht, nicht leiden müssen.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

Zusatzantrag

i.S. der Anfügung eines Antragspunktes 3.:

- 3. Sollte sich im Verlauf der nächsten vier Monate herausstellen, dass der im Antragspunkt 2. genannte Zeitrahmen, nämlich Anfang Juli 2021, für die Entscheidung über die weitere Vorgangsweise nicht eingehalten werden kann, so möge dem Gemeinderat für die Juli-Sitzung ein Zwischenbericht inkl. eines überarbeiteten Zeitplanes für weitere Beschlüsse vorgelegt werden.*

StR Dr. **Riegler**:

Dankeschön, Herr Klubobmann Dreisiebner. Gibt es weitere Wortmeldungen in der Sache selbst? Dann melde ich mich selbst zu Wort und übergebe den Vorsitz den Kollegen Hohensinner.

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (16.52 Uhr).

StR Dr. **Riegler**:

Ja, also, ich freue mich sehr, sozusagen als Eigentümerversorger der Holding Graz und damit auch zuständig für die MUM, ich freue mich sehr, dass es offenbar eine große Zustimmung zur Dringlichkeit des Themas gibt und dass es offensichtlich wird, dass wir alle, die wir hier gemeinsam Verantwortung für die Stadt Graz tragen, tatsächlich auch erkannt haben, dass es weiter zu denken gilt als bloß bis zur nächsten Gemeinderatssitzung oder bloß bis zum nächsten Facebook-Posting. Ich sage das ganz ehrlich, ich habe mich in den letzten Tagen ehrlich gesagt schon ein wenig gewundert über zum Teil die Häme, den Spott, auch zum Teil fast schon Unterstellungen von manchen in den Sozialen Medien, die das Ganze als unsinnig und Hirngespinnst hingestellt haben. Ich habe mir dabei manchmal gedacht, also der Erzherzog Johann, wenn der auch so wenig zukunftsorientiert gedacht hätte, wie manche Postings in den letzten Tagen und Wochen waren, dann hätten wir heute keine Technische Universität, dann hätten wir keine Expertise in Schienenfahrzeugtechnik, dann hätten wir kein Mobilitätscluster, keine AVL, keine großen Unternehmen, die alle miteinander in Forschung und Entwicklung diesen Standort Graz zu einem der führenden Innovationsstandorte machen (*Appl.*).

Weil der Herr Klubobmann Eber und die Elke Kahr jetzt auch wieder den berühmte Sager im Mund führen von Graz ist eine Straßenbahnstadt, ja, das ist richtig, Graz hat faktisch Straßenbahnen. Ein Leserbriefschreiber, der mir nicht unbekannt ist, hat letzte Woche in einem launigen Leserbrief sehr zutreffend geschrieben: Ja, und vor 100

Jahren war Graz eine Pferdekutschenstadt und sicher hat es damals auch welche gegeben, die wahrscheinlich gesagt haben: „Jesus, Maria! Straßenbahnen, was ist das für ein neumodernes Zeug? Nein, das brauchen wir nicht, mit den Pferdekutschen kommen wir gut drüber.“ Also, bitteschön tun wir nicht so ... (*Appl.*), tun wir nicht so, als wenn Straßenbahnen das Maß der Dinge wären. Ich möchte das auch argumentieren, denn wenn wir tatsächlich, wie der Georg Topf das heute auch schon einleitend in seiner Hintergrundbeleuchtung gezeigt hat, dass wir einerseits mit dem Koralmtunnel und andererseits mit dem Semmeringtunnel wesentliche Beschleunigungen der Strecke Klagenfurt – Graz – Wien haben, dann wäre es schon seltsam, wenn man in 50 Minuten von Klagenfurt in Graz ist, aber dann noch einmal 50 Minuten innerhalb von Graz bis zum LKH brauchen würde. Also es ist dringend notwendig, jetzt zu diesem Zeitpunkt tatsächlich darüber nachzudenken, dass wir tatsächlich über eine innovative Verkehrslösung nachdenken. Gebt mir ein bis zwei Minuten noch Überziehung, die haben die anderen auch gehabt, ich möchte noch was zur Finanzierung sagen. Ich war ein paar Mal bei Ministern und Staatssekretären in Wien und ich habe ein paar Mal versucht, von Ministern und Staatssekretären 200.000 Euro für das Kulturjahr zu bekommen und nicht für unser eigenes Budget, sondern für die Künstlerinnen und Künstler. Wisst ihr, wie das läuft? Du bekommst einen Termin, du bekommst einen Kaffee, du bekommst ein Vöslauer-Flascherl zum Trinken, am Schluss machen wir ein Selfie gemeinsam mit dem Minister, das kannst du dann auf Facebook posten, bekommen tust du fast nichts. Ich erinnere mich, 2017 vor der Nationalratswahl, Oktober 2017, habe ich damals gesagt, ja, bitteschön Wahlkampf-Thema Straßenbahn-Ausbau, wer zahlt mit? Der damalige Bundesminister, Herr Leichtfried, der tagelang die Herrengasse rauf- und runtergewandert ist und allen Leuten erklärt hat, dass er, wenn Verkehrsminister sein wird, tatsächlich dann auch die Straßenbahnen unterstützen wird, ja, das hat halt leider auch nicht geholfen. Und daher sage ich, wir können es überhaupt nur dann schaffen, dass wir eine Finanzierung für so ein Projekt bekommen, wenn wir alle gemeinsam es wollen, und deswegen ist es ein super Tag, wenn wir tatsächlich gemeinsam diesen dringlichen Antrag beschließen, wenn wir diesen Fahrplan

möglichweise mit kleinen Adjustierungen beschließen. Aber haben wir wirklich die Chance? Wir haben eine Verkehrsministerin in Wien, die offensichtlich sagt: Ja, regionale, städtische Verkehre eher nicht, aber überregional wirksame Verkehre schon, und wenn man sich anschaut die Präsentation von Fellendorf und Fallast, wenn man schaut, wie viele Einpendler und Auspendler wir da zusätzlich jeden Tag bewältigen müssen, dann ist das schon eine große Chance, tatsächlich mit einem schnellen, leistungsfähigen, an die S-Bahn angeknüpften System tatsächlich ein Verbindung zwischen den S-Bahnen und den zentralen Standorten in Graz herzustellen. Ich möchte daher wirklich plädieren dafür, nehmen wir diese Chance, schauen wir uns das an, es wird sicherlich noch einiges zu tun sein, es wird Umweltverträglichkeitsprüfungen geben. Es wird natürlich dann auch die Frage geben, wie viel kostet dann im Endeffekt dann tatsächlich der Durchstich? Karl Dreisiebner hat richtigerweise heute gesagt, ja, unter der Mur durch, da gibt es sicherlich Erschwernisse. Schauen wir uns das an und vergessen wir nicht, dass Salzburg und Wien Co-Finanzierungen zu 50 % haben und jeder, der sozusagen gegen ein solches Projekt wäre, müsste dann ehrlicherweise auch sagen, erstens einmal ist es mir wurscht, wie schnell man durch Graz kommt, und zweitens ist es mir lieber, die Wiener und die Salzburger bekommen die Bundesmilliarden als die Stadt Graz, daher kämpfen wir gemeinsam für eine Finanzierung, schauen wir, dass wir uns ein realistisches Ziel setzen und schauen wir tatsächlich, dass wir zu einer solchen modernen innovativen Mobilitätslösung kommen. Danke (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (16.58 Uhr).

GR DI Topf:

So, ich darf ein Schlusswort sprechen. Frau Stadträtin, es geht darum, dass wir tatsächlich sozusagen einen gemeinsamen Schulterschluss Richtung Bund und Land insbesondere auch schließen, deswegen habe ich heute in Ergänzung, ich gestehe das

durchaus ein, in Ergänzung nochmal im Motivenbericht angeführt, dass in diesem Leitungsteam, ich habe das schon präzise formuliert, in diesem Leitungsteam, bestehend aus dem Leiter der Abteilung für Verkehrsplanung und dem zuständigen Bereichsleiter der Holding Graz, das ist also im letzten Absatz oder im vorletzten Absatz zu meinem Motivenbericht angeführt, ich es durchaus für sinnvoll halte, und das möchte ich durchaus zu Protokoll geben, dass wir jetzt schon in diesem Leitungsteam, die Brücke zum Land Steiermark schließen sollten und dort den zuständigen Vertreter der Abteilung für Verkehrsplanung miteinbinden sollten, damit auch die Brücke zum Land, zum Verkehrslandesrat Lang, hier bereits in diesem Leitungsteam geschlossen wird. Ich habe im Absatz, wo ich eine Expertin, einen Experten genannt habe, durchaus daran gedacht, dass das Gremium nicht so groß werden sollte, aber wenn wir hier zusätzlich Expertinnen und Experten einbeziehen wollten, dann ist das durchaus möglich. Ich bin davon ausgegangen in meinem ersten Punkt des dringlichen Antrages, dass ich nicht extra dem politischen Gremium sagen muss und sagen soll, das sich eine Agenda, eine Geschäftsordnung, eine Handlungsweise geben soll, ich bin davon ausgegangen, dass dieses Gremium das durchaus schafft, also so viel habe ich dem Gremium schon zugetraut. Zum Punkt 2, ja, und das ist ein ambitionierter Zeitpunkt, Juli, ich habe deshalb auch „möge“ geschrieben, also ein Konjunktiv, und ich denke, dass der Zusatzantrag des Karl Dreisiebner durchaus zu begrüßen wäre. Wir werden also diesem Zusatzantrag zustimmen, die Inhalte des Abänderungsantrages der KPÖ sind im Wesentlichen auch in den Ergänzungen meines Motivenberichtes bereits angeführt und wir werden dem Abänderungsantrag nicht zustimmen, aber dem Zusatzantrag, was die zeitliche Komponente betrifft, dem Zusatzantrag des Karl Dreisiebner werden wir die Zustimmung erteilen. Ich bitte auch um Annahme dieses Zusatzantrages, wenn ich das so sagen darf, damit wir ein Gesamtpaket, auch was den zeitlichen Rahmen betrifft, schließen können. Dankeschön (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Neos) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

9.3 Amazon-Logistikzentrum – AnrainerInnen schützen! (KO GR Manfred Eber, KPÖ)

KO GR **Eber**:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Günter Riegler, so geht es leichter (*nimmt FFP2-Maske ab*). Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf die Aufmerksamkeit auf ein anderes Thema lenken, es geht um das Amazon-Logistikzentrum, von dem natürlich alle schon gehört haben, am Liebenauer Gürtel. Bereits seit 2018 zumindest wird ja der Gründer und Noch- oder Gerade-noch-Chef Jeff Bezos von Amazon als reichster Mann der Welt geführt. Rund 200 Mrd. US-Dollar beträgt sich sein Vermögen. Nicht zuletzt geschuldet der sehr steuerschonenden Vorgehensweise dieses Konzerns einerseits und andererseits auch der schlechten Arbeitsbedingungen, die natürlich oft einmal Gegenstand von Kritik waren, aber darum geht es heute natürlich nicht. Amazon möchte ja, vielleicht nicht Jeff Bezos persönlich, aber die Firma bzw. natürlich eine niederösterreichische Firma im Auftrag von Amazon möchte ein Parkhaus und ein Logistikhalle am Liebenauer Gürtel erreichen, und dieses Gebiet ist ja seit mindestens 30 Jahren als Gewerbegebiet ausgewiesen. Seit 1998, Klaus Frölich hat heute ja auch schon darauf hingewiesen, gibt es einen rechtsgültigen Bebauungsplan, der, wie auch im Stadtblatt nachzulesen ist, einstimmig beschlossen worden ist. Die Anrainer und Anrainerinnen damals waren damit im Wesentlichen einverstanden, weil ihnen bewusst war, wenn da ein Gewerbegebiet ist, und im Gespräch war damals ein Reifenhandel bzw. auch eine Tischlerei, dann kann das Gebiet natürlich entsprechend bebaut werden. Aber natürlich von einem Logistikzentrum, wie man es heute kennt, war damals weit und breit nichts bekannt und auch Amazon ist ja praktisch noch in den

Kinderschuh gesteckt. Im Parkhaus soll nun Platz für 960 Lieferwagen geschaffen werden und 280 weitere Mitarbeiterstellplätze sollen oberirdisch entstehen und dazu eben die Logistikhalle im nördlichen Bereich. Und klar ist, insbesondere in den Nachtstunden sollen die Tätigkeiten dort verrichtet werden und auch die meisten Menschen, arbeitende Menschen, dort anwesend sein und gerade in den Nachtstunden ist dann damit zu rechnen, dass es zu erheblichem Lärm- und, nicht zu unterschätzen, Licht-Belästigungen kommt. Nun hat sich bereits eine Bürgerinitiative gegründet, vor allem von Bewohnern und Bewohnerinnen am Esserweg, die sich zum lebenswerten Liebenau zusammengeschlossen haben und sie treten vor allem nun für die Ausweitung der Schutzmaßnahmen ein. Im Bebauungsplan sind ja natürlich bereits einige Schutzmechanismen vorgesehen, ich sage nur als Beispiel, ein 3 Meter hoher Erdwall zu den AnrainerInnen am Esserweg soll sie eben etwas abschirmen; bei derartigen Tätigkeiten, also wie hier dann eben hauptsächlich in der Nacht zu erwarten ist, wird das aber unserer Meinung nach zuwenig sein. Ich darf daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

stellen:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Schutz seiner Bevölkerung vor heranrückendem Gewerbegebiet.
2. Da ersuche ich jetzt um besondere Aufmerksamkeit, auch von ÖVP und FPÖ, die ja hier einen Abänderungsantrag gestellt haben. Der Bürgermeister der Stadt Graz und der Vizebürgermeister in seiner Funktion als zuständiges Stadtsenatsmitglied für die Bau- und Anlagebehörde werden ersucht, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um im Interesse der anrainenden Wohnbevölkerung im Bereich des geplanten Logistikzentrums am

Liebenauer Gürtel ein Maximalmaß an Schutzmaßnahmen vor Lärm- und Lichtbelästigungen sicherzustellen.

Also, es geht hier selbstverständlich in keinsten Weise darum, in ein laufendes Verfahren einzugreifen oder aus welchen Gründen auch immer einem bestimmten Betrieb, einem bestimmten Konzern das Recht zu untersagen, hier etwas zu bauen, das ist natürlich nicht möglich. Und von daher sage ich jetzt auch gleich dazu, bin ich dann auch sehr dankbar für den, ich möchte sagen, konkretisierenden Zusatzantrag, in einem Teilbereich zumindest, von der Andrea Pavlovec-Meixner, den sie dann sicherlich noch einbringen wird. Danke für die Aufmerksamkeit. Ich ersuche selbstverständlich um Zustimmung. Dankeschön (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit 2018 wird Jeff Bezos, Gründer des Online-Versandriesen Amazon, als reichster Mann der Welt geführt. Auf rund 200 Milliarden US-Dollar beläuft sich sein Vermögen. Die „steuerschonende“ Vorgehensweise und die fragwürdigen Arbeitsbedingungen bei Amazon sind seit vielen Jahren Gegenstand heftiger Kritik. Doch nicht darum geht es heute.

Bekanntlich möchte Amazon eine Logistikhalle und ein Parkhaus in einem Gewerbegebiet am Liebenauer Gürtel errichten. Zur Vorgeschichte: Seit zumindest 30 Jahren ist das besagte Gebiet als Gewerbegebiet ausgewiesen, seit 1998 gibt es einen rechtsgültigen Bebauungsplan. Dieser wurde einstimmig beschlossen, auch die AnrainerInnen waren damit im Wesentlichen einverstanden. 2011 und 2019 erfolgten Änderungen am Bebauungsplan. Nun soll ein Logistikzentrum entstehen. Warum also nun die Aufregung?

Nun: Während 1998 noch von einem Reifenlager und einer Tischlerei die Rede war, wodurch die AnrainerInnen nur in untergeordnetem Maße eingeschränkt worden

wären, droht nun ein Bauprojekt ungleich größerer Natur – mit entsprechenden massiven Belastungen für die Menschen. Nunmehr beabsichtigt der künftige Nutzer dieses Grundstücks, ein viergeschossiges Parkhaus für 960 Lieferwagen sowie 280 MitarbeiterInnenstellplätze zu errichten. In der Logistikhalle, die sich im nördlichen Bereich befindet, soll insbesondere in den Nachtstunden gearbeitet werden. Das bedeutet konkret, dass vor allem die Anlieferungen der Waren mittels LKWs und die Warenmanipulation in den Nachtstunden erfolgen wird. Damit einhergehen werden notwendigerweise erhebliche Lärm- und Lichtbelästigungen.

Die AnrainerInnen am Esserweg haben sich angesichts des drohenden maximalinvasiven Bauvorhabens bereits zur Bürgerinitiative „Lebenswertes Liebenau“ zusammengeschlossen. Sie treten u. a. für die Ausweitung der Schutzmaßnahmen ein, um ein Mindestmaß an Lebensqualität zu erhalten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der in Aussicht gestellte drei Meter hohe Erdwall wird bei Weitem nicht ausreichen, um die BewohnerInnen am Esserweg vor Lärm- und Lichtbelästigungen – vor allem in den Nachtstunden – zu schützen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Schutz seiner Bevölkerung vor heranrückendem Gewerbegebiet.
2. Der Bürgermeister der Stadt Graz und der Vizebürgermeister in seiner Funktion als zuständiges Stadtsenatsmitglied für die Bau- und Anlagebehörde werden ersucht, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um im Interesse der anrainenden Wohnbevölkerung im Bereich des geplanten

Logistikzentrums am Liebenauer Gürtel ein Maximalmaß an Schutzmaßnahmen vor Lärm- und Lichtbelästigung sicherzustellen.

GR Mag. (FH) **Egger:**

Geschätzte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream. Das Sportjahr hat noch nicht einmal begonnen, und wir können schon den ersten Pokal vergeben. Ich glaube, mit diesem Antrag ist der KPÖ gelungen, für das Jahr 2021 den besten Antrag zu stellen, ich glaube, da kommt keiner mehr schnell hin. Also der Pokal gehört jedenfalls euch. Ich bin jetzt lange in der Politik dabei, zwar nicht lange im Gemeinderat, aber einige Zeit schon im Umfeld unterwegs, aber einen Antrag, wo nach dem ersten Absatz, in dem hier halt ausgeführt wird über den Jeff Bezos, die Formulierung steht: „Doch nicht darum geht es heute.“ Für was schreibe ich das hin, wenn es nicht darum geht? Herzlichen Glückwünsch, das muss man erst einmal zusammenbringen. Nachdem jetzt ja auch gerade die Schiweltmeisterschaft stattgefunden haben, sind wir jetzt richtig im Slalom unterwegs, wir müssen nämlich die Kurve kriegen zum ehemals mitgestimmt 1998, durch die damalige Gemeinderätin Ekle Kahr, wo genau festgelegt ist, was in einem Gewerbe- und Industriegebiet gemacht werden darf. Und deswegen Slalom, weil ich muss die Kurve kratzen zum Unterschriften-Sammeln, das heißt, ich muss mich selbst legitimieren, dass ich eigentlich gegen oder für etwas gestimmt habe, das dann in Rechtskraft ist, und mich jetzt dort hinstellen kann und sagen kann: Naja, eigentlich habe ich das nicht ganz so gemeint, weil jetzt ist Wahl und jetzt müsste ich schnell Unterschriften sammeln. Die Finger sind schon etwas eingerostet bei der KPÖ, weil sie haben schon lange keine Unterschriftenaktion mehr gehabt, jetzt bietet sich das gerade wieder an und deswegen versuchen wir den Slalom.

Cortina lässt grüßen (*Appl.*).

Jetzt geht es noch ein Stück weiter, ich habe mir den Antrag gestern ausgedruckt und dann schaue ich mir die zweite Seite an, erste Seite: voll mit Amazon und was weiß ich, sowieso und überhaupt. Und dann kommt die Antragsformulierung. Ich habe sie dann

einmal durchgelesen und habe dann noch einmal geschaut, ob die Formulierung zu dem Motiventext überhaupt dazugehört. Ich habe es dann noch einmal ausgedruckt, ist noch einmal gleich rausgekommen, also es scheint richtig zu sein. Deswegen, weil wir festgestellt haben, dass es scheinbar ein paar Defizite in der kommunistischen Partei gibt, wo es quasi, wenn es darum geht, wenn ich einmal etwas beschließe, welche Wirkung hat das? Wie geht man dann damit um? Da haben der Peter Piffel und ich uns gestern die Mühe gemacht, in einem Abänderungsantrag die wichtigsten Dinge zusammenzufassen, wenn man einmal etwas beschließt. Ihr unterstützt eh nicht oft, weil es könnte alles ein bisschen heikel sein, aber wenn man einmal etwas unterstützt, was die Auswirkungen daraus sind und einen Antrag zu formulieren:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Schutz seiner Bevölkerung vor heranrückendem Gewerbegebiet: „Jo no na net“. Stadtentwicklungskonzept 2013, 4.0, § 16: Gestaltung der Übergänge zu Wohngebieten unter Berücksichtigung von erforderlichem Immissionsschutz, das steht dort alles drinnen. Wir haben es dann noch einmal zusammengefasst für euch, deswegen ist das auch für uns dringlich, damit wir das euch noch einmal erklären können (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Zur Dringlichkeit noch weitere Wortmeldungen?

Ach ja, genau, Entschuldigung, Herr Gemeinderat Wagner bitte.

GR Günter Wagner:

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher. Macht nichts, kommt schon mal vor. Ich bin nicht so groß gewachsen, mich übersieht man gerne, das passiert öfters, da bist du nicht der Einzige. Ich sage einmal trotz alledem danke, dass wir über dieses eh schon überall diskutierte Thema jetzt, durch diesen Antrag auch, sprechen dürfen. Von mir folgt dann auch ein Antrag, dem das Amazon-Lager zugrunde liegt. Das Thema ist dringlich,

ja, und die Anrainer müssen natürlich auch geschützt werden, soweit es die rechtlichen und gesetzlichen Möglichkeiten zulassen. Und ich halte den Antrag und den Antragstext für eine Blendgranate, weil ich möchte schon noch einmal festhalten, dass es eben einen rechtsgültigen Bebauungsplan gibt, der eben mit allen Stimmen, und eben auch diesen der KPÖ, beschlossen wurde, und dann der Vergleich mit, es wäre ja sonst nur eine Reifenhalle gekommen, hinkt auch ein bisschen. So eine Reifenhalle, wenn man hier einen größeren Player hernimmt, schlägt auch einmal 4 Millionen Reifen im Jahr um, das hätte jetzt wahrscheinlich nicht so viel Unterschied zu einem Amazon-Lager gemacht. Grundsätzlich, wenn es eben einen Bebauungsplan gibt, der beschlossen ist, hat jeder Bauwerber, ob der jetzt Amazon heißt und uns gefällt oder nicht gefällt, ob der viel Geld hat oder eine arme Kirchenmaus ist, das tut ja nichts zur Sache, hat das Recht auf ein rechtlich und gesetzlich geregeltes Verfahren. Und wenn ich den Punkt 2 durchlese, in dem er eigentlich die Bau- und Anlagenbehörde auffordert, die Arbeit, die sie ohnehin schon machen, zu machen, und das ein Außenstehender sich anschaut, kommt er fast zum Schluss, wenn man denen das nicht extra sagt, herrscht dort ja nur Willkür und dagegen verwehren wir uns (*Appl.*). Da aber uns die Anliegen der Anrainer dort wichtig sind, wird auch der Herr Hofrat Piffli-Percevic später gemeinsam mit uns einen Abänderungsantrag einbringen und in dem ist es uns wichtig, dass eben vor allem auch die für Verkehr zuständige Stadträtin Elke Kahr ihre Möglichkeiten hier ausschöpft und auch eine umweltverträgliche Verkehrsführung prüft. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (17.18 Uhr).

GR Dr. Piffli-**Percevic**:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream. Das, was ich jetzt in den Händen halte, ist unser Abänderungsantrag, der bereits in mehreren Wortmeldungen vorher schon angekündigt bzw. dargelegt wurde, ich kann mich also kurzfassen. Selbstverständlich, das ist der erste Punkt, bekennen wir uns bedingungslos zur Ausschöpfung und zum Einsatz aller rechtlich legitimen bau- und raumordnungsrechtlichen Möglichkeiten auch hier. Das heißt, selbstverständlich maximaler Schutz der Anrainer, aber auch, das haben wir vorher schon einmal ausgeführt, auch die Rechte der Bauwerber. Dafür gibt es Spielregeln und im Rahmen dieser Spielregeln, auch Elke Kahr, hast du dich damals abstimmend beteiligt, jetzt müssen wir dazu stehen, ob wir vorher dabei waren oder nicht, aber politisch gesehen, umso mehr natürlich, wenn ich eh schon dabei war. Zweitens geht es um, Günter Wagner hat das bereits ausgeführt, du hast als Verkehrsreferentin auch außerhalb der raum- und baurechtlichen Möglichkeiten einige Werkzeuge im Rahmen der Verkehrspolitik, das ist sozusagen ein gewisser Freiraum, teilweise ist er genauso determiniert, wie etwa im Stadtentwicklungskonzept. Also wenn es einen legitimen Appell, einen Handlungsimperativ oder ein Handlungsersuchen an ein vollziehendes Organ gibt, dann hast du als Verkehrsreferentin hier vergleichsweise teilweise genauso gebundenen Hände, aber auch einen gewissen Freiraum, den bitte setze ein. Und drittens lehnen wir diesen Ansatz, Manfred, du hast es eh verbal gesagt, es ist nicht möglich, gegen die Gesetze einzugreifen, aber bitte, dass formuliere nicht so wie du es getan hast, deswegen ändern wir auch den dritten Punkt: bedingungslose Haltung an die Gesetze. Wir gehen davon aus, und dazu braucht weder die Politik, also unsere Seite jedenfalls nicht, noch die Verwaltung einen Zuruf. Hier gelten die Gesetze, und jedes Eingreifen, und das möchte ich auch noch einmal aus diesem Anlass sagen, des Gemeinderates in ein Rechtsverfahren könnte sogar die Aufhebbarkeit und die Rechtswidrigkeit bedeuten. Halten wir da zurück, lassen wir die Beamten ihre Aufgabe tun und tun wir nicht so mit gewissen schriftlichen Formulierungen fahrlässig umgehen, die wir dann so halbherzig auch wieder verbal zurücknehmen. Danke
(Appl.).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Namens der im Gemeinderat vertretenen Klubs von ÖVP und FPÖ stelle ich den

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen bzw. festhalten:

- 1.) *Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Schutz seiner Bevölkerung im Rahmen der zur Verfügung stehenden gesetzlichen bzw. rechtlichen Möglichkeiten.*
- 2.) *Die für die Agenden des Straßenverkehrs verantwortliche Stadtsenatsreferentin Elke Kahr wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeit alle Möglichkeiten einer umweltverträglichen Verkehrsführung, insbesondere im Interesse des erforderlichen Immissionsschutzes der Anrainer – wie es u. a. im 4.0 STEK ausgewiesen und gefordert ist – vorzunehmen.*
- 3.) *Hinsichtlich einer konkreten Einflussnahme auf die bereits laufenden Bau-, Raumordnungs- und UVP-Verfahren ist auszuführen, dass sich das Ausmaß an erforderlichen Immissionsschutzmaßnahmen in diesen Genehmigungsverfahren bzw. Verfahren aus den geltenden Gesetzen, Verordnungen und Gutachten ergibt.
Einem in diesem Sinne genehmigungsfähigen Projekt kann man – ohne Amtsmissbrauch zu begehen – die Bewilligung nicht verwehren, weshalb eine individuelle Einflussnahme auf diese Verfahren durch die Vollzugsorgane der Stadt ausgeschlossen ist.*

KO GR Ehmann:

Danke, Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und ZuhörerInnen und ZuseherInnen im

Livestream, lieber Antragsteller, lieber Manfred. Bevor ich zum Antrag selbst komme und etwas dazu sagen werde, lieber Kurt, ich habe deine Ausführungen launig empfunden, auch inhaltlich hier und dort durchaus kritisch beleuchtend, aber ich würde mir eher von dir, oder hätte mir eher von dir gewünscht, dass du hier auch eine möglicherweise kritische Wortmeldung in Richtung des Onlinehandels grundsätzlich abgibst, der jetzt dort vor Ort ansiedelt oder vor hat, hier anzusiedeln. Denn der ständige Hinweis von euch auf die regionale Wirtschaft und auf dieses Vor-Ort-Einkaufen und das zu unterstützen, und, und, und, stellt sich mit so einem Verteilzentrum oder bzw. überhaupt mit derartigen Online-Giganten, sagen wir es einmal so, das sind ja nicht so viele, die in diesem Größenbereich sind, stellt sich das nicht so dar, da fehlt mir dann auch oft der Aufschrei der Wirtschaft oder der VertreterInnen der Wirtschaft (*Appl.*), die sagen: Moment, bitte schauen wir hier einmal hin, was unsere EPU, unsere gesamte Wirtschaft im Grazer Raum wird dadurch teilweise unter die Räder kommen, unabhängig jetzt von Zulieferbetrieben und so weiter, über Arbeitszeitmodelle und so weiter können wir dann extra noch einmal darüber debattieren und diskutieren in diesem Bereich, das können wir ein anderes Mal auch machen. Aber, wie gesagt, das hat mir ein bisschen gefehlt. Ich glaube, es wird wichtig sein, insgesamt auf allen Gebietskörperschaften nach geeigneten Antworten in diesem Bereich zu suchen, und ich sehe den Antrag durchaus, und da kann man jetzt formal durchaus sagen, ok, das hinkt vielleicht ein bisschen in der Formulierung oder bzw. der Antragstext, da kann man darüber streiten. Ja das mag sein, das stimmt, aber ich glaube, es hat einen gewissen Symbolcharakter, dass wir uns als Gemeinderat hier in Graz hier klar zum einen für die Regionalität aussprechen, die glaube ich, von höchster Notwendigkeit ist, um unsere heimischen Betriebe auch nach besten Möglichkeiten zu unterstützen und auch natürlich die Menschen ein bisschen zu sensibilisieren: Bitte denkt daran, es hängen auch viele Arbeitsplätze in der Region daran, es ist auch hier die Wertschöpfung notwendig. Weil wenn die Steuern, wie gesagt, oder hier Steuererleichterungen stattfinden, und manche dieser Online-Giganten weniger in unserem Land zahlen als eine Würstelbude, dann stimmt etwas nicht, wisst ihr, was ich meine? Das kann nicht sein, das ist nicht in Ordnung. Also

zumindest ist das halt nur mein Verständnis dafür, und da muss ich schon sagen, kann ich dem Antrag des Manfred Eber und der KPÖ durchaus etwas abgewinnen, um zu sagen, setzen wir hier ein Zeichen, sagen wir klar, wir wollen hier die Region unterstützen, die Regionalität, die heimische Wirtschaft, die Arbeitsplätze letztendlich, aber auch vor allem die Bevölkerung, die betroffene. Weil bei einer 6-Tage-Woche mit 960 LKWs, also das ist ja wirklich nicht ohne, das ist ja bald alle eineinhalb Minuten ein LKW, also das muss man sich einmal vergegenwärtigen, wenn man dort wohnt oder von dort aus von Anfang an wohnt, manche sind ja 30 bis 40 Jahre schon dort. Also da muss man schon Rücksicht nehmen, und ich glaube, da muss man im Rechtsrahmen, da geben ich auch euch Recht, da muss man im Rahmen des Rechtes bleiben, selbstverständlich, aber versuchen, hier alles zu unternehmen, um hier den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Weil dass der Rechtsanspruch da ist zum Bauen, das ist eh unbestritten, das wird eh keiner bestreiten, nehmen ich an. Deshalb werden wir dem Antrag zustimmen und dem Abänderer nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender. Ich möchte mich zuerst bei dir bedanken für diesen dringlichen Antrag, den ich für sehr wichtig halte, und meine Kollege Dreisiebner und ich, wir waren letzte Woche vor Ort und wir haben uns das angeschaut und mit den Menschen dort gesprochen. Und wenn man dort ist, dann sieht man, wie dramatisch die Situation für die Leute, die dort leben, jetzt schon ist. Weil wenn man an dieser Ecke steht, Messendorfer Straße – Esserweg, da sieht man, dass irgendwie mit einer viel zu niedrigen Lärmschutzwand abgeschirmt der Autobahnzubringer ist und dann haben sie Richtung Süden einen Acker und den St.-Peter-Gürtel. Jetzt kann man natürlich sagen, bei denen, die sich da jetzt neue Häuser gebaut haben und es gibt ja welche, naja, hätten sie halt einmal geschaut im Flächenwidmungsplan, was da für eine Flächenwidmung drauf ist. Leider, sage ich jetzt, wissen manche oder viele Menschen gar nicht, dass sie die Möglichkeit hätten, da rein zu schauen. Die sehen halt

einen Acker und für die ist das halt so, dass dort eine Landwirtschaft ist und dass man sich da dann halt einen Baugrund kauft und aus seinem Ersparten ein Haus baut und so einfach ist es nicht, dass man das verlangen kann, dass alle schauen, was es dort für eine Widmung gibt in ihrer Umgebung, das ist einfach so. Deshalb, danke für diesen dringlichen Antrag, und zum Abänderungsantrag der ÖVP muss ich schon sagen, der ist auch ein bisschen „Jo na, jo eh“, weil dass wir uns für den Schutz der Grazerinnen und Grazer einsetzen sollen, ich glaube, das ist klar. Wir haben auch ein Gelöbnis abgelegt, und dass die UVP, ein UVP-Verfahren kein Wunschkonzert ist, das steht, glaube ich, außer Frage und es ist selbstverständlich, dass niemals die Politik ein UVP-Verfahren bestellen kann und es ist selbstverständlich, dass niemals die Politik ein UVP-Verfahren absagen kann. Ich hoffe, da sind wir uns einig. Aber weil diese UVP so wichtig wäre, bringe ich eben einen Zusatzantrag ein, weil, wie wir seit Kurzem wissen, ist es ja nicht so, dass die Stadt Graz jedes Rechtsverfahren gewinnt, ihr wisst, was ich meine, und deshalb braucht es eine profunde Vorbereitung. Derzeit läuft ja auf Landesebene ein Verfahren zur Feststellung der UVP-Pflicht, das ist ausgelöst worden durch eine Stellungnahme der Stadt Graz, danke dafür, und der Projektwerber muss jetzt ein Verkehrskonzept nachliefern. Der Ausgang dieses Verfahrens ist aber ungewiss und jetzt ist es grundsätzlich so, wenn ein negativer UVP-Feststellungsbescheid erlassen werden sollte, dann hätte die Stadt Graz als Standort-Gemeinde die Chance, zum Bundesverwaltungsgericht zu gehen und dort eine Beschwerde einzulegen und ich glaube, auf so eine Beschwerde sollten wir jetzt schon anfangen, sich ganz, ganz gut vorzubereiten und deshalb habe ich auch diesen

Zusatzantrag

eingebraucht oder bringe den gerade ein.

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Dass die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz Vorsorge für die Einbringung einer inhaltlich fundierten Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht treffen. Und ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Zusatzantrag angenommen werden würde. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Derzeit läuft auf Landesebene ein Verfahren zur Feststellung einer UVP-Pflicht des Vorhabens Amazon-Logistik-Zentrum. Aufgrund der Stellungnahme der Stadt Graz hat der Projektwerber nunmehr ein Verkehrskonzept nachzuliefern. Der Ausgang des Verfahrens ist allerdings ungewiss. Sollte es zu einem negativen UVP-Feststellungsbescheid kommen, könnte die Stadt Graz als Standortgemeinde Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einlegen.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz Vorsorge für die Einbringung einer inhaltlich fundierten Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht treffen.

GR DI Topf:

Ich möchte vielleicht einen Aspekt in die Diskussion einwerfen. Wir haben die Situation, weil das ja ansprechen wurde, mit Arbeitsplätzen, mit Amazon als Großunternehmen, es ist eigentlich das Problem des Einkaufsverhaltens, ich sage es jetzt ganz ehrlich, wie das ist. Es ist relativ gleichgültig, ob jetzt Amazon in Graz das Logistikzentrum baut oder möglicherweise irgendwo anders. Man kann nicht sozusagen jetzt aufgrund des Verkaufserfolges sozusagen sagen, das wollen wir in Graz

nicht haben und das ist ein bisschen so durchgeklungen. Es geht eigentlich darum, dass wir, und Micheal Ehmann, du hast es ja angesprochen, die regionale Wirtschaft nur dann stützen können, und da bin ich zu 100 % bei dir, wenn wir tatsächlich unser Kaufverhalten ändern. Denn es ist völlig wurscht, ob Amazon hier in Graz das Logistikzentrum baut oder ein paar Meter weiter unten im Süden, das ist das Thema, das du jetzt zusätzlich, jetzt unabhängig von den Verfahren und von dem Schutz, den wir den Anrainerinnen und Anrainern mit unserem Abänderungsantrag zumessen wollen. Letztendlich geht es darum, dass Amazon jetzt erfolgreich ist, durch die Pandemie vielleicht noch erfolgreicher wurde und wir unser Einkaufsverhalten entscheidend ändern sollten und müssen, um die regionale Wirtschaft zu stärken. Das ist der wesentliche Aspekt, denn ob wir jetzt dann bei Amazon einkaufen, wo das Logistikzentrum in Graz oder in Kalsdorf oder sonst wo ist, ist relativ gleichgültig. Wir müssen uns in dieser Form im Einkaufsverhalten ändern, dann, glaube ich, können wir auch deinen durchaus berechtigten Ansatz, die regionale Wirtschaft zu stärken, durchaus unterstützen, aber vom Standort abhängig ist das leider nicht, sondern von unserem Einkaufsverhalten (*Appl.*).

KO GR Eber:

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen. Danke für die rege Diskussion. Ich möchte vielleicht zunächst beginnen mit ein bis zwei Worten zum Kollegen Kurt Egger. Ich habe manchmal den Eindruck, und jetzt kennen wir uns doch schon vier Jahre ungefähr, manchmal habe ich aber den Eindruck, je launiger, je lustiger, je amüsanter und unterhaltsamer deine Redebeiträge sind, desto weniger Substanz und Inhalt haben sie eigentlich. Daraufhin hat ja der Kollege Michael Ehmann hingewiesen, der sich, genauso wie ich auch, natürlich erwartet hätte, gerade von der Wirtschaftskammer, dass sie die regionale Wirtschaft eben unterstützt und das kann man, wie es der Georg gesagt hat, dein Einwand war natürlich richtig, Georg, aber man kann es auch nicht auf das Einkaufsverhalten des einzelnen Bürgers ...

Unverständliche Wortmeldungen aus den Reihen des Gemeinderates.

KO GR Eber:

... nicht auf jenen kann man also das beschränken. Der Kollege Wagner hat sinngemäß, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe, oder mir richtig notiert habe auch das eine oder andere gesagt, die Bau- und Anlagenbehörde macht ihre Arbeit, sie macht sie gut, sie braucht keine Zurufe oder Anweisungen, was auch immer, von außen, von uns auch. Da gebe ich dir grundsätzlich natürlich Recht. Aber worum es geht, das ist genau, was die Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner gesagt hat: Wir müssen uns jetzt schon darauf vorbereiten, dass nicht alles immer so rechtlich auch ausgeht, wie wir es uns wünschen würden und von daher wäre es notwendig, jetzt schon auf eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht hinzuarbeiten und von daher ersuche ich jedenfalls alle, diesem Zusatzantrag auch die Zustimmung zu geben. Was ich vorher schon kurz angesprochen habe, ist Folgendes: Der Kollege Piffli-Percevic hat noch einmal darauf hingewiesen, ja, selbstverständlich, wenn der Gemeinderat in ein laufendes Verfahren eingreift sozusagen, da Anweisungen, Vorschriften oder was auch immer gibt, dann wäre das selbstverständlich rechtswidrig, da gebe ich dir vollkommen Recht. Aber das wird in diesem Antrag ja nicht gefordert und da möchte ich schon auch darauf hinweisen, dieser Antrag wäre wohl heute auch hier kaum zulässig gewesen, wenn ich eben diese Rechtswidrigkeit sozusagen vom Gemeinderat fordern würde oder fordern möchte. Ein letzter Satz noch zum Abänderungsantrag betreffend Elke Kahr, betreffend Straßenverkehr. Ja, es ist richtig, natürlich kann die Verkehrsplanung, das Straßenamt da und dort schauen, wo man Verbesserungen erzielen kann, wo man größtmögliche Verschlechterungen verhindern kann, also vor allem was natürlich Zu- und Abfahrten und so weiter anbelangt. Wo aber auch die Verkehrsplanung und das Straßenamt eigentlich nichts tun können, ist, was auf dem Grundstück selbst passiert. Und genau da ist aber natürlich die große Sorge, dass bei einem Rund-um-die-Uhr-Schichtbetrieb natürlich die Lärmbelästigung, die Lichtbelästigung, wie gesagt, in den Nachtstunden kaum hintanzuhalten sind also über verkehrliche Maßnahmen. Zu guter

Letzt noch einmal, ich weiß nicht, ob ich es schon vorher gesagt habe, ja, wir haben natürlich 1998 dem Bebauungsplan zugestimmt, aber es ist, glaube ich, schon allen, außer vielleicht dem Kurt Egger, klar, dass es einen Unterschied macht, welche Art von Betrieb sich dort ansiedelt und es ist einfach ein Unterschied für die ansässige Bevölkerung dort, ob tagsüber ein Handelsbetrieb, ein Reifenhandel meinerseits, ein Reifenlogistikcenter meinerseits, arbeitet oder ob sich ein Betrieb ansiedelt mit 960 Lieferwägen, mit 280 Privat-PKW und vor allem dort auch rund um die Uhr arbeitet, um das noch einmal zu betonen. Ich ersuche nichtsdestotrotz um eure Annahme des Antrages. Dankeschön (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Dankeschön, dann kommen wir zum nächsten Dringlichen. Ich darf dazu Frau Gemeinderätin Taberhofer herausbitten. Nachdem es in den nächsten beiden Anträgen im Inhalt um das Gleiche geht, aber sich natürlich in der Ausformung unterscheidet, ziehe ich die zwei Dringlichen zusammen und wir haben damit die doppelte Redezeit.

9.4 Sozialunterstützungsgesetz anpassen (GRⁱⁿ Mag.^a Ulrike Taberhofer, KPÖ)

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Stadtregierung, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste. Der vorliegende dringliche Antrag bezieht sich, auch aus

aktuellem Anlass, auf das Sozialunterstützungsgesetz und seine Folgewirkungen. Die Wohnungskosten tragen in Österreich wesentlich eben zur Teuerung und auch zur Verfestigung von Armut bei, und in keinem anderen EU-Staat sind die Kosten von Mieten und Betriebskosten in den vergangenen Jahren so stark gestiegen, und diese Entwicklung ist eben auch in der Steiermark und insbesondere auch in Graz festzustellen. Und der aktuelle Anlass, den ich vorher angeschnitten habe, bezieht sich darauf, dass vorgestern im Landtag eben dieses Sozialunterstützungsgesetz beschlossen worden ist und löst das Mindestsicherungsgesetz ab, und trotzdem werden also mit diesem Gesetz, mit diesen neuen Maßnahmen, mit der neuen Sozialunterstützung, die eben beschlossen wurden, die Beihilfen, die bis jetzt gegolten haben oder möglich waren, zu den Wohnkosten gekürzt. Und einerseits dürfen Personen, die die neue Sozialunterstützung beziehen, keine Wohnunterstützung mehr bekommen, und andererseits nutzt das Land aber im Steiermärkischen Sozialunterstützungsgesetz bei der sogenannten jetzigen Wohnkostenpauschale, die den Bezug zu der Wohnunterstützung ersetzen soll, nicht die Möglichkeit aus, die durch das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz gegeben wäre. Und zwar der Höchstsatz der Sozialunterstützung teilt sich 60:40 auf die Unterstützung einerseits des allgemeinen Lebensunterhaltes und andererseits auf die Befriedigung des Wohnbedarfes auf. Und reicht dieser Wohnbedarfsanteil nicht aus, um die tatsächlichen Wohnkosten zu decken, wird eine Wohnkostenpauschale in der Höhe von maximal 20 % des Höchstsatzes gewährt. Das Bundesgesetz, das österreichweite, würde aber allerdings einen größeren Spielraum von bis zu 30 % der Bemessungsgrundlage als Wohnkostenpauschale zulassen, welcher jedoch eben vom Land Steiermark nicht ausgenutzt wird. Und diese Schlechterstellungen führen natürlich zu vielen Problemen für Betroffene, es ergeben sich unterschiedliche Berechnungsgrundlagen und letztendlich führt es für die Betroffenen zu Kürzungen und dazu auch zu Existenzunsicherheit und das gerade in einer Situation wie der derzeitigen Krise, und auch diese Folgewirkungen werden dann noch einmal zum Tragen kommen. Und in Anbetracht dieser rapiden Teuerungen bei den Wohnkosten und der Rolle in Hinblick auf die Armutsgefährdung in der Steiermark ist dementsprechend gerade in Zeiten

einer schweren Wirtschaftskrise und Rekordarbeitslosigkeit eine Ausnutzung des bundesgesetzlichen Rahmens, nämlich auf die Wohnkostenpauschale die 30-prozentige Erhöhung anzustreben, und das wäre im besonderen Maß für Grazerinnen und Grazer wichtig, die sich bekanntlich mit tendenziell höheren Wohnkosten konfrontiert sehen. Und da eine Verschärfung der sozialen Notlagen in unserer Stadt bereits ab Juli dieses Jahres droht, ist eben ein rasches Handeln geboten. Und aus diesem Anlass stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

1. Es ergeht an den Bundesgesetzgeber die Petition, wonach eine Novelle des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes insofern zu veranlassen ist, dass
 - a. der Bezug der steirischen Wohnunterstützung ergänzend zur Sozialunterstützung ermöglicht wird.
 - b. die Unterstützung zur Befriedigung des Wohnbedarfs generell als Geldleistung und nur in begründeten Fällen als Sachleistung definiert wird.
 - c. der Richtsatz 75 zu 25 auf die Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts und die Befriedigung des Wohnbedarfs aufgeteilt wird.

2. Es ergeht an das Land Steiermark die Petition, wonach die StSUG insofern zu überarbeiten ist, dass die Wohnkostenpauschale in § 8 Abs. 6 auf 30 % des Höchstsatzes angehoben wird.

Ich hoffe, dass der Antrag Zustimmung findet und man damit den Betroffenen und Folgewirkungen, im negativen Sinn für die Betroffenen, etwas entgegenwirken kann.

Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Wohnkosten tragen in Österreich wesentlich zur Teuerung und auch zur Verfestigung von Armut bei. In keinem anderen EU-Staat sind die Kosten von Mieten und Betriebskosten in den vergangenen Jahren so stark gestiegen. Diese Entwicklung ist auch in der Steiermark und insbesondere in Graz festzustellen. Trotzdem werden mit der neuen Sozialunterstützung, die am Dienstag im Landtag Steiermark beschlossen wurde, die Beihilfen zu den Wohnkosten gekürzt. Einerseits dürfen Personen, die die neue Sozialunterstützung beziehen, keine Wohnunterstützung mehr bekommen. Andererseits nutzt das Land Steiermark im Steiermärkischen Sozialunterstützungsgesetz (StSUG) bei der sogenannten Wohnkostenpauschale, die den Bezug aus der Wohnunterstützung ersetzen soll, nicht die Möglichkeiten aus, die durch das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz gegeben wären.

Der Höchstsatz der Sozialunterstützung teilt sich 60 zu 40 auf die Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts und die Befriedigung des Wohnbedarfs auf. Reicht der Wohnbedarfsanteil nicht aus, um die tatsächlichen Wohnkosten zu decken, wird eine Wohnkostenpauschale in Höhe von maximal 20 Prozent des Höchstsatzes gewährt. Das Bundesgesetz würde dabei allerdings einen größeren Spielraum von bis zu 30 Prozent der Bemessungsgrundlage als Wohnkostenpauschale zulassen, welcher jedoch vom Land Steiermark nicht ausgenützt wird.

Eine Ausnutzung des bundesgesetzlichen Rahmens für die Wohnkostenpauschale würde vor allem denjenigen Menschen helfen, die mit hohen Wohnkosten konfrontiert sind – darunter wären nicht zuletzt auch viele Grazerinnen und Grazer. Im Bundesland Salzburg ist dies dergestalt im Übrigen bereits zur Umsetzung gekommen.

Finanziell liegt die Unterstützung derjenigen Menschen, die eine Wohnkostenpauschale von 30 Prozent der Bemessungsgrundlage in Anspruch nehmen könnten, durchaus im Bereich des Möglichen, ergibt sich doch für das Land Steiermark durch die neue Regelung eine Kostenreduktion, wie den Erläuterungen zum StSUG zu entnehmen ist:

„Die Übertragung der Unterstützungsleistungen zur Befriedigung des Wohnbedarfs aus dem StWUG in das StSUG bildet sich mit Mehrkosten in Höhe von bis zu € 6,5 Mio. jährlich (davon 60% für das Land iHv bis zu € 3,9 Mio. und 40 % für die Sozialhilfeverbände bzw. die Stadt Graz iHv bis zu € 2,6 Mio.) unter gleichzeitiger Kostenreduktion im Bereich des StWUG in Höhe von bis zu € 9 Mio. (100% Land) ab.“

In Anbetracht der rapiden Teuerung bei den Wohnkosten und ihrer Rolle im Hinblick auf die Armutsgefährdung in der Steiermark ist dementsprechend gerade in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise und Rekordarbeitslosigkeit eine Ausnutzung des bundesgesetzlichen Rahmens für die Wohnkostenpauschale anzustreben. Dies wäre in besonderem Maße für Grazerinnen und Grazer wichtig, die sich bekanntlich mit tendenziell höheren Wohnkosten konfrontiert sehen. Da eine Verschärfung der sozialen Notlagen in unserer Stadt bereits ab Juli dieses Jahres droht, ist rasches Handeln geboten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Es ergeht an den Bundesgesetzgeber die Petition, wonach eine Novelle des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes insofern zu veranlassen ist, dass
 - a. der Bezug der steirischen Wohnunterstützung ergänzend zur Sozialunterstützung ermöglicht wird.*
 - b. die Unterstützung zur Befriedigung des Wohnbedarfs generell als Geldleistung und nur in begründeten Fällen als Sachleistung definiert wird.*
 - c. der Richtsatz 75 zu 25 auf die Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts und die Befriedigung des Wohnbedarfs aufgeteilt wird.**

2. *Es ergeht an das Land Steiermark die Petition, wonach die StSUG insofern zu überarbeiten ist, dass die Wohnkostenpauschale in § 8 Abs. 6 auf 30 % des Höchstsatzes angehoben wird.*

9.5 Änderung Steiermärkisches Sozialunterstützungsgesetz (GRⁱⁿ Claudia Schönbacher, FPÖ)

GRⁱⁿ Schönbacher:

In meinem dringlichen Antrag geht es heute darum, und zwar unser heimisches Sozialsystem vor Missbrauch zu schützen, das heißt, das stößt ein bisschen in eine andere Richtung. Dringlich deswegen, weil ja das Sozialunterstützungsgesetz am 23., also am Dienstag, im Steirischen Landtage beschlossen wurde und die Medien sehr häufig darüber berichtet haben. Auch der Landesrechnungshof hat einen äußerst kritischen Beitrag-Bericht abgegeben und diese Punkte habe ich in meinen dringlichen Antrag aufgenommen. Einer davon ist der Kostenverteilungsschlüssel, um die Gemeinden zu entlasten, jetzt liegt er bei 60:40 und ich fordere in meinem Anliegen, dass das Land zukünftig 70 % übernimmt und die Stadt 30 %, nachdem wir als Stadt Graz besonders davon betroffen sind. Wofür ist das Sozialunterstützungsgesetz eigentlich da? Unserer Meinung nach sollte es ein faires und nachvollziehbares soziales Netz sein, nämlich um sicherzustellen, dass kein Missbrauch toleriert wird und dementsprechend auch bestraft wird. Anstatt das Ausführungsgesetz möglichst restriktiv gegen sozialen Missbrauch zu gestalten, hat die Landesregierung keinerlei Kontrolle, wie z.B. einen Erhebungsdienst, so wie wir ihn in der Stadt Graz schon haben, veranlasst. Wie bitter notwendig ein Erhebungsdienst wäre, zeigt sich an einigen Beispielen, die ich gerne ausführen möchte. Und zwar der Erhebungsdienst in Graz hat im Jahr 2019 1.157 Erhebungen im Bereich Jugendschutz, Meldevergehen, Schwarzarbeit und Sozialmissbrauch durchgeführt und da gab es 354 Anzeigen. 2019 gab es in der Steiermark 2003 Sanktionen und davon 50 % gegen Ausländer, das sagt

wirklich etwas aus. In den Jahren 2016 bis 2019 wurden 1.468 Fälle eines unrechtmäßigen Bezuges bekannt, wovon nur 130 Fälle angezeigt wurden. Von diesen 130 waren 40 %, sprich 54, nicht Österreicher. Das kann wohl kein faires System sein, wenn die, die fleißig sind, die viel arbeiten und mehr verdienen, in unser System einzahlen, uns allen ist das Sozialsystem sehr wichtig, und auf der anderen Seite dann die anderen sich etwas herausnehmen, was ihnen überhaupt nicht zusteht und das auch nicht bestraft wird (*Appl.*).

Die Entwicklungen der bisherigen Mindestsicherung möchte ich noch kurz erläutern: Und zwar gibt es fast 16.000 Bezieher, wovon fast 8.000 Ausländer sind, also ungefähr die Hälfte, 6.785 sind Drittstaatsangehörige und davon sind 5.500 Asylberechtigte. Jetzt geht man eigentlich davon aus, dass die zu uns kommen, die eine sehr gute Ausbildung haben. Uns ist gesagt worden, die kommen zum Arbeiten, die wollen ein besseres Leben, aber diese Zahlen beweisen das nicht und auch der Zuzug in Ländern, wo die Mindestsicherung am höchsten ist, beweist auch, dass sie sich ganz gerne in unsere soziale Hängematte legen, und es ist traurig, dass wir das möglich machen (*Appl.*).

Im Dezember 2020 waren noch fast 4.000 Personen Vollbezieher, wovon 2.240 Ausländer waren, ist gleich 56 %. Im Jänner 2019, also ein Jahr davor, waren es 44 %, das ist mir schon hoch vorgekommen, aber mittlerweile sind es 56 %, also man sieht, die Tendenz steigt. Und meiner Meinung nach sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit mangelnde Deutschkenntnisse, das höre ich immer wieder von Unternehmern, dann andere Lebensgewohnheiten, das heißt, unsere Arbeitszeiten passen mit den Lebensgewohnheiten nicht zusammen. Weil ich höre immer wieder, mein Körper macht das nicht mit, ich kann nicht so früh zu arbeiten beginnen, aber dafür höre ich aus den Siedlungen, dass sie dafür sehr nachtaktiv sind. Also das passt mit uns nicht zusammen, daher gehe ich davon aus, dass das ein mangelnder Integrationswille ist und das darf man weder fördern, sondern das muss man ihnen abgewöhnen. Zu Punkt 8 meines Antrages möchte ich noch sagen, da geht es um die Unterstützung von Minderjährigen. Über 6.000 Minderjährige sind von der Mindestsicherung betroffen, davon sind nur 2.500 Österreicher, 416 EU-Bürger, das ist wenig, und 3.100

Drittstaatsangehörige, darunter wieder 2.700 Asylberechtigte. Also diese Zahlen sagen wirklich etwas aus und darüber sollte man wirklich genauer nachdenken und diskutieren. Zusammenfassend müssen wir einfach eingreifen und deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung für meine Petition.

Die Punkte verlese ich nicht, weil sie liegen sowieso in jedem Klub auf. Ich beantrage, die zuständigen Stellen des Landes Steiermark, im Besonderen die Landesregierung, mögen am Petitionsweg das Sozialunterstützungsgesetz, respektive den Vollzug und die Kontrolle von eben denjenigen, dahingehend ändern. Ich bitte um Ihre Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das am 23. Februar 2021 im Landtag Steiermark beschlossene Sozialunterstützungsgesetz ersetzt bekanntlich die Mindestsicherung. Was in diesem Gesetz jedoch offenkundig fehlt, ist ein wirksamer Schutz gegen den immer stärker ausufernden Sozialmissbrauch, über den immer wieder in den Medien berichtet wird. Im Jahr 2019 hat es dazu einen äußerst kritischen Bericht des Landesrechnungshofes gegeben. Weder wurde die in diesem Bericht geforderte Implementierung eines Erhebungsdienstes oder ein adäquates Sanktionsregime bei Verstößen, noch eine Anpassung der Höchstsätze bei Großfamilien, die zum größten Teil keine Österreicher sind, von der Landesregierung berücksichtigt. Dass bereits 51 Prozent aller vollunterstützten Bezieher Asylanten sind, zeugt von der mangelnden Treffsicherheit dieses Gesetzes, das ein faires und nachvollziehbares soziales Netz für wirklich unverschuldet in Not geratene Bürger sicherstellen soll.

Sozialmissbrauch und Sozialtourismus muss jedenfalls ein Riegel vorgeschoben werden. Die Landesregierung sollte durchaus von der Grazer Stadtpolitik lernen. Unter Bürgermeisterstellvertreter Mario Eustacchio ist die Einführung eines Erhebungsdienstes zur Bekämpfung von Sozialbetrug gelungen. Sozialbetrug muss mit aller Härte bekämpft werden. Bei Verstößen müssen Bezieher mit strengen

Konsequenzen und dem Entzug der Leistungen zu rechnen haben. Zudem müssen die Höchstsätze so ausgestaltet werden, dass es einen deutlichen Unterschied zwischen dem Einkommen von erwerbstätigen Leistungsträgern und Empfängern von Sozialunterstützungsgeldern gibt.

Darüber hinaus braucht es eine Änderung des Kosten-Verteilungsschlüssels, um Gemeinden zu entlasten. Das vorliegende Gesetz ist ein Schlag ins Gesicht für die steirische Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit bestreitet oder unverschuldet in eine Notlage geraten ist. Oder ist es fair, wenn eine große Asylantenfamilie künftig weiterhin deutlich über 2.500 Euro netto im Monat an Sozialleistungen erhält?

Eine soziale Hängematte für Sozialtouristen kann sich die Steiermark und auch die Stadt Graz in dieser Zeit der Pandemie und einer beginnenden Wirtschaftskrise nicht leisten.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Landes Steiermark – im Besonderen die Landesregierung – werden am Petitionswege ersucht, das Steiermärkische Sozialunterstützungsgesetz, respektive den Vollzug und die Kontrolle von ebenjenem, dahingehend zu ändern, dass

- 1. bei den zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden Erhebungsdienste eingerichtet werden, die mit den dafür notwendigen personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet sind.*

2. *den unter Punkt 1 genannten Erhebungsdiensten der Auftrag erteilt wird, vor allem im Bereich der neuen Sozialunterstützung gegen Sozialbetrug mit der gebotenen Härte und – wenn notwendig – auch investigativ vorzugehen.*
3. *dem Landtag eine Regierungsvorlage zur Beschlussfassung vorgelegt wird, in der die derzeitige Kostenteilung von 60:40 Prozent auf 70 Prozent durch das Land Steiermark und 30 Prozent durch die Sozialhilfeverbände abgeändert wird.*
4. *die Gemeindeanteile an den Kosten für die Sozialunterstützung für nicht österreichische Staatsbürger gedeckelt werden und die regelmäßige Überprüfung der Sozialhilfeverbände durch das Land Steiermark sichergestellt wird.*
5. *die Einsetzung einer Expertenkommission, der auch Vertreter sämtlicher Landtagsfraktionen angehören, mit dem Auftrag, die Reformmaßnahmen bezüglich der derzeitigen Organisation der Sozialhilfeverbände bis hin zu einer möglichen Auflösung der Sozialhilfeverbände zu erarbeiten, in die Wege geleitet wird.*
6. *sämtliche Kann-Bestimmungen in den Erläuterungen entsprechend an die Ist-Bestimmungen im Gesetz angepasst werden und somit für eine klare Auslegung beim Vollzug gesorgt wird.*
7. *den mit dem Vollzug der zukünftigen Sozialunterstützung betrauten Mitarbeitern umgehend ein Handbuch mit Handlungsanleitungen (insbesondere mit Entscheidungsbäumen für einzelne komplexe Verfahrensschritte und Berücksichtigung der gesetzlichen Ermessensspielräume) zur Verfügung zu stellen ist und es dem Landtag zur Kenntnis gebracht wird.*

8. *das Unterlaufen der Intention des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes durch eine die Abschaffung des 13. und 14. Monatsbezugs ersetzende Erhöhung der Höchstsätze für Minderjährige zurückgenommen wird und ebenjene Höchstsätze an jene der Bundesländer Ober- und Niederösterreich (bei einer Person 25, bei zwei Personen pro Person 20, bei drei Personen pro Person 15, bei vier Personen pro Person 12,5 und bei fünf Personen pro Person 12 Prozent) angepasst werden.*
9. *die Beratungs- und Betreuungsleistungen gemäß § 12 StSUG zumindest einmalig verpflichtend vorgesehen werden sowie die Höhe von Kürzungen gemäß § 7 StSUG bei erstmaligen Verstößen von 25 auf mindestens 50 Prozent angehoben wird.*
10. *darüber hinaus auch die Einstellung sämtlicher Leistungen ermöglicht sowie die Verjährungsfrist von 6 auf 18 Monate angehoben wird.*
11. *die unter §§ 13 und 16 StSUG vorgesehene Kann-Bestimmung hinsichtlich der Abweisung von Anträgen als verpflichtend festgelegt wird.*
12. *der gemäß § 29 StSUG vorgesehene Aktenvermerk beim erstmaligen Verstoß gegen § 17 StSUG ersatzlos gestrichen und stattdessen eine Anzeigepflicht für die Behörden vorgesehen wird.*

KO GR Ehmann:

Herr Vorsitzender, geschätzte und Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen und ZuseherInnen im Livestream, liebe Uli, liebe Antragstellerin. Ja, ich möchte mich mit dem KPÖ-Antrag jetzt bei der Dringlichkeit beschäftigen, und zwar deshalb, weil eines fehlt mir das eine oder andere Mal, wenn ihr das Sozialunterstützungsgesetz

anspricht, weil ihr vergesst oft das Verursacherprinzip. Ihr sagt nicht, wer hat das Gesetz auf den Weg geschickt, und das Gesetz auf den Weg geschickt hat Türkis-blau, wenn ich mich jetzt richtig zurückerinnere, aber Türkis-grün hat es auch nicht geändert jetzt. Und nachdem wir den Stufenbau der Rechtsordnung alle ein bisschen kennen, nehmen ich an, dass dir klar ist, dass das das Land umzusetzen hat. Jetzt kann man natürlich darüber streiten und sagen, am Verordnungsweg bzw. in den einzelnen Bereichen der Prozentmaße, die du letztendlich auch anführst, welchen Grund hat es, gehabt das so oder das so zu machen. Ja, das ist richtig, aber, wie gesagt, grundsätzlich muss man einmal sagen, weil das wird immer so dargestellt, als würde das Land so aus seinen freien Stücken heraus machen, und das ist nicht so, das wurde vom Bund auferlegt, das umzusetzen und das ist so, das kann einem jetzt gefallen oder nicht gefallen. Mir gefällt es nicht, aber es ist so und das würde ich mir oft wünschen, auch in der Debatte, dass man auch diese Details und diese Kleinigkeiten, die nicht ganz unwesentlich sind, dass man das auch erwähnt. Aber natürlich ist es mir insgesamt wichtig, weil natürlich hat das eine Dringlichkeit, aber das hat auch eine Dringlichkeit auf Bundesebene, nämlich das so schnell wie möglich auch auf Bundesebene zu ändern, deshalb werden wir der Dringlichkeit zustimmen. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream, die vielleicht zu der späten Stunde und zu der fortgeschrittenen Stunde noch bei uns dabei sind und uns zuhören. Ja, zum FPÖ-dringlichen-Antrag möchte ich eigentlich auch sagen, dass ich ihn unkommentiert lassen werden. Wir werden weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen und wir haben uns da auch mit einigen KollegInnen vorab verständigt, dass wir dazu nichts sagen werden, und ich glaube, ihr werdet auch ziemlich alleine bleiben mit dem dringlichen Antrag und das finde ich ein gutes Zeichen für dieses Gremium. Zum dringlichen Antrag der Kollegin Taberhofer, der Michi Ehmann hat es eh schon kurz angerissen. Ich wollte auch nochmal kurz auf

die Entstehungsgeschichte der Sozialhilfe-neu verweisen, die eben tatsächlich unter Türkis-blau in der Form eingeführt wurde als Grundsatzgesetz des Bundes, und ich meine, das ist vielleicht nur ein Nebenschauplatz, aber ich möchte das trotzdem nochmal vor Augen führen, ich finde das nicht unwesentlich, auch diese Namensänderung von der Bedarfsorientierten Mindestsicherung hin zur Sozialhilfe-neu, weil was besagt Sozialhilfe? Im Grunde degradiert es die Menschen, ein Stück weit zu Bittstellern und Almosenempfängern und die Intention von der Wortwahl Mindestsicherung war immer, den Menschen zu signalisieren, dass es eine Leistung ist, auf die sie einen Anspruch haben und das geht für mich hier jetzt irgendwie völlig verloren. Jetzt mag man meinen, dass das eh nur ein Wort ist und dass es ja keinen großen Unterschied macht. Aber wir sollten daran denken, wie stark eigentlich Armut nach wie vor mit Scham besetzt ist und mit Ausgrenzung und mit Stigmatisierung, gerade für die Kinder von armutsbetroffenen Familien, und ich glaube, es macht tatsächlich auch einen Unterschied, wie wir eine bestimmte Leistung benennen und ob wir Menschen vermitteln, dass es etwas ist, auf das sie ganz selbstverständlich einen Anspruch haben, weil sie eben in diesem Land leben oder ob das etwas ist, um das sie sozusagen betteln müssen und dass sie bitten müssen und das finde ich einmal grundsätzlich einen falschen Zugang. Unsere Debatte dreht sich aber um das Landesgesetz, also quasi um die konkrete Ausformung des Sozialunterstützungsgesetzes. Und wie die Uli da auch gesagt hat, wäre da tatsächlich mehr rauszuholen aus diesem schlechten Gesetz, das jetzt einmal von der Bundesebene einmal da ist. Du hast auch Recht, Michi, wir haben es nicht geschafft, das zu ändern, also als Grüne in der Regierungsbeteiligung. Wir waren aber auch sehr überzeugt, dass massive Verschlechterungen der Sozialhilfe-neu vom Verfassungsgerichtshof wieder aufgehoben werden und das ist ja tatsächlich passiert, weil sie einfach verfassungswidrig waren und das musste jedem klar sein. Auf der Landesebene würde es aber gerade, wie du es auch gesagt hast, bei der Wohnkostenpauschale möglich sein, dass man deutlich mehr für die Menschen rausholt und wie du auch gesagt hast, wäre das gerade für die Grazerinnen und Grazer sehr, sehr wichtig, weil bei uns die Wohnkosten eben höher sind als außerhalb von der

Stadt. Kurz gesagt, ziehen wir da an einem Strang, wir unterstützen euch sehr gerne, werden dem Dringlichen in Dringlichkeit und Inhalt zustimmen. Eine Frage möchte ich aber an die KPÖ Fraktion stellen. Ich habe nämlich mit meinen KollegInnen auf Landesebene geredet und den Grünen ist es gelungen, da noch sehr viele kleine Verbesserungen in das Gesetz hineinzuverhandeln, also da geht es z.B. um die Weiterzahlung der Mindestsicherung bei Krankenhausaufenthalten, es geht um Menschen, die Leistungen nach dem Behindertengesetz beziehen und trotzdem auch Sozialhilfe bekommen, also sind da echt noch einige Verbesserungen hineinverhandelt worden. Und korrigiert mich, wenn es nicht so ist, aber mir wurde gesagt, ihr habt in dem ganzen Gesetzwerdungsprozess eigentlich keine Vorschläge eingebracht und das finde ich schade, weil wir brennen doch da im Grunde für die gleiche Sache und wollen eine sozialgerechtere Welt, nur mit Petitionen ans Land werden wir die nicht erreichen. Es ist manchmal halt wirklich harte Arbeit, über Wochen sozusagen, doch kleine Verbesserungen zu erzielen und da haben wir euch ein bisschen vermisst auf Landesebene.

StR Hohensinner:

Danke, Herr Vizebürgermeister, von meiner Seite und von unserer Fraktion ein klares Bekenntnis zu den gesetzlichen Sozialleistungen in Österreich, ein klares Bekenntnis auch zu den freiwilligen Leistungen, über die wir ja heute schon einmal diskutiert haben, die bei uns in Graz über die SozialCard zusammengefasst sind. Und ja, wir haben steigende Sozial-Budgets in Graz, nicht verwunderlich, weil wir ja eine stark wachsende Bevölkerung haben. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass Menschen, die jetzt bewusst und mit Vorsatz dieses System ausnutzen, auf jeden Fall ausgebootet werden müssen, hier muss man einen Riegel vorschieben. Deswegen hat ja auch die Agenda 2022 festgeschrieben, dass wir einen Erhebungsdienst einführen. Mario Eustacchio hat diesen Erhebungsdienst erfolgreich umgesetzt, wir haben darüber hinaus auch 2018 eine Arbeitsgruppe gegen den Sozialmissbrauch eingeführt. Diese Gruppe tagt regelmäßig, da sind Abteilungen wie Sozialamt, Meldeamt mit dabei, der

Erhebungsdienst, Polizei, BFA und AMS und hier haben wir schon einige Erfolge erzielt. Jetzt zum Sozialunterstützungsgesetz. Nein, liebe FPÖ, es ist kein Schlag ins Gesicht der steirischen Bevölkerung, weil der Michi Ehmann hat das auch richtig angemerkt, man muss schauen, wer seinerzeit dieses Gesetz eingebracht hat, das war die Bundesministerin, die Sozialministerin Hartinger-Klein. Ja, die ÖVP war auch dabei und ja, uns tut es leid, dass der VFGH den integrativen Sprachanreiz gehoben hat. Als Integrationsstadtrat bin ich davon wirklich überzeugt, dass es wichtig ist, von den zuziehenden Menschen auch einen aktiven Beitrag einzufordern und mit der Deutschen Sprache ist man schneller integriert und das ist aus meiner Perspektive schade, dass wir das per Gesetz nicht festschreiben konnten. Natürlich muss das akzeptiert werden, das hat uns der VFGH so vorgeschrieben. Zum Ausführungsgesetz, wir haben zwei Stellungnahmen abgegeben, wir sind da wirklich im engen Austausch mit der Soziallandesrätin gewesen. Wir haben einige Verbesserungen auch ansprechen können in diesen Stellungnahmen, z.B. die Verbesserung für Alleinerziehende. Wir haben auch geschaut, dass Menschen mit Behinderung auf keinen Fall eine Schlechterstellung haben, das ist gelungen. Wir haben einen Härteparagrafen auch unterstützt, und positiv ist auch der Paragraph „Hilfe in besonderen Lebenslagen“. Was aus unserer Sicht nicht extrem gut gelungen ist, ist die Übergangszeit, die jetzt auf sechs Monate festgelegt ist. Da tun wir uns als größte Bezirkshauptmannschaft sozusagen in der Steiermark am schwersten, weil da einige Fälle dann zweimal ausgestellt werden müssen, also da werden wir wahrscheinlich ziemlich uns ranhalten müssen, dass sich das bis Ende des Jahres ausgeht. Aber ich habe auch mit dem Land klar vereinbart, falls es schwierig wird, dann werden wir das rechtzeitig auch rückmelden.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Bitte zum Ende kommen.*

StR Hohensinner:

Ich möchte die zwei Punkte von der KPÖ noch ganz schnell ansprechen: Reduzierte Wohnpauschale, das ist von Land und auch österreichweit so geregelt, dass die Mietkosten österreichweit unterschiedlich sind, und es gibt sechs Bundesländer, wo die Mieten teurer sind als in der Steiermark, das errechnet sich nach Statistik Austria. Aus meiner Sicht wäre es richtig zu schauen, Stadt und Land, weil da gibt es ja Unterschiede. Und der zweite Punkt: Mietkosten als Sachleistungen. Ganz schnell, da geht das Sozialamt wirklich sehr sensibel damit um, wenn eine Familie Schwierigkeiten hat, mit dem Geld hauszuhalten, dann wird das Geld direkt an den Vermieter überwiesen, das ist aus meiner Sicht positiv. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Potzinger:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren im Livestream. Als ich diese beiden dringlichen Anträge gelesen habe, habe ich mir gedacht, schön, dass die christlichsoziale Volkspartei in der goldenen Mitte agiert. Den einen wird zuviel gegeben, den anderen wird zuwenig gegeben. Wir sehen in diesem vorliegenden Gesetz, das vorgestern beschlossen wurde, wir haben, es ist bereits beschlossen bitte, einen wirklich optimalen Kompromiss. Wir haben mitverhandelt, mit den Sozialdemokraten diesen Kompromiss gefunden, aber ich freue mich, dass wir als ÖVP doch immer wieder federführend sind, wenn es um die Unterstützung derer geht, die der besonderen Hilfe bedürfen. Ich möchte mich hier besonders bei unserem Sozialstadtrat Kurt Hohensinner bedanken, wirklich diese Gelegenheit einmal nutzen, wie viel er auf die Wege gebracht hat mit der neuen SozialCard, mit Graz hilft, dieser wunderbaren Soforthilfe, wer schnell hilft, hilft doppelt. Und auch bei diesem Gesetz hat im Begutachtungsverfahren sein Ressort maßgeblich beigetragen, dass es zu guten Lösungen gekommen ist. Und auch auf Bundesebene erreichen uns immer wieder gute Nachrichten, ich habe es gerade vorher dem Herrn Stadtrat gezeigt, gestern hat der Nationalrat beschlossen auf Vorschlag unserer Familienministerin Raab, dass 150 Mio.

zusätzlich investiert werden jetzt als Soforthilfe, dass der Familien-Härtefonds massiv aufgestockt wurde und jetzt Corona-bedingt in Not geratenen Familien zusätzlich geholfen wird. Es ist selbstverständlich nicht alles optimal in diesem Gesetz, das wissen wir, aber die Grundintention ist vernünftig, deshalb in aller Kürze nur ein Verweis auf den Beginn des Gesetzestextes, worum geht es? Es geht vor allem um die Unterstützung beim allgemeinen Lebensunterhalt und zur Befriedigung des Wohnbedarfes bei den Bezugsberechtigten, dass wirklich denen geholfen wird, die der Hilfe bedürfen, die selber oder als Familie ihren Lebensunterhalt nicht oder nur teilweise erwirtschaften können. Und was uns wichtig ist, die dauerhafte Eingliederung von Bezugsberechtigten in das Erwerbsleben soll bestmöglich gefördert werden, es ist keine soziale Hängematte, sondern es ist ein Sprungbrett, dass die Leute wieder integriert werden ins Erwerbsleben. Arbeit und Beschäftigung gibt den Menschen auch Würde, das ist das Ziel, dass möglichst viele es schaffen, auch mit den Maßnahmen des AMS, dass es zu dieser Wiedereingliederung möglichst bald kommt. Ich glaube, das Gesetz ist insgesamt ausgewogen und das ist für uns der Grund, dass wir diesen beiden dringlichen Anträgen, die jetzt vorliegen, nicht zustimmen werden. Sollte der Dringliche der FPÖ die Dringlichkeit zuerkannt bekommen, dann würden wir ersuchen um getrennte Abstimmung, weil es sind einige Punkte drinnen, die wir selbstverständlich gerne unterstützen, ich denke z.B. Erhebungsdienst, danke Claudia, dass du das eingebracht hast. Wir sind da vorbildlich als Stadt Graz, da ist schon viel gelungen, aber das soll ein gutes Beispiel sein für die ganze Steiermark, und es sind auch andere Punkte drinnen, z.B. diese Broschüre, die Handreiche, die bei der Durchführung unterstützen soll, die können wir ohne weiteres auch mittragen und die Kostenaufteilung 30:70. Naja, nichts wäre uns lieber, als dass uns hier weniger Kosten entstehen. Deshalb, danke für die Anträge, aber in dem Fall unser Abstimmungsverhalten, so wie jetzt angekündigt. Dankesehr (*Appl.*).

GR Dr. **Meister:**

Werte Mitglieder des Stadtsenats, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegin Schönbacher. Auf den Plakaten der FPÖ prangt immer das Wort „soziale Heimatpartei“. Abgesehen davon, dass dieser Begriff bei Geschichtskundigen unerfreuliche Erinnerungen wachruft, glauben Sie wirklich, dass eine Attacke auf die Untersten in unserer Gesellschaft Zeichen einer sozialen Partei ist? Sie schieben bei diesem Antrag zum Sozialhilfegesetz die anerkannten Asylanten und Asylantinnen und die ausländischen BürgerInnen in unserem Land vor, in Wirklichkeit trifft das aber alle finanziell benachteiligten MitbürgerInnen. Ich erinnere an die Aussage Ihrer vormaligen Sozialministerin Hartinger-Klein, mit 150 € im Monat sei ein Leben in Österreich möglich. Der den Sozialstaat wirklich gefährdende Missbrauch ist die Steuerhinterziehung durch Großunternehmen, die Zahlen von 2015, spätere stehen mir nicht zur Verfügung, geben für Österreich geschätzte 12,9 Mrd. Euro an, die nicht Nicht-Zahlungen von Sozialabgaben sind noch viel höher, und derzeit gibt es auch noch den Missbrauch der Kurzarbeit durch Großunternehmen. Also wenn man jetzt z.B. sagt, man kontrolliert die Empfänger von Sozialhilfe und so weiter, dann wäre das für den Staat gut, wenn man mehr Großbetriebsprüfer und -prüferinnen einsetzen würde, aber die hat man ja vor fünf Jahren teilweise eingespart (*Appl.*).

Eine soziale Partei muss auch die Ungleichheit des Vermögens in diesem Land zum Thema machen. Bekanntlich besitzt das reichste eine Prozent 40 % des Nettovermögens, die obersten 10 % haben mehr als die restlichen 90 %, die Frauen insgesamt haben 25 % weniger Vermögen als die Männer und auch das Verhältnis von Löhnen zu Managergehältern hat sich ungeheuerlich entwickelt, von 1:24 im Jahr 2003 auf 1:64 im Jahr 2018. Würde mich ja gerne interessieren, wie das Verhältnis der Angestellten der Holding zu den Managergehältern ist, weiß ich nicht, ob man da Zahlen bekommt. Den Kleinen nehmen und den Großen alles durchgehen lassen, da machen wir Kommunisten nicht mit und lehnen die Dinglichkeit und den Inhalt Ihres Antrages vollinhaltlich ab (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Schönbacher:**

Ich möchte auf den dringlichen Antrag der KPÖ noch kurz eingehen. Das Thema ist für uns beide, wie gesagt, dringlich, aber aus verschiedenen Gründen und bei dieser Gelegenheit möchte ich bemerken: Ziel des unter Türkis-blau beschlossenen Sozialhilfegrundsatzgesetzes war es, mehr Fairheit gegenüber der heimischen Bevölkerung zu schaffen, dass der VGH das gekippt hat und das Gesetz jetzt etwas anders aussieht, das ist leider ein Pech, aber wir hätten uns das anders vorgestellt. Durch unseren Beschluss wäre Österreich nicht mehr das Zielland für Asylwerber gewesen, die nicht arbeiten wollen oder sich nicht integrieren wollen (*Appl.*). Unser Zugang zu diesem Thema, wie Sie sehen, ist also ein völlig anderer, was zur Folge hat, dass wir diese Petition natürlich nicht unterstützen werden an den Bundesgesetzgeber, aber ich möchte noch einmal bemerken, als soziale Heimatpartei ist es uns ein wichtiges Anliegen, ein soziales Netz für unschuldig in Not geratene, einheimische Bürger sicherzustellen und daher wollen wir den Missbrauch auch nicht haben (*Appl.*). Es muss einen deutlichen Unterschied geben zwischen Erwerbstätigen und denen, die nicht arbeiten. Weil wie soll ich sonst jemandem erklären, dass er arbeiten gehen soll und im Endeffekt dann nicht viel mehr verdient als jemand, der nicht arbeitet. Die Sozialhilfe soll nur jemanden auffangen, der in Not geraten ist, aber nicht ihm dauerhaft ein gutes Leben garantieren (*Appl.*).

Und weil ich noch ein bisschen Zeit habe, möchte ich gerne ein Vergleichsbeispiel bringen. Wie gewohnt sind wir ja für Sachleistungen vorzugsweise, aber da sind wir dann scheinbar auch die Einzigen. Mein Rechenbeispiel ist so, die Mindestsicherung jetzt, wenn ich jetzt hernehme eine asylberechtigte Familie, Mutter, Vater, drei Kinder bekommen alle Mindestsicherung, Familienbeihilfe, Wohnunterstützung, natürlich Rezeptgebührenbefreiung, ORF-GIS-Gebührenbefreiung, Befreiung von der Ökostrompauschale, Zuschussleistung zu den Fernsprechentgelten, das bekommen natürlich sehr viele Arbeitnehmer nicht. Dann bezieht diese Familie momentan 2.831 Euro, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Und zukünftig, ab 1. Juli, sollte genau dieses selbe Rechenbeispiel, dieselbe Familie, das kommt ja bei uns, muss ich dazu sagen, gar nicht oft vor, dass Mutter und Vater

Mindestsicherungsbezieher sind, wenn einer Pech hat, ja. Aber beide selten, aber dieselbe Familie mit dem Rechenbeispiel ab 1.7.2021 erhält immer noch 2.787 Euro, deshalb können wir diesen Antrag nicht unterstützen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Ich möchte natürlich das bestätigen, dass irgendwie natürlich die türkis-blaue Bundesregierung diese Maßnahme entwickelt und umgesetzt hat, auch mit dem Ziel, die Mindestsicherung deshalb auch quasi zu verändern, um Einsparmaßnahmen damit auch treffen zu können. Das gar geht aber leider gar nicht auf, und es zeigt sich vor allem darin, dass das neue Gesetz zu einer Kostensteigerung führen wird, da nämlich durch die vorgesehenen Berechnungen und Vollzug des Gesetzes mit einem wesentlich höheren Verwaltungsaufwand auch zu rechnen sein wird, und, so sind z.B. von Seiten der Sozialämter pro Person monatlich bis zu 4 Überweisungen alleine für die Wohnkosten durchzuführen. Wir haben uns verstärkt auf diesen Bereich des Wohnens und der Wohnunterstützung auch deshalb konzentriert, weil man da auf Landesebene aus unserer Sicht sehr wohl in der prozentmäßigen, in dem Bereich, eine Veränderung noch erzielen kann zur Unterstützung der Menschen. Aber für uns stellt also diese Maßnahme dieses neuen Sozialunterstützungsgesetzes ein Schiefverhältnis dar, weil es sind keine Kosten eingespart worden, sondern man hat auf Kosten derer, die anspruchsberechtigt sind, führt man Kürzungen durch, und ich sage jetzt ganz gezielt, es trifft diese Gesetz Männer, Frauen, alleinstehend oder als Paare, mit und ohne Migrationshintergrund, es trifft die vor allem insbesondere und gezielt hat man natürlich auch in diese Richtung schon vorgesorgt, und für mich ist es irgendwie nicht nachvollziehbar, dass man da mit dieser Maßnahme eben auch zu einer Verschlechterung der Unterstützung und einer Weiterentwicklung oder Festigung der Armut irgendwie beiträgt. Es wäre aus unserer Sicht wünschenswert gewesen, vor allem in diesem Bereich wenigsten, diese Prozenhöhe von 20 auf 30 %, dass man da noch ans Land herantritt und versucht, da eine Änderung herbeizuführen. Es gibt wohlweislich durchaus auch andere Beispiele, wo es durchaus ein paar positive

Aspekte gibt, aber die negativen überwiegen und aus dem Grund wäre das für uns wünschenswert gewesen, dass unser dringlicher Antrag mit diesem Schwerpunkt angenommen wird. Ja, leider (*Appl.*).

GRⁱⁿ Schönbacher:

Zum einem möchte ich ganz kurz darauf antworten auf den Angriff der ehemaligen Bundesministerin Hartinger-Klein, weil es wird halt keine Möglichkeit ausgelassen, nur die Halbwahrheit zu sagen und sie dann irgendwie ins Lächerliche zu ziehen. Weil die 150 Euro hat sie in Verbindung mit der Grundversorgung genannt und da kann man dann aber schon sagen, wenn jemand eine Grundversorgung hat, dann wird er es wohl schaffen, mit 150 Euro auszukommen, weil ich bin mir 100-prozentig sicher, dort, wo die Leute herkommen, haben sie auch nicht mehr. Das ist einmal die eine Sache. Die andere, es ist ja sehr nett, dass die Grünen, die KPÖ und die SPÖ versuchen, meinem Antrag unkommentiert zu lassen, was für mich heißt, dass sie somit meinen, Sozialmissbrauch unkommentiert zu lassen, sagt ebenso etwas aus. Ich stelle jetzt abschließend nur noch eine Frage: Finden Sie das sozial gerecht (*Appl.*)?

Die Dringlichkeit des Antrages der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) abgelehnt.

Die Dringlichkeit des Antrages der FPÖ wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

9.6 Regionale Wertschöpfung stärken (GR Günter Wagner, FPÖ)

GR Günter **Wagner**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, in meinem dringlichen Antrag heute geht es um regionale Wertschöpfung, dass wir diese stärken sollen. Der Kollege Ehmann hat das ja vorhin schon beim Amazon-Thema ein bisschen vermisst, dass wir über die heimische Wirtschaft sprechen, das werden wir jetzt ein bisschen nachholen und aufholen. Der regionale Handel ist nicht zuletzt durch die von der Bundesregierung verhängten Lockdowns in einer äußerst schwierigen Situation. Während der stationäre Handel meist geschlossen hat und die Kassen leer bleiben, gehen beim Online-Händler die Warenkörbe förmlich über. In vielen Wirtschaftssparten sind die Mitarbeiter bereits in Kurzarbeit, andere sind bereits entlassen und eine kommende Pleitewelle ist nahezu unausweichlich. Bei den Online-Händlern wird das Personal aufgestockt, die Aktien gehen durch die Decke und nicht zuletzt deshalb plant eben ein Online-Gigant wie Amazon ein Verteilerzentrum in Graz und auch in Klagenfurt. Es wird nicht das letzte sein, da gibt es ja Alibaba und andere Großhändler, die ganz gut laufen, wenn all brav bestellen, dann werden die in Zukunft auch in unserer Nähe Verteilerzentren aufstellen wollen. Die Bundesministerin Schramböck hat mit dem holprigen Versuch Kaufhaus Österreich ja maximal einen 1,3 Mio. teuren digitalen Bauchfleck hingerissen und die Europäische Union hat es bisher nicht zusammengebracht, dass sie diese steuerlichen Schlupflöcher schließt und somit liegt es eben an uns Kommunen, und eben vor allem an den Konsumenten, da entgegenzuwirken. Mit jedem getätigten Kauf entscheiden wir, ob wir die heimische Wirtschaft oder eben einen Online-Giganten aus China oder den USA unterstützen. Unser Handel in Graz sorgt nicht nur für das tolle Flair in unserer Stadt, er bietet eben eine Vor-Ort-Beratung, die Möglichkeit, Produkte live anzusehen, anzugreifen, auszuprobieren, anzuprobieren und sichert eben die Arbeitsplätze vor Ort und um das auch in Zukunft gewährleisten zu können, liegt es an uns, unsere Händler mit unserem Kaufverhalten eben zu unterstützen. Der Kollege Topf hat das eh richtig gesagt, wenn

in Graz natürlich, und das sei auch jedem unbenommen, dort einzukaufen, wo er möchte, aber es geht vor allem durch diese Lockdowns mit einem Klick auf das Handy so einfach und so schnell und so bequem. Wenn wir unser Kaufverhalten nicht ändern, ändert das nichts daran, dass diese Pakete in die Stadt hineingebracht werden müssen, ob das Verteilerzentrum jetzt ein bisschen näher oder ein bisschen weiter weg steht, macht jetzt, sage ich einmal ganz vorsichtig, kaum einen Unterschied. Fakt ist, dass die Pakete mit irgendwelchen Arten von Fahrzeugen angeliefert werden müssen und die heimischen Händler durch die Finger schauen. Und vor allem deswegen bin ich der Meinung, dass die Stadt Graz hier Vorbild sein sollte, und so sollte es in Zukunft nicht mehr vorkommen, dass auf der Homepage der Stadt Graz, unter graz.at, bei den Buchempfehlungen ein Verweis darauf ist, dass man eine Bestellmöglichkeit bei Amazon hat, das sehe ich nicht ein (*Appl.*). Wir haben in Graz einen gut sortierten Buchhandel, der den Bedarf durchaus selbst decken kann. Ebenso sollte der Magistrat seinen Bedarf, wenn möglich, über einen regionalen Händler abdecken, damit leistet die Stadt einen wichtigen Beitrag, um auch in Zukunft den florierenden Handel in Graz zu unterstützen und Arbeitsplätze zu sichern und genau deshalb stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- Der Magistrat bzw. alle Ämter der Landeshauptstadt Graz werden aufgerufen, ihren Bedarf unter Einhaltung der Einkaufs- und Vergaberichtlinien bzw. der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zukünftig verstärkt über regionale Händler abzuwickeln.
- Kaufhinweise auf der Homepage www.graz.at sollen sich in erster Linie nur mehr auf regionale Händler beziehen.

Ich bitte um breite Zustimmung. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der regionale Handel ist durch die von der Bundesregierung immer wieder verhängten Lockdowns in einer äußerst schwierigen Situation. Während der stationäre Handel meist geschlossen halten muss und kaum Umsätze verzeichnet, gehen beim Online-Handel die Warenkörbe nahezu über. In vielen Wirtschaftssparten sind ein Großteil der Mitarbeiter in Kurzarbeit oder inzwischen bereits arbeitslos. Eine kommende Pleitewelle ist unausweichlich. Bei den Online-Händlern jedoch wird das Personal aufgestockt und die Aktien gehen durch die Decke. Nicht zuletzt deshalb plant der Online-Gigant Amazon zusätzliche Verteilerzentren in Graz und Klagenfurt.

Nachdem die Europäische Union es bisher noch immer nicht zustande gebracht hat, steuerliche Schlupflöcher zu schließen, liegt es an den Kommunen, gemeinsam mit den Konsumenten, hier entgegenzuwirken. Mit jedem von uns getätigten Kauf entscheiden wir, ob wir unsere heimischen Händler oder einen Online-Händler aus China oder den USA stärken.

Unser Handel sorgt nicht nur für das einzigartige Flair in Graz. Er bietet Beratung, die Möglichkeit, Produkte anzusehen, anzugreifen, anzuprobieren und er sichert zudem Arbeitsplätze vor Ort. Um das auch in Zukunft gewährleisten zu können, liegt es an uns, unsere Händler mit unserem Kaufverhalten zu unterstützen.

Allen voran muss die Stadt Graz hier Vorbild sein. So sollte es in Zukunft nicht mehr vorkommen, dass es zum Beispiel auf der Homepage der Stadt unter www.graz.at bei den Buchempfehlungen einen Verweis auf eine Bestellmöglichkeit über Amazon gibt. Wir haben eine Vielzahl an gut sortierten Buchhändlern in Graz, die ebenfalls die Nachfrage befriedigen können. Ebenso sollte das Magistrat seinen Bedarf, wenn möglich, regional abdecken. Damit leistet die Stadt einen wichtigen Beitrag, um auch in Zukunft einen florierenden Handel in Graz zu ermöglichen, sichert dadurch Arbeitsplätze und kann sich über die daraus resultierenden Steuereinnahmen freuen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- *Der Magistrat bzw. alle Ämter der Landeshauptstadt Graz werden aufgerufen, ihren Bedarf unter Einhaltung der Einkaufs- und Vergaberichtlinien bzw. der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zukünftig verstärkt über regionale Händler abzuwickeln.*
- *Kaufhinweise auf der Homepage www.graz.at sollen sich in erster Linie nur mehr auf regionale Händler beziehen.*

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Sikora:

Werte KollegInnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werter Herr Vizebürgermeister und werte Stadtregierung, lieber Antragsteller. Recht herzlichen Dank zuerst einmal für deinen Antrag. Dass uns die Wirtschaft auch sehr am Herzen liegt, haben wir insofern bewiesen, als ich vor einem Jahr ungefähr, also im Juni genaugenommen, zwei Anträge gestellt habe, die so ähnlich gelautet haben. Das waren zwar keine Dringlichkeitsanträge, sondern Anträge an den Gemeinderat, und zwar hat der eine Antrag geheißen „Aktion – regionale Unternehmer“ und der zweite Antrag war, was es eh schon gibt bezüglich der Plattform „Graz repariert“. Die Aktion – regionale Unternehmer, die Intention meines Antrages war quasi, ebenso wie du es auch in weiterer Folge auch gefordert hast, die Regionalität zu fördern und vor allem heimische Grazer Betriebe zu fördern und aufgrund der Krisensituation auch zu stärken, dass die Grazer BewohnerInnen vermehrt auch regional einkaufen, also die gleiche Intention, so wie du es eigentlich auch jetzt im heutigen sehr guten Antrag

dokumentiert hast. Ebenso, wisst ihr wahrscheinlich, werte Kolleginnen und Kollegen, gibt es ja die Möglichkeit, bei „Graz repariert“ Geräte bei Vertragspartnern reparieren zu lassen, da bekommt man dann 50 % des Reparatur-Volumens dann wieder refundiert von der Stadt Graz. Da muss ich mich auch bei der Bettina Schwentner recht herzlich bedanken, die diese Aktion, glaube ich, seinerzeit mitunterstützt hat und gefördert hat, dass es ermöglicht wird, dass man hier, wenn man etwas reparieren lässt, wieder refundiert bekommt. Der Wermutstropfen, ich habe logischerweise zwei Antworten bekommen, und jetzt bin ich gespannt, ob dein Antrag dann durchgeht, das wäre sehr positiv, weil die eine Antwort, was die lokale Handelsplattform, also die Aktion – regionale Unternehmen anbelangt, war folgende: Dass jetzt vom Gesamtvolumen, ungefähr der Stadt Graz Kosten von, wenn man sich jetzt internetmäßig bewirbt, onlinemäßig bewirbt und so und auch Werbeeinschaltungen macht, kommt das ungefähr auf 5.500 Euro und das war die Argumentation, dass man abgelehnt hat meinen Antrag. Und genauso „Graz repariert“, wollte ich auch haben, dass es mehr gefördert wird und mehr publik wird, dass die Leute mehr Informationen bekommen, dass es die Möglichkeit gibt, bevor man Geräte wegschmeißt, dass man sie schlichtweg reparieren lässt. Da habe ich auch zur Antwort bekommen, dass 2019 mit 3.000 Anträgen das Volumen ausgeschöpft war. Schlichtweg, wie du das richtig wahrscheinlich rausgehört hast, geht es hier ums Geld, das wir anscheinend nicht zur Verfügung haben, auf der anderen Seite aber sehr wohl für Tummelplatz-Berechnungen, wo 750.000 Euro in die Luft verblasen werden. Und das passt ganz einfach nicht zur Relation und darum bin ich sehr, sehr froh, dass du diesen Antrag stellst. Die Dringlichkeit haben wir eh schon mitgestimmt, wir werden dem Antrag jetzt auch zustimmen und nochmal recht herzlichen Dank und ich hoffe, dass also für die Unternehmerinnen und Unternehmer in unserer Stadt, dass diese Regionalität wirklich bei der Bevölkerung dann Anklang findet. Was ich mir vom Kurt Egger gewünscht hätte heute, dass er so ein Statement abgegeben hätte, dass die Wirtschaft gestärkt wird, ich glaube, das ist ja Grundintention deines Antrages. Recht herzlichen Dank (*Appl.*).

GR Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, lieber Kollege Wagner, liebe Kolleginnen und Kollegen. Also das Beste vorweg, wir werden dem Antrag natürlich zustimmen, wiewohl wir uns gewundert haben, dass man mit so einem Antrag als dringlichen Antrag in den Gemeinderat geht, wenn man selbst in der Koalition ist. Also wir wissen es noch aus unserer Zeit, normalerweise trifft man sich wöchentlich zu Gesprächen, ich nehme an, dass es auch zwischen FPÖ und ÖVP so ist, und so wie ich die handelnden Personen in der ÖVP kenne, egal ob Bürgermeister, Finanzstadtrat, Kurt Egger und so weiter, wäre es eine Kleinigkeit gewesen, darauf hinzuweisen, dass hier ein Fehler ist, der wird ausgebessert. Und ich denke, bei uns in Graz ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Ämter und die Betriebe des Hauses Graz versuchen, soweit es mit den Vergaberichtlinien vereinbar ist, sozusagen so zu handeln, dass wir den regionalen Handel stärken, also ich glaube, schön, dass du es eingebracht hast, aber notwendig wäre es nicht gewesen. Danke.

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**:

Liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream, liebe Kolleginnen und Kollegen. Irgendwie habe ich ja das Gefühl, dass schön langsam für uns Grüne die Zeit zum Ernten angebrochen ist, wenn ich mir die ganzen Initiativen in diesen Gemeinderatssitzungen anschau, und es freut mich auch sehr, dass die FPÖ den Wert der Regionalwirtschaft entdeckt hat. Wenn ich da zurückdenke an Anträge der Grünen, Wirtschaft und Thema Regionalwirtschaft im steirischen Wirtschaftsparlament, haben wir leider bis dato nie eine Unterstützung seitens des Rings freiheitlicher Wirtschaftstreibender. Wir werden aber trotzdem sicher sehr gerne diesem Antrag zustimmen. Ich möchte aber anmerken, weil ich heute einmal kurz geschaut habe, was ich schon dazu für Initiativen gemacht habt, und vor fast einem Jahr habe ich einen dringlichen Antrag gemacht zur Planung des Nachtragsvoranschlags, des Corona-bedingten Nachtragsvoranschlags der Stadt Graz und eine der Forderungen hat gelautet:

Die Stadt Graz möge bei Ausschreibungen durch Anwendung des Vergabeleitfadens der Wirtschaftskammer Steiermark regionale Betriebe bestmöglich fördern. Damals habt ihr selbstverständlich nicht zugestimmt, aber ich möchte dir das trotzdem ans Herz legen, weil da brauchst du dir keine Sorgen machen, ob das jetzt irgendwie ausschreibungsmäßig rechtlich ok ist, ob das irgendeine Bevorzugung ist, das hat die Wirtschaftskammer bereits im Jahr 2014 geklärt und wenn man also diesen Ausschreibungsleitfaden, Vergabeleitfaden der Wirtschaftskammer in die Hand nimmt, ist man auf der sicheren Seite (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

So, ich freue mich, dass sich offensichtlich eine breite Zustimmung hier auftut in dem wichtigen Thema und ich möchte mich auch für alle Redebeiträge der Kollegen und bei allen auf jeden Fall bedanken. Für uns ist einfach wichtig, jetzt einmal mit dem dringlichen Antrag wollen wir eben das Signal nach außen zeigen, tu Gutes und sprich darüber. Ein Vorbild können wir nur sein, wenn wir das natürlich auch nach außen tragen, unser Kaufverhalten nach außen tragen, und eben die heimische Wirtschaft damit unterstützen und auch weiterhin unterstützen, um einfach Rahmenbedingungen zu schaffen, dass der Handel auch in der Stadt florieren kann, da wird es sicher noch einige gute Gelegenheiten dazu geben. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

**9.7 Graz braucht eine*n Fußgängerbeauftragte*n
(GRⁱⁿ Tamara Ussner, Grüne)**

GRⁱⁿ Ussner:

liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen im Livestream. In meinem dringlichen Antrag handelt es sich heute um das Thema Fußverkehr. Und Verkehrspolitik ist ja in Graz, wie man jede Gemeinderatssitzung neu sieht und jeden Tag, eigentlich eine große Herausforderung. Ich kann mich an keine Gemeinderatssitzung erinnern, in der wir nicht über das Thema geredet haben. Wenig Eingang oder zuwenig Debatte findet aber einfach das Thema Fußverkehr und die Bedürfnisse von Fußgängern und Fußgängerinnen. Speziell jetzt in der Zeit von Covid treffen sich die Leute halt eher lieber draußen zum Spazieren gehen und nicht in Innenräumen. In der letzten Modal-Split-Erhebung haben zu Fuß gehende Leute 20 % ausgemacht, es ist davon auszugehen, dass sich das jetzt weit erhöht hat, wie es in Wien jetzt auch herausgekommen ist bei der letzten Modal-Split-Erhebung. Graz hat sich auch den Auftrag gegeben, zu einer Stadt der kurzen Wege zu werden und das beinhaltet unter anderem die Zielsetzung, dass die Wege der alltäglichen Erledigungen so kurz sind, dass sie halt sehr leicht zu Fuß erledigt werden können. Speziell ältere Leute gehen viel zu Fuß, aber das kann halt in einer Stadt wie Graz oft sehr hektisch sein und anstrengend sein und deswegen braucht es einfach Räume, in denen sich Fußgänger und Fußgängerinnen schnell, sicher und angenehm fortbewegen können und das hat einfach auch viele Vorteile: Aktive Mobilität ist einfach gesundheitsfördernd, wir haben heute schon viel über das Sportjahr geredet, dadurch dass jetzt durch Corona viele Leute einfach hauptsächlich daheim sitzen, macht es einfach Sinn, Leute auch zum Zufußgehen zu animieren, außerdem hat es eine starke soziale Komponente, wenn man Raum für Fußgänger und Fußgängerinnen schafft, weil das schafft auch Raum für Begegnung und für gegenseitiges Verständnis in einer Gesellschaft und hat auch sehr positive Auswirkungen auf das soziale Gefüge in einer Stadt schlussendlich. Die Wirtschaftskammer Wien hat im Herbst 2019 auch einen Beitrag herausgebracht, wo

sie mehr Fußgänger- und Fußgängerinnen-Zonen fordern, weil die einfach gut fürs Geschäft sind und sie schreiben auch darin, wo hingegen Parkplätze immer mehr an Bedeutung verlieren. Die Covid-19 Krise hat neben vielen anderen Lebensbereichen auch unser Mobilitätsverhalten stark verändert und es ist einfach an der Zeit, dass wir die Infrastruktur im öffentlichen Raum auch an dieses Verhalten anpassen. Schauen wir nach Wien, da gibt es 2013 eine FußgängerInnenbeauftragte und zwar ist die angesiedelt in der Mobilitätsagentur und deren Aufträge sind eigentlich hauptsächlich Kommunikation. Aber ich habe mit der Frau Petra Jens auch telefoniert zu dem Thema und das war sehr erfreulich, weil die haben auch schon ziemliche Erfolge zu verbuchen in ihrer Arbeit, also z.B. wurden Projekte wie autofreie Schulvorplätze durchgeführt und das hat auch den positiven Effekt gehabt, dass die Eltern-Taxis z.B. stark reduziert worden sind. Diese autofreien Schulvorplätze sind auch partizipativ mit den Eltern und LehrerInnen durchgeführt worden und haben echt einen positiven Effekt gehabt, aber es gibt auch solche Projekte wie die coolen Straßen. Und abschließend möchte ich auch sagen, es ist wurscht, welches Verkehrsmittel man im Alltag verwendet, Zufußgehen tut jedem und jeder in der Stadt einfach gut, deswegen ist es einfach wirklich an der Zeit, dass Graz auch einen Fußgängerbeauftragten bekommt. In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktion der Grünen folgenden

Antrag:

1. Der Gemeinderat tritt an Verkehrsstadträtin Elke Kahr mit dem Ersuchen heran, ein Konzept für die Einsetzung eine*r Beauftragte*n für Fußverkehr zu erstellen, das sowohl Aufgabenfeld als auch strukturelle Verankerung beinhaltet und dies dem Verkehrsausschuss bis Mai 2021 zur Diskussion vorzulegen.
2. Verkehrsstadträtin Kahr wird ersucht, die Wiener FußgängerInnenbeauftragte bis Mai 2021 zu einem Informationsaustausch in den Verkehrsausschuss einzuladen. Also das könnten man ja einfach wieder online machen, wie man es damals mit dem Hüsler gemacht hat.

3. Weiters wird Stadträtin Kahr ersucht zu prüfen, inwieweit die oben beschriebenen Projekte wie autofreie Schulvorplätze oder „coole Straßen“ auch in Graz umsetzbar wären.

Mit der Bitte um Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Verkehrspolitik in Graz ist eine andauernde Herausforderung, und sie wird auch seit Jahren hitzig diskutiert. Wenig Eingang in die Debatte finden jedoch die Bedürfnisse von FußgängerInnen, obwohl sie fast 20% aller VerkehrsteilnehmerInnen ausmachen. Unabhängig davon, welches Verkehrsmittel man für die Fortbewegung in der Stadt bevorzugt – zu Fuß geht jede und jeder.

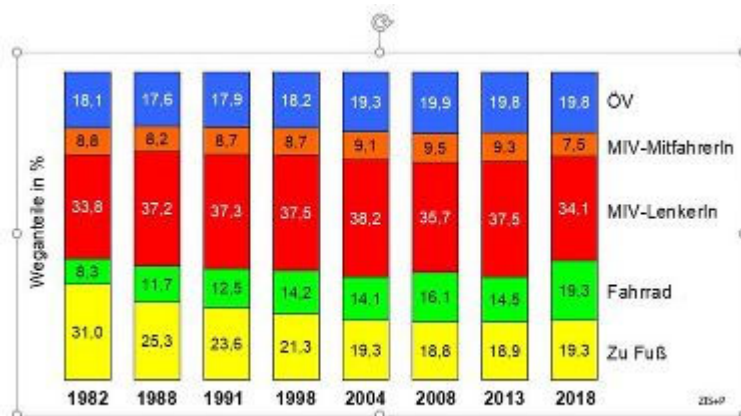
Je nach Alter und Lebenssituation ändern sich die Bedürfnisse und auch die Anforderungen, damit sich Menschen gut und sicher zu Fuß in der Stadt fortbewegen können. Das Planungsprinzip 8-80 des dänischen Architekten Jan Gehl sollte uns insbesondere bei diesem Thema leiten: Wenn eine Stadt die Bedürfnisse von 80-jährigen SeniorInnen berücksichtigt und gleichzeitig für 8-jährige Kinder geeignet ist, dann wird sie zu einer zukunftsfähigen Stadt.

Für ältere Menschen ist das Zufußgehen im urbanen Raum, in dem es oft hektisch zugeht, eine Herausforderung. Gleichzeitig legen ältere Menschen deutlich mehr ihrer Alltagswege zu Fuß zurück. Während in der Gesamtbevölkerung 19% der Wege zu Fuß erledigt werden, sind es bei 60- bis 64-Jährigen 43% und bei den über 80-Jährigen 63%. Breite Gehwege, genügend Sitzgelegenheiten zum Ausruhen, Trinkbrunnen, aber auch Ampelschaltungen, die ein gefahrloses Queren sichern, sind wichtige Bausteine für eine Stadt, die das zu Fuß gehen als wichtige Mobilitätsform unterstützt.

Barrierefreiheit ist ebenfalls eine zentrale und dauernde Herausforderung und für FußgängerInnen, egal ob mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Gehhilfe unterwegs, enorm wichtig. Bei neu entstehenden Quartieren, wie Reininghaus, gibt es hier

erfreulicherweise schon vieles, was geplant und umgesetzt wird, in der gebauten Stadt bleibt aber nach wie vor viel zu tun.

Die Stadt Graz hat sich den Auftrag gegeben, zu einer „Stadt der kurzen Wege“ zu werden. Dies beinhaltet unter anderem die Zielsetzung, dass Wege der alltäglichen Erledigungen so kurz sind, dass sie leicht zu Fuß erledigt werden können. Leider zeigt die Modal-Split-Erhebung von 2018 jedoch, dass der Anteil an FußgängerInnen seit den 80er-Jahren stark gesunken ist und seitdem stagniert. Auch hier besteht also Handlungsbedarf.



Räume zu schaffen, in denen sich FußgängerInnen einfach, sicher und frei fortbewegen können, hat viele Vorteile für die unterschiedlichsten Kernthemen, die eine Stadt beschäftigt. Aktive Bewegung ist gesund, Zufußgehen fördert die Orientierung und das Konzept der Stadt der kurzen Wege und stellt auch eine Verbesserung der Lebensqualität dar. Zufußgehen hat aber auch eine wichtige soziale Komponente. Räume für FußgängerInnen schaffen Räume für Begegnungen. Das beeinflusst das gegenseitige Verständnis und soziale Gefüge einer Stadt in einer sehr positiven Art und Weise.

Außerdem sind FußgängerInnen die besten KundInnen, nicht umsonst forderte die WKO Wien bereits im Herbst 2019 mehr FußgängerInnenzonen, da diese „gut fürs Geschäft“ seien, wohingegen „Parkplätze immer mehr an Bedeutung verlieren“.

<https://www.derstandard.at/story/2000110059521/begegnungszonen-sind-gut-fuers-geschaeft>

Die Covid-19 Krise hat neben vielen anderen Lebensbereichen auch unser Mobilitätsverhalten stark verändert. Anstatt sich in Innenräumen zu treffen, gehen viele Leute lieber an der frischen Luft spazieren, um eine Ansteckung zu vermeiden. Das zeigt sich auch an den neu von den Wiener Linien veröffentlichten veränderten Verkehrszahlen durch die Covid-19 Krise, die belegen, dass der FußgängerInnenanteil im letzten Jahr stark angestiegen ist.

Wien hat mit der Einrichtung einer FußgängerInnenbeauftragten im Jahr 2013 einen guten Weg aufgezeigt, wie das Thema Zufußgehen in der Stadt forciert und innovative Ansätze realisiert werden können. Angesiedelt ist die FußgängerInnenbeauftragte wie auch der Radbeauftragte bei der Mobilitätsagentur. „Mittels Kampagnen, Veranstaltungen und Service-Angeboten werden die Wienerinnen und Wiener dafür gewonnen, mehr mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs zu sein. Die Mobilitätsagentur ist Anlaufstelle für all jene, die konkrete Verbesserungsvorschläge haben oder Kritik üben möchten. Sie übt eine Schnittstellenfunktion zwischen Bevölkerung und Verwaltung aus und hat es sich zur Aufgabe gemacht, innovative Konzepte einzubringen. Die Mobilitätsagentur arbeitet eng mit den zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt zusammen.“

<https://www.wien.gv.at/verkehr-stadtentwicklung/mobilitaetsagentur.html>

Weiters wurden durch Projekte wie die autofreien Schulvorplätze bereits sichtbare Verbesserungen erzielt. Durch ein partizipatives Ausarbeiten der Konzepte konnte so erreicht werden, dass die Anzahl an Elterntaxis stark reduziert wurde. Auch werden in Wien Schulstraßen flächendeckend umgesetzt und bringen eine höhere Sicherheit und Lebensqualität sowie soziale Vernetzung untereinander und bessere Orientierung für Schulkinder. Ebenso hat das Konzept der coolen Straßen in Wien nachweislich zu einem positiven Trend in Richtung Fußverkehr beigetragen.

<https://www.mobilitaetsagentur.at/coolestrasse/>

*Egal welches Verkehrsmittel sonst im Alltag verwendet wird: Zufußgehen muss jede*r. Deshalb ist es höchste Zeit, eine*n Beauftragte*n für Fußverkehr in Graz einzusetzen. In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden*

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat tritt an Verkehrsstadträtin Elke Kahr mit dem Ersuchen heran, ein Konzept für die Einsetzung eine*r Beauftragte*n für Fußverkehr zu erstellen, das sowohl Aufgabenfeld als auch strukturelle Verankerung beinhaltet und dies dem Verkehrsausschuss bis Mai 2021 zur Diskussion vorzulegen.*
- 2. Verkehrsstadträtin Kahr wird ersucht, die Wiener FußgängerInnenbeauftragte bis Mai 2021 zu einem Informationsaustausch in den Verkehrsausschuss einzuladen.*
- 3. Weiters wird Stadträtin Kahr ersucht zu prüfen, inwieweit die oben beschriebenen Projekte wie autofreie Schulvorplätze oder „coole Straßen“ auch in Graz umsetzbar wären.*

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrter Vorsitzende, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, liebe Antragstellerin Tamara. Vielen Dank für deinen Antrag, den wir hinsichtlich der Dringlichkeit und auch hinsichtlich des Inhaltes unterstützen werden. Was mir bei dem dringlichen Antrag jedoch ein bisschen abgegangen ist, ist die Einbindung der jeweiligen Bezirksvertreter, weil gerade die Mitglieder von diesem Gremium kennen ihren Bezirk am besten und sind genau für diese Dinge, sage ich einmal, sehr gut gebrieft. Im Grunde sind das ja schon indirekt Fußgängerbeauftragte in unserer Stadt. Ich möchte aber an dieser Stelle auch auf einen Bericht der „Woche“ hinweisen, die das Thema Sicherheit der Gehwege auch aufgenommen hat. Man sieht, wie wichtig das Thema ist, und dieser Artikel ist eigentlich auf eine sehr hohe Resonanz in Graz gestoßen. Viele Grazerinnen und Grazer haben da Gehwege in ihrem Umfeld

entdeckt, wo es an Sicherheit fehlt und da waren auch sehr viele Schulwege dabei und daher habe ich auch im Rahmen dieser Sitzung einen Antrag mit Sicherheit für Fußgänger eingebracht und ich hoffe auch, dass der auch umgesetzt wird. Wie gesagt, vielen Dank für deinen Antrag, und ich möchte auch noch via Stream dem Team der „Woche“ Dank sagen für den gelungenen Artikel. Danke (*Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Tamara. Inhaltlich in deinem Motivenbericht ist überhaupt nichts hinzuzufügen, genauso ist es, das ist notwendig, Infrastruktur für Zufußgehende ist ein absolutes Muss und das habe ich auch am Beginn, seit ich Stadträtin bin, nicht nur immer formuliert, sondern meine Bemühungen gehen im Rahmen der Möglichkeiten, die meinen Kolleginnen und Kollegen in der Verkehrsplanung auch überhaupt möglich sind, treiben wir das auch voran. Das ist ein absolutes Muss, deshalb gibt es ja auch in dieser Periode etliche Fußgängerzonen, die fertiggestellt worden sind. Wir sind jetzt übrigens auch fertig mit dem Begegnungszonenmodell, das werden wir im nächsten Verkehrsausschuss auch präsentieren, die Zinzendorfgasse wird angegangen. Wir werden jetzt bald auch die Stockergasse und die Mariahilfer Straße fertigstellen. Es sind etliche Gehsteigerrichtungen nicht nur in Planung, sondern auch umgesetzt worden; aber das alles, sage ich trotzdem einmal, ist aus meiner Sicht immer noch zuwenig. Und warum ist das so? Weil, wie du gesagt hast, es gibt keine Sitzung im Gemeinderat, wo das Thema Verkehr nicht eine Rolle spielt. Ich bin lange im Gemeinderat, es war auch in den vergangenen Perioden so, glaube es mir. Und was man nie erkannt hat, ist aber, dass in der zweitgrößten Stadt, wo wir ständig immer sagen, wir werden immer mehr Leute und immer Leute, eigentlich dafür sorgt, dass wir auch mehr Leute schlichtweg in der Verkehrsplanung werden. Wir haben jetzt dankenswerterweise für die Radoffensive, ich meine, da wollen wir ja ein Volumen umsetzen in den nächsten zehn Jahren, das immens ist, und wo wir jetzt in Wirklichkeit am Beginn sind, mit den externen Planungsbüros, wo alle diese Kollegen, die wir jetzt neu bekommen haben,

noch einmal, dankenswerterweise, sonst ginge das ja sowieso nicht, damit beschäftigt sind. Wir sehen dann irgendwie so einen Abänderungsantrag von FPÖ und ÖVP; viel Vergnügen, wenn ihr das beschließt, dann werden wir mit dem Radverkehr stoppen und dann werden wir die ganze Infrastruktur und Personal hier hineinstecken, dann kommen wir hier natürlich mit einem großen Schwung wieder weiter, weil genau um das geht es. Wir haben in der zweitgrößten Stadt viel zu wenig Personal in der Verkehrsplanung und es kann sich jeder gerne davon selber überzeugen. Ich bin keine Politikerin, die ihre Fahne nach dem Wind dreht und unseren KollegInnen in den Rücken fällt, das mache ich ganz sicher nicht, und einfach zustimme hier irgendwelchen Initiativen, wo ich von Haus aus weiß, das ist nicht bewältigbar. Das mache ich nicht und wenn ihr das überstimmt, dann ist es halt so, aber dann werden gewisse andere Sachen auf der Strecke bleiben. Und noch einmal, eine FußgängerInnenbeauftragte hatte die Kollegin Heuberger auch beantragt, ist ein völlig guter Gedanke, gar keine Frage, es ist in Wien übrigens auch in eine Agentur, sie ist ja nicht Bestandteil der Abteilung. Ich würde mir wünschen mehr Fußgängerbeauftragte zuerst einmal in der Abteilung selbst, weil, wie gesagt, das ist richtig, die Wünsche und Anliegen der Bevölkerung und die Kommunikation mit ihr die laufen über die Bezirksvertretungen teilweise sehr gut. Es kommen genügend Anliegen auch in die Abteilung selber, aber sie gehören auch abgearbeitet und sie gehören umgesetzt und das ist für mich primär das Wichtigste. Dem Punkt 2 können wir nähertreten, das ist überhaupt keine Schwierigkeit und dem Punkt 3, wie gesagt, da ist einiges ja auch umgesetzt worden, aber zu dem Punkt 1 wird es einen Abänderungsantrag von meinem Kollegen geben. Danke (*Appl.*).

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke, Elke Kahr, für die Unterstützung und ich kann das sehr gut nachvollziehen, dass das unter diesen Umständen, mit dem Personal das vorhanden ist, schwer bewältigbar ist. Trotzdem würde ich gerne noch einmal die Dringlichkeit des Antrages unterstreichen, weil wenn wir uns dazu darauf geeinigt haben, dass wir in einer Stadt

der kurzen Wege leben und leben wollen und es zunehmend fördern wollen, wenn wir uns für sanfte Mobilität einsetzen wollen, nicht nur für den Verkehr heute, wir haben uns geeinigt darauf, dass wir irgendwie zu einer gemeinsamen Lösung, was den öffentlichen Verkehr betrifft, kommen, wenn wir uns anschauen, welche Erfahrungen Fußgängerinnen und Fußgänger in der Stadt machen, und ich bin selbst leidenschaftliche Fußgängerin, dann wissen wir, dass nicht nur der Platz ungleich verteilt ist. Jetzt haben wir gerade in Corona-Zeiten, in den Lockdowns, erlebt, es parken wahnsinnig viele Autos und wenn wir am Gehsteig einander ausweichen wollen, den Abstand halten wollen, dann gib es nicht genügend Platz, manchmal gibt es nicht einmal einen Gehsteig, es gibt tatsächlich auch schlechte Luft, die man sehen kann; also wenn man durch die Elisabethstraße an manchen Tagen geht, sieht man die schlechte Luft, nicht nur, dass man sie einatmet und spürt. Also es gibt wirklich viel zu tun. Zufußgehen ist extrem gesund, nicht nur für das Klima, sondern für uns selbst und es wäre sehr schön, wenn wir uns gemeinsam dafür einsetzen könnten, dass es diese Stelle in der Stadt Graz in der entsprechenden Abteilung gibt, die sich eben eine solche Person für innovative Lösungen, für sanfte Mobilität und Zufußgehen einsetzen kann, insofern würde ich auch die Koalition bitten, von ihrem Antrag abzusehen und entsprechendes Personal auch vorzusehen für eine solche Stelle. Danke (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Frau Kollegin Schwentner hat jetzt außertourlich reden dürfen, weil eigentlich hätten Sie nicht das Wort haben können zur Dinglichkeit, weil es ein grüner Antrag ist. Sie hätten eigentlich das Wort nicht haben dürfen zur Dringlichkeit.

Zwischenruf StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**: Aber Sie haben mir das Wort gegeben.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Ja, es passt schon.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR DI **Topf**:

Werter Vorsitzender, liebe Antragstellerin. Selbstverständlich unterstützen wir deinen Antrag in der Dringlichkeit, wir meinen nur, dass es durchaus möglich sein könnte oder sollte, wir haben ja in den letzten Jahren bis, glaube ich, 2019, 2020 das Verkehrsplanungsressort mit vier Leuten aufgestockt, also das heißt, doch durchaus Personal hier dann eingebracht oder zugestimmt, und ich denke, dass diese Notwendigkeit sozusagen das Thema Fußgängerbeauftragten durchaus im Rahmen der personalen Ressourcen in der Verkehrsabteilung abgedeckt werden könnte, das heißt, wir stellen einen

Zusatzantrag

zu diesem dringlichen Antrag, das vorgeschlagene Konzept hat sich im Rahmen der erst 2019 deutlich erhöhten Personalressourcen der Abteilung für Verkehrsplanung zu bewegen. Ich denke, dass man innerhalb der Verkehrsplanung durchaus diese Funktion oder dieses Aufgabengebiet eines Fußgängerbeauftragten oder einer Fußgängerbeauftragten abdecken könnte (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

*Namens der im Gemeinderat vertretenen Klubs von ÖVP und FPÖ
wird der*

Zusatzantrag

gestellt,

*dieses im dringlichen Antrag vorgeschlagene Konzept hat sich im Rahmen der erst 2019
deutlich erhöhten Personalressourcen der Abteilung für Verkehrsplanung zu bewegen.*

KO GR Eber:

Lieber Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Tamara Ussner, vielen Dank zunächst für den Antrag. Also, ich glaube, es ist immer wichtig, dass man beim Verkehr auch auf die Fußgänger und Fußgängerinnen schaut. Also erstens sind wir das ja alle selber, Fußgeher und Fußgeherinnen, und wenn es nur der Weg vom Haus zum Auto ist, schlimmstenfalls da ist man Fußgeher. Ich bin persönlich sehr gerne viel zu Fuß unterwegs, jedenfalls mehr als mit dem Fahrrad, muss ich zugeben.

Fußgeherbeauftragter oder -beauftragte hört sich natürlich jetzt einmal gut an, ist auch gut, ist eine gute Sache, der Kollege Muhr hat schon darauf hingewiesen, die Bezirksräte und nicht nur diese, möchte ich sagen, sind natürlich schon in der Praxis so etwas wie Fußgängerbeauftragte, weil auch sie gehören dazu, wie natürlich auch viele Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, wie das Büro von der Elke Kahr, wie das Büro von der Verkehrsplanung und viele andere mehr; werden natürlich immer wieder konfrontiert mit Wünschen, mit Kritik, mit Hinweisen, dass hier und dort etwas fehlt. Die Fußgeherbeauftragte der Wiener Mobilitätsagentur ist ja, wie du eh auch angeführt hast im Motivenbericht, sowas wie eine Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Verwaltung und also daran mangelt es sozusagen meines Erachtens in Graz vielleicht auch, aber in erster Linie mangelt es meines Erachtens, und da muss ich dem

lieben Georg Topf jetzt natürlich widersprechen, mangelt schon auch an einer entsprechenden Ausstattung personell und sonstiger Ressourcen in der Verkehrsplanung. Das bedeutet, auch wenn man viele Hinweise aus der Bevölkerung bekommt über eine Fußgeherbeauftragte, ist es natürlich immer noch so, dass man bestimmte Dinge, Gehsteigerrichtungen vor allem, nicht umsetzen wird können, wenn man hier nicht die entsprechende Vorsorge trifft, von daher, die Elke Kahr hat es bereits angekündigt, darf ich einen

Abänderungsantrag

zum Punkt 1 stellen:

Der Gemeinderat ersucht Verkehrsstadträtin Elke Kahr in Abstimmung mit Vizebürgermeister Mag. (FH) Mario Eustacchio in seiner Funktion als Personalstadtrat und Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler zu prüfen, inwieweit die Abteilung für Verkehrsplanung personell aufgestockt werden kann, um im Bereich des Fußgängerverkehrs verstärkt notwendige Maßnahmen umsetzen zu können.
Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Ich stelle im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat ersucht Verkehrsstadträtin Elke Kahr in Abstimmung mit Vizebürgermeister Mag. (FH) Mario Eustacchio in seiner Funktion als Personalstadtrat und Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler zu prüfen, inwieweit die Abteilung für Verkehrsplanung personell aufgestockt werden kann, um im Bereich des Fußgängerverkehrs verstärkt notwendige Maßnahmen umsetzen zu können.

GR Mag. **Moser**:

Werte Damen und Herren im Livestream, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter. Wir haben uns im Klub darüber ausführlichst unterhalten und vom Grundsatz her festgestellt, dass die im Motivenbericht beschriebene Tätigkeit, im Antragstext auch beschriebene Tätigkeit die Kernaufgabe der Abteilung für Verkehrsplanung ist. Und es wurden Ihrer Abteilung oder dieser Abteilung wurden seit 2019 fünf neue Dienstposten, zusätzliche Dienstposten, zugeteilt, oder sie wurden zusätzlich geschaffen. Ein Dienstposten für Referenten Gutachtenerstellung, drei Dienstposten für die Radverkehrsoffensive und einen Dienstposten für die Verkehrssicherheitsarbeit und das alles beinhaltet ja im Wesentlichen die Tätigkeit auch eines Fußgängerbeauftragten oder einer Fußgängerbeauftragten und man kann nicht jetzt für alle Verkehrsteilnehmer eigene Beauftragte machen. Sollen wir vielleicht für die Autofahrer auch einen Beauftragten machen oder für den Schwerverkehr? Ich bin selbst Fahrprüfer und ich muss mir sehr oft anhören von den Fahrschullehrern bei den Prüfungsfahren, was man wo verbessern könnte oder was unter Umständen wo falsch ist und oder den Verkehrsvorschriften nicht entspricht. Und wie gesagt, sollen wir für alles eine Beauftragte machen? Wir sagen nein, und können daher dem Antrag nicht zustimmen (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Ussner**:

Auf ein paar Punkte möchte ich schon einmal gerne eingehen. Ich sehe diese spezielle Aufgabe einer Fußgängerbeauftragten nicht zu 100 % in der Verkehrsplanung, und das möchte da jetzt kurz begründen. Nämlich da steht, mittels Kampagnen, Veranstaltungen und Serviceangeboten werden die Wienerinnen und Wiener dafür gewonnen, also jetzt auf Wien bezogen eben, mehr mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs zu sein. Die Mobilitätsagentur ist Anlaufstelle für all jene, die konkrete Verbesserungsvorschläge haben oder Kritik üben möchten. Und das macht einfach einen Unterschied, ob man eine Person hat, die sich wirklich ausschließlich mit diesem

Thema und den Anliegen der Bevölkerung auseinandersetzt, als wenn das die Bezirksvorsteher und -vorsteherinnen machen, die unterschiedliche Themen haben, als wenn das die Verkehrsplanung macht, die sowieso auch in Graz notorisch unterbesetzt ist trotz der neuen Personalressourcen. Es macht einen Unterschied, ob man da wirklich eine eigene Anlaufstelle hat, qualitativ, und das hat man in Wien gesehen. Und jetzt vielleicht zu den Punkten, dass die Verkehrsplanung aufgestockt worden ist. Ja, ist sie, sie hat zusätzliche Personalressourcen bekommen, aber die sind dezidiert für den Radverkehrsausbau da und ...

Zwischenruf GR Ing. Lohr: Das gehört eh mit dazu.

GRⁱⁿ Ussner:

... es sind aber trotzdem zwei unterschiedliche Themen, Radverkehr und Fußverkehr, und unterschiedliche Bedürfnisse und unterschiedliche Infrastruktur, die da bereitgestellt werden muss. Und, lieber Kollege Topf, lieber Georg, wenn du sagst, du bist der Meinung, dass das mit den vorhandenen Ressourcen schaffbar sein muss, dann muss ich dir sagen, ja, gut, aber da muss man schon ein bisschen auf die betroffenen Leute hören, die dort arbeiten und die sagen, seit ich in diesem Gremium bin, dass sie notorisch unterbesetzt sind und dass sie, wenn sie solche Arbeiten qualitativ ausführen wollen, zusätzliche Personalressourcen brauchen. Deswegen werden wir auch diesem Zusatzantrag nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass es einen Unterschied in der Arbeit, in der qualitativen Arbeit macht, wenn man da eine eigenen beauftragte Person hat. Und zum Abänderungsantrag der KPÖ, uns war jetzt davor nicht klar, dass sich das nur auf Punkt 1 bezieht, prinzipiell hätten wir, wenn das ein Zusatzantrag gewesen wäre, schon zugestimmt, aber dadurch, dass es ein Abänderungsantrag ist, werden wir nicht zustimmen. Aber trotzdem danke für die breite Zustimmung allgemein und dass das auch als wichtiges Thema erkannt wird. Danke (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Dankeschön, noch einmal, Abänderungsantrag, eingebracht von der KPÖ, bezieht sich ausschließlich auf den Punkt 1 des Antrages von Frau Gemeinderätin Ussner.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) abgelehnt.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Ein Wort noch zum Antrag selbst von mir als ehemaligem Verkehrsstadtrat und als Personalstadtrat, damit wir einmal Zahlen wissen. In dieser Periode, in der ich Personalstadtrat bin, abgestimmt natürlich mit dem Finanzstadtrat, haben wir einen Personalstand von 12 Personen auf 18 Personen angehoben. Das heißt, wir haben um 50 % mehr Personen zur Verfügung gestellt, um die Herausforderungen in dieser Abteilung abzudecken und das sollte man einmal auch berücksichtigen. Keine andere Abteilung in diesem Haus kann sich über diesen Zustrom von Personal äußern, das hat nur die Verkehrsplanung bekommen. Und bitteschön, das hat kein Mascherl, eine Verkehrsplanung hat sich für den gesamten Verkehr einzusetzen, alles mitanzudenken und da brauche ich nicht irgendjemandem ein Mascherl umhängen, das kann die Verkehrsplanung selbst machen innerhalb ihrer Abteilung, innerhalb ihrer Kompetenzen, da brauchen wir nicht jedem Verantwortlichen irgendetwas Neues umhängen. Wie gesagt, sonst hätten wir halt auch gerne den Autoverantwortlichen, also dann wird es ja langsam absurd, das einmal auch zum Faktischen, was das Personal anbelangt (*Appl.*).

Es gilt, den Antrag getrennt abstimmen zu lassen.

Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 1) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ und Neos) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 2) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ und SPÖ) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 3) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (19.02 Uhr).

**9.8 Haltung zeigen in der Asylpolitik –
die Verantwortung der Menschenrechtsstadt Graz
(GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne)**

GRⁱⁿ **Wutte:**

liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Wir kommen zu einem ganz anderen Thema. Ich weiß, der vorliegende dringliche Antrag ist sehr lang, ich werde mich bemühen, ihn kurz und bündig zusammenzufassen, weil wir jetzt alle wirklich lange schon hier sitzen und noch einige Themen vor uns haben. Wir feiern dieses Jahr ja ein besonderes Jubiläum, weil wir seit 20 Jahren Menschenrechtsstadt sind, gleichzeitig gab es in den vergangenen Wochen zumindest zwei menschenrechtlich sehr relevante Themen, die viele Menschen in Graz bewegt haben. Das eine Thema ist die Abschiebung von Kindern und ihren Eltern am 28. Januar, die für sehr viel Aufruhr in Österreich gesorgt hat. Bundespräsident Alexander van der Bellen hat damals festgehalten: „Ich kann und will nicht glauben, dass wir in einem Land leben, wo das in dieser Form wirklich notwendig ist“ und er hat dazu aufgerufen, dass das Kindeswohl einfach mehr Berücksichtigung finden muss in solchen Entscheidungen. Tatsächlich ist es in Österreich ja so, dass das Kindeswohl im, Verfassungsrang steht, aber in Asylverfahren auf ganz vielen verschiedenen Ebenen nicht ausreichend Berücksichtigung findet und deswegen kann es eben zu so tragischen Fällen wie dem, über den medial so viel diskutiert wurde, auch kommen. Das andere Thema, das uns

eigentlich schon seit Monaten beschäftigt, aber nichtsdestotrotz ist es nach wie vor hochaktuell, ist die Situation geflüchteter Menschen in Griechenland, aber auch in Bosnien. Wir haben jetzt seit einigen Wochen die Situation, dass am Grazer Freiheitsplatz einige AktivistInnen jedes Wochenende zelten. Am Anfang, als sie angefangen haben zu zelten, war es wirklich noch eiskalt in Graz und ich war an den ersten Wochenenden immer selber dort und ich muss wirklich sagen, ich kann euch alle nur aufrufen, auch einmal dort hinzugehen, weil ich glaube, wenn man wirklich einmal selber zumindest das besucht und sich am eigenen Leib das vorstellt, wie das eigentlich ist, bei Minustemperaturen in einem Zelt draußen zu übernachten, wird es einem vielleicht noch einmal ganz anders klar, wie eigentlich die Lebenssituation ganz vieler Menschen, geflüchteter Menschen, derzeit ist. Also bei mir hat das auch noch einmal mehr Empathie und mehr Betroffenheit anlässlich der aktuellen Situation ausgelöst. Ich zitiere die Kinderpsychologin von Ärzte ohne Grenzen zum Thema Hilfe vor Ort, sie sagt: „Egal, was wir hier machen, nämlich in Kara Tepe, solange die Bedingungen so sind, wie sie sind, ist das ein bisschen wie ein Pflaster auf eine Brandwunde zu setzen, während sie noch im Feuer sitzen müssen.“ Ich glaube, das beschreibt die Situation von Kindern hinlänglich und sollte uns alle eigentlich betroffen machen, dass sowas auf europäischem Boden möglich ist. Gleichzeitig gab es ja auch gewisse Feierlichkeiten zu diesem 20-Jahr-Jubiläum der Menschenrechtsstadt und ich habe mir da einige Zitate vom Herrn Bürgermeister, der heute leider nicht da ist, herausgesucht. Er hat nämlich gesagt, Menschenrechtsstadt ist eine besondere Verpflichtung, ist eben nicht nur „nice to have“, sondern eine ständige Aufgabe für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und wir haben ja das Glück, dass wir in Graz so eine aktive Zivilgesellschaft haben, eine Zivilgesellschaft, die sich seit September dafür einsetzt, dass Graz seine Haltung ändern muss. Die in unzähligen Aktionen, eben zuletzt an den Wochenenden am Freiheitsplatz dazu aufgerufen hat, dass der Bürgermeister und die Grazer ÖVP ihre Haltung in dieser Frage ändern und dafür ist es nicht zu spät, denn erst gestern wurde z.B. bekannt, dass in Gratwein-Straßengel ein Beschluss gefasst wurde, dass sich diese Gemeinde bereit erklärt, Familien aufzunehmen, das wurde von der ÖVP in Gratwein-Straßengel mitgetragen, und ihr

von der Grazer ÖVP habt nach wie vor die Möglichkeit, eure Haltung zu ändern. Es ist nämlich so, dass in Graz viele Menschen bereit wären, auch geflüchtete Familien aufzunehmen. Nach den Abschiebungen, um auf dieses Thema noch einmal zurückzukommen, gab es eine Großdemonstration und da habe ich ebenfalls VertreterInnen der ÖVP, einer ehemals christlichsozialen Partei, vermisst. Deshalb mag ich heute diese ÖVP in Vertretung auch des Bürgermeisters, der heute nicht da ist, fragen, wie verwirklicht ihr diese besondere Verpflichtung und Aufgabe einer Menschenrechtsstadt? Welche Vorwärtsbewegung hat es in der schwarz-blauen Koalition für die Menschenrechte gegeben? Ich sehe sie nicht. Vor Jahren hatten wir einen breiten Konsens, was die Bedeutung der Menschenrechte in dieser Stadt betrifft und wir können zu dieser Haltung zurückkehren und gemeinsam letztendlich Druck auf die Bundesebene ausüben, dass sie hier zu einer menschenfreundlicheren Haltung kommt in der Frage der Abschiebungen und auch in der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen. Ich stell daher den folgenden

dringlichen Antrag:

Ich lese jetzt nicht alle Punkte im Detail vor, es geht jedenfalls darum, dass sich Graz zu seiner besonderen Verpflichtung als Menschenrechtsstadt und damit auch zu einer humanen Asylpolitik bekennen soll und dass der Bürgermeister insbesondere ersucht wird, sich für die Aufnahme geflüchteter Familien einzusetzen, aber eben auch für das Verhindern von Abschiebungen, indem man z.B. auch wieder Härtefallkommissionen, wie es sie früher auf Landes- und Gemeindeebene gab, einführt, weil das einfach eine sehr gute Möglichkeit war, um im Einzelfall ganz tragischen Abstimmungen zu verhindern, und ich ersuche um eure Annahme. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der Beschluss der Stadt Graz, zu Europas erster Menschenrechtsstadt zu werden, jährt sich heuer zum 20. Mal.

Gleichzeitig beschäftigten in den letzten Wochen zwei menschenrechtlich hochrelevante Themen viele Grazerinnen und Grazer.

So wurden am 28. Jänner SchülerInnen und deren Familien, die teilweise in Österreich geboren und aufgewachsen sind, auf unmenschliche Art und Weise aus ihrem bisherigen Leben gerissen und nach Georgien bzw. Armenien abgeschoben. Alle Betroffenen hatten ihren Lebensmittelpunkt in Österreich, sprechen Deutsch auf Muttersprachen-Niveau und haben kaum mehr Beziehungen zu ihren vermeintlichen Herkunftsstaaten. Sie stellten teilweise mehrere Asylanträge, die allesamt abgelehnt wurden. In den Fällen von zwei Armenierinnen aus Wien wurden noch im Mai 2020 Anträge auf ein humanitäres Bleiberecht (§ 55 AsylG) gestellt, die jedoch vom BFA nicht bearbeitet wurden. Wie sehr die Familien in Österreich verwurzelt und Teil unserer Gesellschaft waren, zeigte die Protestaktion der MitschülerInnen der Kinder, die verzweifelt vor Ort und mitten in der Nacht versuchten, die Abschiebungen zu verhindern. Aber auch Kundgebungen an vielen anderen Orten und Proteste in Sozialen Medien zeugen von großer Empörung.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hielt fest: „Ich kann und will nicht glauben, dass wir in einem Land leben, wo dies in dieser Form wirklich notwendig ist.“ Er habe in dieser Frage zwar keine formale Zuständigkeit, aber eine klare Haltung und führte aus: „Wir müssen einen Weg des menschlichen, respektvollen Umganges miteinander finden. Gerade, wenn Kinder die Hauptleidtragenden sind. Geben wir dem Wohl von Kinder, von Kindern und Jugendlichen Vorrang.“

Genau in der Berücksichtigung des Kindeswohls gibt es auf mehreren Ebenen Handlungsbedarf: Denn die vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls bei allen Kindern betreffenden Maßnahmen öffentlicher und privater Einrichtungen ist zwar verfassungsrechtlich verankert (Art. 1 Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern), im Kriterienkatalog zur Beurteilung des Privat- und Familienlebens, der in Fällen des humanitären Bleiberechts nach § 55 AsylG heranzuziehen ist, ist das Wohl des Kindes aber nicht aufgelistet. Auch in der Rechtsprechung des EGMR und der österreichischen Höchstgerichte zu Art. 8 EMRK wurde der Vorrang des Kindeswohls bislang wenig beachtet. Dasselbe gilt auch schon für das gesamte Asylverfahren, das

der Prüfung des humanitären Bleiberechts meist vorgeht. Auch hier wird das Kindeswohl nicht ausreichend berücksichtigt.

In einem aktuellen Urteil hielt der EuGH im Fall einer drohenden Rückführung eines unbegleiteten Asylsuchenden in sein Herkunftsland fest, dass das Kindeswohl in allen Stadien des Verfahrens vorrangig berücksichtigt und umfassend geprüft werden muss. Zudem ist dringend eine Reform des humanitären Bleiberechts (§§55 und 56 AsylG) geboten, indem in diesen Verfahren wieder die Länder und Gemeinden in Form von Härtefallkommissionen verpflichtend eingebunden werden. Diese Regelung hatten wir schon vor einigen Jahren und sie hat sich sehr bewährt. Sie, Herr Bürgermeister, wissen aus eigener Erfahrung, dass auf diesen Ebenen gute und für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung gefunden und bestens integrierte Familien vor einer Abschiebung bewahrt werden konnten.

Seit mehreren Wochen zelten AktivistInnen jedes Wochenende am Freiheitsplatz, um auf die unverändert menschenunwürdige und katastrophale Lage vieler Geflüchteter in Griechenland, aber auch in Bosnien, aufmerksam zu machen. Wir alle sind eingeladen, uns an dieser Aktion zu beteiligen und am eigenen Körper zu erfahren, was es bedeutet, bei Schneefall und Eiseskälte in einem Zelt leben zu müssen. Bei den Kundgebungen sprechen viele Menschen, die selbst vor Ort in Griechenland und Bosnien geholfen haben und über absolut unmenschliche Lebensbedingungen berichten können. Zur viel bemühten Hilfe vor Ort hielt die Leiterin des kinderpsychologischen Programms von Ärzten ohne Grenzen fest: „Aber egal, was wir hier machen, solange die Bedingungen so sind, wie sie sind, ist das ein bisschen wie ein Pflaster auf eine Brandwunde zu setzen, während sie noch im Feuer sitzen müssen.“ Die Bewegung rund um Lisa Rücker und Heidrun Primas wird größer, unzählige prominente UnterstützerInnen, darunter auch VertreterInnen der Religionsgemeinschaften, haben sich ihr angeschlossen.

Sie, Herr Bürgermeister, oder eine andere VertreterIn der ÖVP waren leider noch nie vor Ort. Zur gleichen Zeit verkünden Sie anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Menschenrechtsstadt Graz und der Eröffnung des neuen UNESCO-Zentrums: „Menschenrechtsstadt zu sein, ist eine besondere Verpflichtung, nicht ‚nice to have‘, sondern eine ständige Aufgabe für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Die

Verwirklichung von Menschenrechten ist eine ständige Vorwärtsbewegung.“ Ja, die Grazer Zivilgesellschaft nimmt diesen Auftrag der Menschenrechtsstadt sehr ernst. Seit dem furchtbaren Brand in Moria sind unterschiedliche Initiativen laufend an Sie herangetreten und haben durch Aktionen auf der Straße auf die menschenunwürdige Situation geflüchteter Menschen aufmerksam gemacht. Unzählige Menschen in Graz wären sofort bereit, eine geflüchtete Familie bei sich zu Hause aufzunehmen. Nach den Abschiebungen am 28.1. fand eine große Demonstration statt, in der eine stärkere Berücksichtigung des Kindeswohls gefordert wurde.

Bei all diesen Kundgebungen und Aktionen habe ich Sie als Bürgermeister der Menschenrechtsstadt und auch für Menschenrechte zuständiges Stadtsenatsmitglied vermisst. Deswegen frage ich Sie heute: Wie verwirklichen Sie diese besondere Verpflichtung und Aufgabe als Bürgermeister einer Menschenrechtsstadt? Welche Vorwärtsbewegung hat es in den letzten Jahren für die Menschenrechte unter Ihrer schwarz-blauen Koalition gegeben? Ich sehe nämlich nur Rückschritte.

Vor Jahren gab es einen breiten Konsens über die Bedeutung der Menschenrechte in dieser Stadt und wir konnten in vielen Menschenrechtsfragen eine beinahe parteiübergreifende Einigkeit zeigen – lassen Sie uns zu dieser Haltung zurückkehren!

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zu der besonderen Verpflichtung einer Menschenrechtsstadt und damit zu einer humanen Asylpolitik.*
- 2. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, sich bei der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesminister für Inneres, dafür einzusetzen, dass das Kindeswohl in allen Phasen des Asylverfahrens und insbesondere in Fällen des humanitären Bleiberechts vorrangig berücksichtigt wird, damit unmenschliche Abschiebungen wie jene in der letzten Januarwoche in Zukunft vermieden werden können.*

3. *Darüber hinaus wird Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl ersucht, sich bei der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesminister für Inneres, dafür einzusetzen, die Länder – unter Einbindung der betroffenen Gemeinden – im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung mit Instrumenten wie etwa Härtefallkommissionen auszustatten, damit gut integrierten Personen und Familien ein humanitäres Bleiberecht gewährt werden kann.*
4. *Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, die Forderungen der AktivistInnen am Freiheitsplatz nach sofortiger Evakuierung und Aufnahme 100 geflüchteter Familien in Österreich zu unterstützen.*

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrter Herr Dr. Riegler, sehr geehrter Stadtsenat, werte Damen und Herren, liebe Manuela. Vielen Dank für deine erneut redlich bemühte Initiative als Bekenntnis in vier Punkten, unter anderem mit einer Bitte an Herrn Bürgermeister Nagl im vierten Punkt. Meine Kollegin Christine Braunersreuther und ich haben ja bekanntlich auch Initiativen gemacht im Zwanziger-Jahr, noch vor dem Brand. Und in der schriftlichen Beantwortung meines Antrages vom Vorjahr am 13.12.2020 durch Herrn Bürgermeister Nagl steht im vorletzten Absatz Folgendes: „Der Umgang mit internationalen Flucht- und Migrationsbewegungen und die damit in Verbindung stehenden konkreten kommunalen Herausforderungen sowie alle zentralen Fragestellungen in einer Demokratie ist immer das Abwägen und der Ausgleich unterschiedlicher Interessen, Sichtweisen und Zugänge innerhalb der Bevölkerung.“ Ich befürchte dieselben wohlformulierten Sätze werden auch die Grünen in Wien wohlüberlegt und abgewogen haben, also sie vor kurzem im Parlament schließlich aufgestanden sind, um der ÖVP, dem übermächtigen Koalitionspartner, zuzustimmen. Man hat uns allen dann wortreich dargelegt, wie dieses Umfallen durch Aufstehen gemeint war. Wir werden jedenfalls deinem Dringlichen, liebe Manuela, von heute selbstverständlich zustimmen, weil wir auch den Herrn Innenminister gern in der Pflicht sehen. Es hatte keine Verpflichtung zur Abschiebung, wie wir wissen, aber er

sah sich verpflichtet, weil es sein politischer Wille war, nein, man muss keinerlei rote Linien überschreiten, was für uns alle gilt. Und so darf ich, wie neulich unten am Hauptplatz auch hier im Gemeinderat heute Viktor Frankl zitieren, das Zitat lautet: „Ich muss mir nicht alles von mir selber gefallen lassen.“ Sehr leicht sind Worte gesagt wie „Auch mir als Familienvater krampft sich beim Anblick des Elends alles zusammen, aber wir können nicht anders, als vor Ort zu helfen“, wissentlich, dass es auf diversen, sehr bekannten Gründen nicht klappen wird. Abschreckung steht über allem oder auch, und ich habe schon angedeutet, uns sind die Menschenrechte seit jeher ein absolut wichtiges Anliegen, aber heute werden wir dafür nicht eintreten, wir haben aber schon die Absicht, Stärkere, mit der Zeit umzustimmen. Bei diesen Vorgaben glaube ich nicht mehr an diese Möglichkeit, dass Graz sozusagen einlenkt, da besticht so manche ideologische Schiefelage, aber ich hoffe natürlich, dass ich mich irre und dass nicht gewinnorientierte, immer mehr werdende Prominente, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen beinahe aller Couleurs, Bischöfe und engagierte BürgerInnen vieler Gemeinden nicht umsonst kopfstehen, weil sie alle ganz einfach nicht zu allem ja und Amen sagen möchten. Es ist ganz sicherlich vielen Menschen doch verständlich, wenn, ich darf nochmals Frankl zitieren, er es so formulierte: „Der Mensch ist mehr als sein Problem.“ Vielen Dank, liebe, sehr geehrte Manuela Wutte, danke für deinen Dringlichen. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

KO GR Ehmman:

Danke, Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, ZuseherInnen und ZuhörerInnen im Livestream, liebe Antragstellerin, liebe Manuela. Es ist richtig, es geht darum, in der Asylpolitik Haltung zu zeigen, Verantwortung zu übernehmen und würdest du, Manuela Wutte, den Antrag nicht stellen, dann würde ich heute fast in einem ernsthaften Dilemma da sein, denn wenn man sich das ansieht, wie das Verhalten der letzten Wochen und Monate der grünen Fraktion im Parlament sich verhält, wo Anträge zur Rückführung oder bzw. zum Herausholen von Kindern aus Moria

abgelehnt werden, die unsägliche Abschiebung, die erst stattgefunden hat, und jedes Mal das Mithalten mit dem Koalitionspartner, um es auf keinen Bruch anzulegen, dann hätte ich, wie gesagt, wenn du es nicht wärst, hätte ich heute wirklich ein Problem. Aber selbstverständlich geht es um den Inhalt und um die Sache und ich weiß, dass dir das ernst ist und ein Anliegen ist, wie uns allen hier, hoffe ich, und deshalb selbstverständlich werden wir der Dinglichkeit als auch dem Inhalt zustimmen, aber ansonsten müsste ich sagen, wären die Adressaten die falschen. Nämlich nicht die Bundesregierung, sondern dann würde man das dem Bundesvorstand der Grünen, und vor allem der Klubvorsitzenden Maurer, übermitteln, denn ich und meine Fraktion dürften hier ja offensichtlich, wenn es nach ihrem Demokratieverständnis geht, gar nicht zustimmen, weil sie hat das so begründet die Ablehnung des Antrages über die Asylrücknahme im Parlament, dass es eh keine Mehrheit gibt. Das ist ein demokratiepolitisches Verständnis, das ich so nicht habe. Und das war der Grund, den sie da genannt hat, es gäbe eh keine Mehrheit, daher hätte man nicht dafür gestimmt, also ein neuer demokratiepolitischer Ansatz. Und jetzt ist mir klar, es wird dann kommen, ja, SPÖ war seinerzeit Koalitionspartner, wie dieses Gesetz gemacht wurde oder bzw. die Novellierung, weil das Gesetz ist ja schon viel früher gemacht worden. Ja richtig, auch die SPÖ hat hier rote Linien überschritten. Ihr solltet daraus gelernt haben, habt ihr aber nicht. Euch wird es gleich gehen wie uns seinerzeit, es ist nur eine Frage der Zeit, wenn ihr so weitermacht. Daher würde ich hier wirklich appellieren, nochmals an die Bundesebene hier wirklich heranzutreten und Druck zu machen, um derart rote Linien nicht überschreiten zu müssen, denn ich glaube, dass es nicht richtig ist, die eigenen Werte hintanzustellen, um quasi eine längere Zeit, eine gesicherte Zeit hier in einer Koalition zu verbringen, weil du hast es eingangs gesagt, du hast gesagt: Welche Vorwärtsbewegung hat es unter Schwarz-Blau gegeben? Jetzt könnte ich wirklich provokant sein und sagen: Welche hat es unter Schwarz-Grün gegeben? Außer dass wir keine Pferde haben in der Regierung, aber wir werden selbstverständlich zustimmen. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Hopper:**

Geschätzter Herr Vorsitzender, lieber Stadtsenat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuschauerInnen im Livestream, die ich vorher übrigens vergessen habe, was mir jetzt peinlich ist. Es geht dennoch um ein sehr immens wichtiges Anliegen und ich werde hier versuchen, unsere Einstellung dazu und unsere Reaktion auch möglich strukturiert auch hier wiederzugeben. Ich glaube, wir wissen alle, dass, wenn unser Bürgermeister da wäre, er sehr, sehr gerne hier auch selbst sprechen würde, aber ich werde mein Bestes geben, unsere Meinung hier würdig wiederzugeben. Liebe Manuela, du vermisst die Vorwärtsbewegungen und dein Antrag hat ein bisschen den Beigeschmack, als würdest du auch diese Philosophie und dieses Menschenrechtsstadt-Leben ein bisschen diffamieren und schlechtreden. Das tut mir per se leid, aber kann man halt nichts dagegen machen. Ich glaube, eine recht elementare und klare Erkenntnis in diesem Antrag ist wiederum, und das wurde eh auch schon von VorrednerInnen angesprochen, dieses, wie Menschenrechtsstadt geht und was Menschenrechtsstadt machen muss und soll und die unterschiedlichen Zugänge dazu. Aus unserer Sicht sieht man sehr wohl eine klare Vorwärtsbewegung, weil unsere Vorstellung, eine Menschenrechtsstadt zu sein, hat auch damit zu tun, diesen Gedanken der Menschenrechte und das Einfordern der Menschenrechte auch anderswo einzufordern. Und da gibt es aus meiner Sicht dann doch eine sehr, sehr klare Vorwärtsbewegung, beispielsweise die Tatsache, dass wir als zweite Stadt auch hier ein Trainingszentrum für Menschenrechte haben, das sich als einziges damit beschäftigt, dass man Menschenrechtsarbeit und Menschenrechtsbildung auch in Regionen und Gemeinden etabliert und dort dabei unterstützt, diese Menschenrechte auch dort zu wahren. Da geht es um nachhaltige Menschenrechtsarbeit und nachhaltige Menschenrechtsarbeit auch vor Ort. Auch sonst tu ich mir extrem schwer mit dem Beigeschmack, dass wir hier säumig sind. Ich glaube nicht, dass Österreich säumig ist, ich spare mir jetzt die Zahlen, die ich herausgesucht habe und ich glaube vor allem nicht, dass Graz hier säumig ist. Ein wesentlicher Aspekt der Menschenrechte und der Menschenrechtsarbeit hier ist auch, dass die Menschen, die zu uns kommen, auch entsprechend eingebunden werden, und unser Integrationsbudget wurde auf

1,5 Mio. Euro inzwischen gesteigert; ich finde, das ist auch ein Teil, der da zu unserer Menschenrechtsarbeit beiträgt. Und darüber hinaus haben wir im vergangenen Jahr auch um die 700 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auch aufgenommen in Graz, und du sprichst in deinem Antrag von den unzähligen Familien, die bereit wären, Kinder aus Moria aufzunehmen. Und ich glaube, so wie es einige in dem Gremium, wenn ich mich richtig erinnere, auch machen, dass man hier auch vielleicht den Familien anbieten kann, die jetzt bereits schon bei uns lebenden minderjährigen Flüchtlinge auch wirklich einzubinden. Jetzt muss ich mich beeilen, jetzt bekomme ich Stress (*rotes Licht geht an*).

Menschenrechtsstadt zu sein, heißt nämlich auch, menschenrechtsbasierte Interessen den Menschen in der Stadt, die jetzt schon da sind, die wir schon zu uns hergeholt haben, für die auch da zu sein und das einmal als Allererstes zu ermöglichen und das sollte auch der Anspruch sein bei uns. Das heißt nicht, dass wir bei einer gesamteuropäischen Hilfsaktion oder der Republik Österreich nicht dabei wären, das hat der Bürgermeister schon sehr, sehr klar gesagt bei den letzten Anträgen. Ein Satz zur Republik vielleicht auch noch, es folgt die Politik dem Recht.

Gerichtsentscheidungen, insbesondere, wenn sie immer und immer gleich ausgehen, wenn auch die humanitären Bleiberechtsprüfungen hier auch nicht positiv ausgehen, diese Entscheidungen werden von unabhängigen Gerichten beschlossen. Du forderst auch eine Härtefall-Kommission. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob das wirklich der Weg ist; wir leben in einem Rechtsstaat, wie viel unabhängiger, als wenn Gerichte entscheiden, kann es eigentlich sein? Ich weiß auch nicht, wer das dann besetzen soll, weil für mich sind das dann die Gerichte. Medien sollten da nicht mitentscheiden, Vereine sollten da nicht mitentscheiden, auch die Grünen können sich nicht über die Gerichte hinwegsetzen und sagen, ja, das machen wir jetzt, oder du darfst jetzt doch dableiben. Die Optimierung der Gesetze, und da bin ich wieder bei einem Aspekt, den wir vorher schon einmal angesprochen haben, ich glaube, für die Optimierung der Gesetze habt ihr auch sehr gute Connections gerade nach Wien, dass dann mehr von den Kinderrechten drinnen steht. Ich bin jetzt keine Juristin, dagegen spricht per se nichts, ich glaube nicht, dass man dazu eine eigene Petition starten muss, weil, so wie

du es auch schon richtig gesagt hast, in der Verfassung schon verankert. Ich tu mir vor allem schwer damit, dass du die Erfolge, die wir haben und den Stolz, den wir als dieses Gremium auch auf unsere Menschenrechtsstadt haben, ein bisschen schlechtredest, und ich finde das auch enorm schade. Und mit was ich mir noch ein bisschen schwieriger tu, ist, wenn du anderen politischen Parteien, der Verwaltung oder auch der Zivilgesellschaft, die nicht deiner oder eurer Meinung ist, und so klingt das für mich in dem Antrag, absprichst, dass sie menschlich sind oder ihnen ihre Menschlichkeit auch absprichst, nur weil sie andere Zugänge verfolgen, um das Ziel der Menschenrechte und der Verbreitung der Menschenrechte auch hier zu realisieren. Selbiges denke ich auch darüber, dass du dir anmutest festzuhalten, ob wir christlichsozial sind oder nicht, die Entscheidung überlassen wir nach wie vor uns, so wie wir es euch entscheiden lassen, für was ihr einsteht. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Zuseher via Livestream, Kollegin Wutte. Ich kann dir insofern Recht geben, dass im Asylwesen noch immer vieles im Argen liegt. Die Asylverfahren dauern immer noch viel zu lange, die Ungewissheit über einen so langen Zeitraum ist für die Betroffenen wirklich unmenschlich. Nachdem die Grünen aber, wie wir wissen, Teil der Bundesregierung sind, bitte ich euch, dahingehend aktiv zu werden. Wir Freiheitliche waren immer Verfechter der Hilfe vor Ort, aber auch da hast du Recht, es ist absolut unverständlich, dass es in den Flüchtlingslagern nicht möglich ist, für adäquate Unterkünfte zu sorgen, befestigte Unterkünfte zu bauen. Die EU versagt in so vielen Bereichen, also wundert es nicht, dass sie auch da komplett versagt. Und auch hier könnt ihr als Teil der österreichischen Bundesregierung aktiv werden und Druck auf die Zuständigen ausüben. Ein weiterer Lösungsvorschlag wäre, in die Aufklärung zu investieren und zwar in die Aufklärung in den Herkunftsländern. Das würde sehr viel Leid verhindern, keine falschen Hoffnungen schüren, wenn man die Leute aufklärt, ob sie überhaupt einen Anspruch oder Aussicht auf Asyl hätten. Die Forderung, Graz solle 100 Familien aufnehmen, finde ich auch nicht richtig. Was ist mit

der einhunderteinten Familie, wie unmenschlich ist das eigentlich? Österreich und die EU haben die Verpflichtung, hätten die Verpflichtung, die Gesamtsituation für alle zu verbessern. Und etwas was ich mir in Zeiten wie diesen natürlich nicht schenken kann, ist, du benützt in deinem Antrag so oft das Wort „Kindeswohl“. Ich weiß gar nicht, wie oft mir dieses Wort im letzten Jahr durch den Kopf gegangen ist, wie Kurz, Kogler, Anschöber ihre absurden Corona-Maßnahmen bekanntgeben haben, Kinder und Jugendliche wegzusperren, ihnen das soziale Leben, die Freunde, das Vereinsleben, den Sport, die Bildung wegzunehmen, Kinder müssen Masken tragen, gesunde Kinder werden in den Schulen getestet, um ihnen den Zugang zu Bildung zu gewähren, das ist ein Kinderrecht, Recht auf Bildung. Diese absolut falsche Politik wird den Kindern in Österreich noch nachhaltig schaden (*Appl.*).

Nach diesem kurzen Abstecher zurück zum Antrag, dem wir nicht zustimmen. Es braucht für uns schnelle Asylverfahren, es braucht ordentliche Hilfe vor Ort und es braucht Aufklärungsarbeit in den Herkunftsländern (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Dankeschön, gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich zum Schlusswort zur Dringlichkeit. Und ich darf bitten, dass wir ganz generell jetzt immer noch ein bisschen diszipliniert bleiben, es ist ein permanenter Geräuschpegel. Ich will hier nicht ständig mit der Glocke herumklingeln. Versuchen wir wirklich, etwas disziplinierter und konzentrierter zu bleiben.

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Erstmal bedanke ich mich dafür, dass wir jetzt doch noch irgendwie in eine tiefer gehende inhaltliche Debatte gekommen sind, was angesichts der fortgeschrittenen Stunde nicht selbstverständlich ist, und das freut mich ein Stück weit, dass ich euch mit dem Thema irgendwie erreichen konnte und Rückmeldungen bekommen habe, nennen wir es einmal so. Ich werde jetzt probieren,

das der Reihe nach abzuarbeiten. Zur Kollegin Hopper möchte ich jetzt schon einmal ganz klar festhalten, ich habe in keinsten Weise irgendjemandem, der anderer Meinung als ich ist, die Menschlichkeit abgesprochen. Also sowas mir zu unterstellen, ich glaube, alle, die mit mir hier in diesem Gremium sitzen, kennen mich als jemanden, der wirklich um Dialog, um Austausch und um konstruktive Zusammenarbeit bemüht ist, und das habe ich irgendwie wirklich seltsam gefunden, das hier so vorzubringen. Und in keinsten Weise will ich das, was in Graz in puncto Menschenrechte auch vorangebracht wurde, schlechtreden oder diffamieren. Das UNESCO-Zentrum für Menschenrechte ist etwas total Erfreuliches, aber zu den Menschenrechten gehört eben auch eine humane Asylpolitik, das ist untrennbar damit verbunden und das waren einfach sehr, sehr drängende Themen in den letzten Monaten und ich sage jetzt auch nicht, dass die ÖVP zu 100 % auf unsere Haltung oder unsere Meinung in dem Bereich sich einschwingen soll. Was ich aber schon sage, ist, dass ihr nicht einmal in Kontakt seid mit der Zivilgesellschaft in Graz. Es gibt Unzählige, es gibt die Menschen am Freiheitsplatz, es gibt die ganzen Leute rund um Altbürgermeister Stingl, es gibt die Seebrücke, es gibt die Amnesty-Gruppe, es gibt wirklich viele Leute, die in den letzten Monaten wiederholt das Gespräch mit dem Bürgermeister Nagl gesucht haben und die mir alle gesagt haben, sie bekommen nicht einmal einen Termin mit ihm, und dafür, finde ich, sollte eine Menschenrechtsstadt eben schon stehen, dass man, auch wenn man anderer Meinung ist, zumindest in den Dialog tritt und probiert, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen und das vermisse ich bei der ÖVP, so wie sie in Graz gerade aufgestellt ist (*Appl.*).

Zur Kollegin Schleicher, ich war irgendwie überrascht, dass wir dann doch in einigen Punkten anschlussfähig miteinander waren. Aber irgendwie, dieses Argument, dass es nicht in Ordnung wäre, 100 Familien aufzunehmen, weil man dann nicht weiß, was mit der hunderteinten Familie passiert, das konnte ich einfach nicht nachvollziehen. Ist es besser, dann niemanden aufzunehmen? Genau darum geht es ja, dass einzelne Kommunen sagen, wir wären bereit, Menschen aufzunehmen und sich so insgesamt die Stimmung wandelt. Und wenn alle Einzelnen ihren Beitrag leisten, kann auch allen Menschen vor Ort geholfen werden, nur das muss auch wirklich von den einzelnen

Städten auch ausgehen und das haben viele Städte vorgemacht, dass sie sich dafür einsetzen können. Und diese ganze Corona-Debatte möchte ich wirklich außen vor lassen. Ich habe selber kleine Kinder, ich weiß, dass das total belastend ist für die Kinder in Österreich, wie die Situation gerade ist. Aber das gleichzusetzen mit dem Elend von Kindern in Kara Tepe, die sich das Leben nehmen wollen, weil sie nur noch unter Angst und unmenschlichsten Bedingungen dahinvegetieren, das ist einfach ein unzulässiger und eigentlich unmoralischer Vergleich, das muss ich wirklich sagen. Ich muss schon zum Ende kommen, aber zur Kollegin Heinrichs und Kollegen Ehmann: Vielen Dank, dass ihr unseren dringlichen Antrag unterstützt und was da jetzt alles an Kritik kam zu den Grünen auf Bundesebene, wir könnten dieses Spiel auch einfach lassen. Ich weiß, dass das gängig ist und dass wir, als wir in der Opposition waren, es nicht anders gemacht haben, aber hören wir doch einfach auf, wenn wir alle für das gleiche Anliegen stehen, die anzuschwärzen, die auch für die gleiche Sache stehen. Euch ist doch allen klar, wofür die Grünen auf Bundesebene stehen und dass wir eine völlig andere Asylpolitik wollen, also hören wir einfach auf, uns hier gegenseitig fertigzumachen, schließen uns zusammen mit den vielen Menschen in Österreich, die eine Änderung wollen, weil zusammen sind wir stärker und zusammen können wir vielleicht auch ein Umdenken erreichen. Danke (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Dankeschön, Frau Gemeinderätin. Abschließend vielleicht auch noch vom Vorsitzenden ein paar Bemerkungen. Sie haben sicherlich gelesen, weil Sie die Abschiebungen vor einigen Wochen thematisiert haben, dass wir alleine 2.500 Fälle an humanitärem Bleiberecht pro Jahr haben. Daher wissen Sie auch, dass die Rechtsvorschriften in diesem Fall mehrfach eine Überprüfung des humanitären Bleiberechts beinhaltet haben, nämlich durch unabhängige Gerichte, auch durch den Verfassungsgerichtshof, und dass eben ein solches humanitäres Bleiberecht in diesem Fall, im Falle von Tina und ihrer Familie, eben leider nicht gegeben war juristisch. Ich möchte auch ein bisschen von mir weisen oder von uns weisen, dass das mehr oder minder ein ÖVP-

Antrag ist, weil im Grunde genommen reden Sie, Frau Wutte, ständig nur darüber, was die ÖVP für eine unchristliche Partei wäre. Ich möchte schon auf ein paar Dinge hinweisen: Erstens einmal ist das Asylrecht und Zuwanderung Bundessache, das heißt, der Grazer Bürgermeister, die Grazer Stadtregierung kann einmal gar nichts machen. Sondern grundsätzlich ist die Entscheidung darüber, ob wir zusätzlich Menschen aufnehmen zu jenen, die wir ohnedies kraft Asylgesetzen aufnehmen, diese Entscheidung ist grundsätzlich Bundessache. Der Herr Bürgermeister hat auch ganz eindeutig im Oktobergemeinderat genau zu dieser Diskussion auch ganz sonnenklar gesagt, sollte es seitens des Bundes zu einer Aufnahme von Flüchtlingen aus Kara Tepe kommen, dann würden wir selbstverständlich auch unsere Portion, unsere sozusagen Aufgabe übernehmen. Aber hier eine Diskussion immer wieder abzuführen, dass wir als Stadt Graz jetzt alleine vorreiten sollen, das ist eigentlich nicht seriös. Ich möchte noch hinzufügen, dass Griechenland ein europäischer Staat ist, dass Griechenland ein souveräner Staat ist, das heißt, wir haben als Republik Österreich keine Möglichkeit, auf griechischem Boden etwas zu tun, mittlerweile haben sich die Zustände dort angeblich verbessert. Es ist sicherlich nicht schön, aber bitteschön respektieren Sie auch, dass wir nur Hilfsangebote machen können vor Ort, die auch gemacht wurden und es hat, wie es scheint, auch Verbesserungen des Zustandes gegeben. Aber es ist jetzt nicht unsere Sache als Grazer Gemeinderat, isoliert als eine Gemeinde von vielen, in Europa jetzt hier eine Lösung autonom herbeizuführen (*Appl.*).

Auch den Vorwurf, keinen Kontakt zur Zivilgesellschaft, wie Sie das ausgedrückt haben, zu haben, möchte ich schon von mir weisen. Also ich bin ständig in Kontakt mit der Heidrun Primas, ich bin ständig in Kontakt auch mit der Frau Doro Blancke. Wir wissen sehr gut, was dort passiert, wir verfolgen das natürlich. Natürlich interessiert uns alle, auch von der ÖVP, was hier passiert und hoffen natürlich, dass es den Menschen einigermaßen erträglich gut gehen möge. Also zu sagen, wir haben so überhaupt keinen Puls am Ohr und das ist nur sozusagen unsere Schuld, dass hier jetzt etwas Unmenschliches passiert, das möchte ich bitte so nicht auf uns sitzen lassen (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

**9.9 Daseinsvorsorge Wohnraum,
räumliche und finanzielle Vorsorge in Graz
durch ein Programm Sozialer Wohnbau
(GRⁱⁿ Mag.^a Susanne Bauer, SPÖ)**

GRⁱⁿ Mag.^a Bauer:

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher und Zuseherinnen im Livestream. Ich möchte heute einen dringlichen Antrag einbringen und ein Programm Sozialer/Leistbarer Wohnbau fordern, warum? Es ist fünf vor zwölf, nämlich deswegen, weil Grünstücke knapp sind, und wenn es kein Grundstück gibt, kann man kein Haus darauf bauen, und wenn die Grundstücke knapp sind, erleben wir auch Preissteigerungen und die Preise zahlen die Grazerinnen und Grazer. Es ist eine finanzielle Last, die jetzt durch Corona noch weiter verschärft wird. Meine Intention im heutigen Antrag ist, die Instrumente der Stadt Graz herauszuzeichnen und das, was wir selber in unserem eigenen Wirkungsbereich tun können, auch einzufordern. Zur Faktenlage, es ist gleichzeitig eine Problemanalyse. Das Erste ist, es wird viel gebaut, ja das stimmt, warum? Betongold glänzt, die Immobilienfonds, wurde heute schon angesprochen, haben Graz als Spielwiese entdeckt. 2019 wurden beispielsweise 250 Mio. in Graz Wohnimmobilien investiert, wie eine Studie zeigt, die Hälfte kommt von deutschen institutionellen Investoren. Die Stadtplanung hat darauf reagiert in einem Zeitungsartikel und man höre und staune, die Auswirkungen sind bekannt: es leidet die Baukultur, es werden Mikrowohnungen gebaut und gerade bei Corona wissen wir, die Familien wollen größere Wohnungen, Mikrowohnungen helfen uns nicht. Ich habe in meinem dringlichen Antrag einen Link miteingebaut, auf den ich noch einmal hinweisen möchte, da ist eine Wohnungsmarktanalyse interaktiv dargestellt, man kann schauen nach Bezirken heruntergebrochen, wie schaut es mit den Preisen aus, mit den Mietpreisen, mit den Kaufpreisen. Aber wie schaut es auch mit dem Angebot und der Nachfrage aus und es zeigt sich von 2012 herauf ein Überangebot. Das heißt, wir haben auch Leerstand, das ist im Endeffekt schon eine rechnerische Leerstandsanalyse über die Stadt gelegt. Ich hoffe, ihr alle und auch die Hörerinnen und Hörer im Livestream machen davon

Gebrauch. Ich werde es auch auf meiner Facebook-Seite auch anbieten. Das ist das Erste. In Graz wird viel gebaut und wir haben ein Überangebot. Das Zweite ist der Preis für diesen Wohnraum, egal ob Eigentum oder Miete, die Preise steigen. Bei den Eigentumswohnungen sind sie in den letzten zehn vergangenen Jahren um 45 % gestiegen. Die Quadratmeterpreise sind 2015 von 3.500 Euro auf 5.000 Euro in guten Lagen gestiegen, also hier ist enorm etwas passiert. Die Mieten steigen, die Bruttomiete ebenso. In der Steiermark zahlt man für eine Wohnung 8,48 Euro, für Genossenschaftswohnungen, und das ist jetzt der Grund, warum ich auf den sozialen Wohnbau hingreife und hinzeige, dass wir das forcieren müssen, bei Genossenschaftswohnen ist die Bruttomiete 6,48 Euro und in den Gemeindewohnungen auch 6,48 Euro. Das heißt, das ist das Instrument, das es zu forcieren gibt. Die Mieten andererseits heute sind durch die Medien gegangen, gegenüber 2019 ein Plus von 4,1 %; das heißt, die Mieten sind schon wieder österreichweiter Preistreiber, und ich glaube, in Graz sollten wir uns das nicht gefallen lassen. Man kann natürlich auch bei den Mieten entgegensteuern und ich bin heute sehr, sehr stolz als Arbeiterkammerin und als Sozialdemokratin, dass es gelungen ist, österreichweit die Richtwertmieten-Erhöhung auszusetzen. Das Nächste ist der Soziale Wohnbau, das ist der dritte Punkt in der Problemanalyse. Der Soziale Wohnbau spielt in Graz eine zu kleine Rolle. Eine Studie, auch jüngst publiziert, zeigt, dass der gewerbliche Wohnbau in Graz mit 72 % dominanter ist als in anderen Städten. Die Grafik könnt ihr in der Unterlage auch sehen. Das heißt, es ist nicht egal, wer baut, sondern wir müssen darauf reagieren und ich spreche jetzt die Maßnahmen an, die die Gemeinde machen kann. Wir haben ein Maßnahmenbündel, ist wahrscheinlich noch nicht alles, aber ein wesentlicher Teil. Das eine ist, Flächen zu sichern. Wir müssen schauen, wo kann Wohnbau genossenschaftlich oder Gemeindewohnbau stattfinden. Die Flächen gehören gesichert und sie gehören dem Markt entzogen und vor allem den Marktpreissteigerungen. Die Grundstücke sind ein wesentlicher Teil der Baukosten und fließen dann in die Mieten oder auch in den Erwerb von Eigentum ein. Manche Modelle sind schon diskutiert worden, das Wiener Modell, ja, wäre besser, aber wir haben momentan nur die Flächensicherung. Wir sollten das verstärkt aufgreifen. Das

zweite Instrument, das uns zur Verfügung steht, ist die Bebauungsfrist. Das heißt, wenn nicht bebaut wird, dass wir auch eine Investitionsabgabe miteinheben, das würde uns auch finanziell helfen. Das Dritte, das sind bebaute Flächen. Ich möchte nicht nur das Grünland herausgreifen, sondern mir ist es wichtig, dort, wo schon versiegelte Flächen sind, müssen wir hinschauen, ob sie für den Wohnbau geeignet sind. Es gibt innerstädtisch gute Flächen, die versiegelt sind, die wir sehr wohl für Gemeindewohnbau verwenden können ...

Zwischenruf StR Dr. Riegler: Bitte schön langsam zum Antrag kommen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

... ich werde meinen Antrag noch fertig darlegen. Dankeschön für die Erinnerung, dass die Zeit voranschreitet. Das Nächste, was wir brauchen, und das ist zu wichtig, ich möchte es gerne betonen, das sind Baurechte. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Instrument der Baurechte verändert sich. Früher, und das haben wir wahrscheinlich alle in Erinnerung, Baurechte wurden dazu verwendet, damit Genossenschaften oder Gemeinden Wohnbau bauen können, günstig. Die Stadt und die Öffentliche Hand hat das Baurecht vergeben. Jetzt kommen die Investoren daher und sagen, ja, komm bitte, wir wollen mit dem Baurecht verdienen. Die Verwendung des Instrumentes Baurecht ist in Gefahr und wir müssen hier hinschauen. Und das Dritte, das wir haben, ist der Bodenfonds. Hier bitte ich auch finanzielle Vorsorge zu treffen, damit wir auch Grundstücke ankaufen können. Ich komme jetzt schon zum Schluss und stelle den Antrag an den Herrn Bürgermeister. An dieser Stelle möchte ich ihm auch alles Gute und baldige Genesung wünschen und ihn ersuchen, meinen Antrag auch weiter zu behandeln. Der

dringliche Antrag

geht dahin, dass ich den Herrn Bürgermeister Siegfried Nagl ersuche, als Vorbereitung für die Entwicklung eines Programms „Daseinsvorsorge Sozialer Wohnbau/Leistbarer Wohnraum“ die zuständigen Fachabteilungen in Graz gemäß Motivenbericht und Analyse darzulegen, ...

Zwischenruf StR Dr. Riegler: Bitte zum Schluss kommen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

... und zu schauen, welche Instrumente in der Raumordnung möglich sind, damit wir genau diesen Zulauf von Vermögensanlagen verhindern und für die Grazerinnen und Grazer die Grundstücke sichern. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass ich gerne wissen möchte, wo sind Nachadjustierungen notwendig und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein dringlicher Antrag ist gut, wir wollen natürlich auch den Bericht dazu haben bis Mai dieses Jahres. Ich hoffe, dass es möglich ist, hier eine entsprechende Antwort seitens der Stadt zu erhalten. Dankeschön und bitte um Entschuldigung für die zwei Minuten.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das Grazer „Wohnungsangebot“ ist – weil primär von Investoren getrieben, zu teuer, auf Mikrowohnungen ausgerichtet und trifft damit nicht auf die Bedürfnisse der Grazerinnen und Grazer.

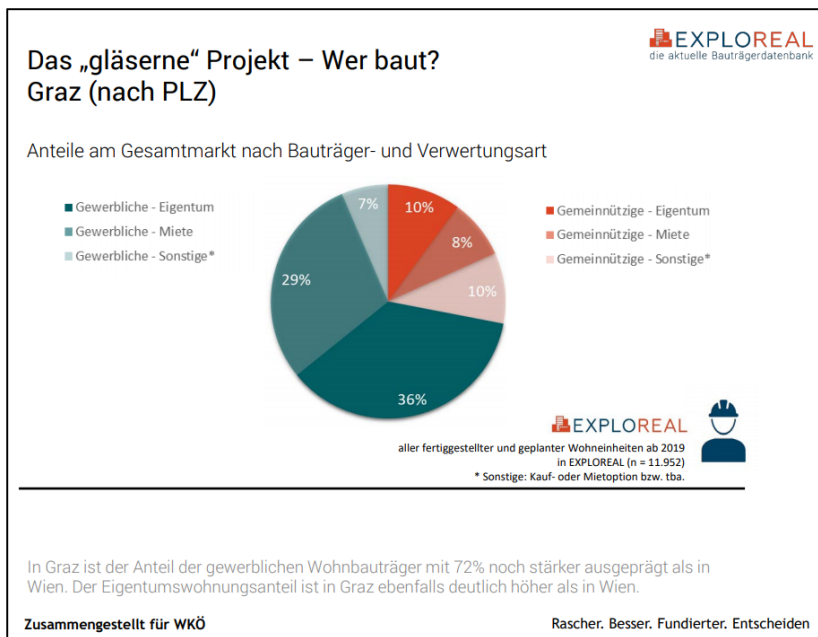
Zur Faktenlage: In Graz wird viel gebaut. Die Sicherheit des Grundbuchs, Inflationsschutz, steuerliche Begünstigungen von Bauherrenmodellen begünstigen Immobilieninvestoren. Betongold glänzt für Generationen: Kein Wunder, dass der Reichtum von Vermögenden, Banken und Versicherungen meist auf Ziegeln und Mörtel basiert. Oder längst haben Immobilienfonds Graz als Spielwiese entdeckt. 2019 wurden

250 Millionen Euro in Grazer Wohnimmobilien investiert, wie eine Studie der Immobilienberater von CBRE zeigt. Die Hälfte kommt von „deutschen institutionellen Investoren“. In der Stadtplanung ist man sich der Auswirkungen bewusst und beklagt mehr oder weniger offen, dass die Baukultur darunter leide, benennt als weiteres Problem die Mikrowohnungen, die rein für Anleger gebaut sind, weil damit mehr Profit für Investoren erzielt werden kann. Somit wächst das Angebot sehr stark: Interaktiv kann es hier betrachtet werden (Datenstand 1.2.2021):

https://mayordata.shinyapps.io/Graz_Wohnungsmarkt/

Trotz Überangebot sinkt der Preis für Wohnraum sowohl im Eigentum als auch bei der Miete nicht. Wohnungseigentum in Graz wird immer teurer. Laut Trivalue stieg der Verkaufspreis im Schnitt von 2970 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2015 auf nun 3500 Euro, in guten Lagen auf 5000 Euro. Im 10-Jahresabstand sind die Wohnungspreise in der Landeshauptstadt um 45% gestiegen. Und auch die Mieten steigen: 2019 lag die durchschnittliche Bruttomiete in der Steiermark für privat vermietete Wohnungen bei 8,48 €/m², in Genossenschaftswohnungen mit 6,48 €/m² und in Gemeindewohnungen mit ebenfalls 6,48 €/m².

Der soziale Wohnbau spielt in Graz leider nur eine kleine, zu kleine Rolle im Bestand und im Bau. Wie die nachfolgende Darstellung zeigt, ist der gewerbliche Wohnbau mit 72% dominanter als in anderen Städten Österreichs. Und darüber hinaus kann sozialer Wohnbau nicht überall stattfinden – die Standort- und Preisfrage (bedingt durch die Förderbedingungen des Landes Steiermark) ist hier essentiell.



Die Flächenzurverfügungstellung für den sozialen Wohnbau fällt in die Zuständigkeit der Gemeinde. Umso wichtiger wäre es, dass die Stadt selbst im Bereich Wohnbau selbst initiativ wird, ihre Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten über die finanzielle Vorsorge, das STEK, den Flächenwidmungsplan, Bebauungspläne in einem Programm „Daseinsvorsorge Sozialer Wohnbau/Leistbarer Wohnraum“ nutzt. Zu den wesentlichen Instrumenten, zählen:

- 1. Flächensicherung: Grundstücke können durch raumordnungspolitische Maßnahmen – Ausweisung von Vorbehaltsflächen für sozialen Wohnbau im Fläwi – der Gemeinden für den sozialen Wohnbau gesichert werden. Graz hat dies schon angewandt und die Flächen werden nach Erwerb durch die Stadt der Bebauung zugeführt. Leider ist die Ausweisung nicht automatisch mit Erfolg verbunden; zahlt ein anderer Anbieter mehr, dann steht die Fläche nicht mehr für den sozialen Wohnbau zur Verfügung. Und ein höherer Grundstückspreis – als Teil der Gesamtbaukosten - bestimmt auch wesentlich die Miethöhe. Eine andere Möglichkeit wäre die Ausweisung nach dem Wiener Modell, aber das wird in der Steiermark derzeit nur diskutiert.*

2. *Anders das Instrument der Bebauungsfrist, (im Rahmen der Revision des Fläwi, keine privatwirtschaftlichen Vereinbarungen bzw. Vorbehaltsflächen, zusammenhängend mindestens 3000m²). Als Bauland gewidmete Flächen werden mit einer Frist von 10 Jahren belegt, wenn innerhalb einer Frist von 10 Jahren nicht bebaut wird, dann wird gefragt, ob noch Bauland bleiben soll. Wenn ja dann wird eine Investitionsabgabe 1,- pro m² eingehoben oder wenn nein, dann erfolgt eine Rückwidmung in Freiland.*
3. *Bebaute Fläche: Prüfung der derzeitigen bebauten oder teilweise bebauten Flächen in öffentlichem oder privatem Eigentum, die ob der Lage für sozialen Wohnbau zur Verfügung stehen.*
4. *Baurechte: Baurechte, die die Stadt an Genossenschaften vergibt, ermöglichen die Errichtung von sozialen Wohnbauten, ohne die Grundkosten den Mietern überzuwälzen. Die Wohnbauförderung für Sozialmietwohnungen setzt die kostenfreie Grundstücksbereitstellung durch die Gemeinde voraus.*
5. *Bodenfonds: Finanzielle Vorsorge für Erwerb von Flächen durch Einrichtung eines Bodenfonds aus dem allgemeinen Budget, Landeswohnbauförderung, EIB etc., um dem sozialen Wohnbau eine sichere Zukunft zu schaffen.*

Entscheidend wird jedenfalls sein, bald all diese Instrumente in Zukunft so zu nutzen, um damit sicherzustellen, dass Wohnbau in unserer Stadt nicht weiter in zunehmendem Maße nur auf Basis der Geschäftsmodelle von Investoren „passiert“, sondern sich an den Interessen einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Stadtgestaltung/Stadtentwicklung und an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, als Vorbereitung für die Entwicklung eines Programmes „Daseinsvorsorge Sozialer Wohnbau/Leistbarer Wohnraum“ die zuständigen Fachabteilungen im Haus Graz zu beauftragen, gemäß Motivenbericht in einer Analyse darzulegen, mit welchen Instrumentarien aus dem Bereich Raumordnung auf den stetig steigenden Zulauf von Vermögens- und Pensionsfonds im Immobilien- und Wohnungsbereich insofern reagiert werden kann, als einerseits für den sozialen Wohnbau/den leistbaren Wohnbau ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt werden kann, wie auch insgesamt nachteilige Tendenzen in der Stadtentwicklung/Stadtgestaltung gestoppt werden können bzw. bei welchen Raumordnungsinstrumentarien entsprechende Nachjustierungen notwendig wären, um die Handlungsmöglichkeiten der Stadt zu verbessern. Dem Gemeinderat ist bis Mai dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen.

StR Dr. Riegler:

Wir haben ja heute sowieso das Toleranzpatent wirken, und daher sei das verziehen (*lacht*). Ich darf einladen, zur Dringlichkeit Wortmeldungen abzugeben.

GR Mogel:

Liebe Zuseher zuhause, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, liebe Kollegin Bauer. Du hast Recht, Wohnen ist teuer, in vielen Fällen auch zu teuer und für eine Stadt wie Graz ist natürlich auch wichtig, einem solchen Problem Herr zu werden. Dein Programm, so wie du es ausgerufen hast, Daseinsvorsorge, Sozialer Wohnbau, Leistbares Wohnen existiert ja eigentlich bereits. In der Stadt Graz hat es sich materialisiert in Wohnen Graz, Amt und Eigenbetrieb. Die Forderungen von dir und deine Themen, die du hier aufgestellt hast, werden soweit es die Stadt Graz selbst in der Hand hat, gemeinsam durch die Stadtplanung, durch Wohnen Graz und durch die Abteilung für Immobilien ja tagtäglich bearbeitet. Es werden durch die Stadt so viele Gemeindewohnungen gebaut wie noch nie, über 500 in dieser Periode. Das

Wohnungsamt hat beinahe in Echtzeit einen Überblick über den Bedarf, der wieder die Basis für die Stadtplanung und in Folge natürlich auch für die Immobilien-Abteilung bildet. Wir haben heute einen Antrag schon einstimmig beschlossen, der aus meiner Sicht eigentlich weitreichender ist als deiner. Daher ist dein Antrag grundsätzlich nicht unwichtig, ganz im Gegenteil, wenn es ums Wohnen geht, ist das immer wichtig, aber in diesem Fall ist er aus meiner Sicht obsolet, weil der eine Antrag von der ÖVP „Bauen in Graz“ eigentlich der weitreichendere ist. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Susi. Ich finde deinen dringlichen Antrag immens wichtig. Die Situation am Grazer Wohnungsmarkt ist dramatisch, wie du es auch ausgeführt hast. Und wir haben ja heute, wie es auch gerade gesagt wurde, einstimmig, und das freut mich wirklich, einen dringlichen Antrag beschlossen, der zumindest ein erster kleiner Schritt ist. In dem neuen Stadtplanungsausschuss sollen ja Themen diskutiert werden, die bisher gerade für die ÖVP und für die FPÖ komplett undenkbar waren, wie Leerstandserhebung z.B., und das ist ein erster zaghafter Schritt, der, finde ich, ein Stück weit zeigt, dass dein wirklich konstantes Bemühen, Susi, auch von Karl oder von mir, die wir jetzt wirklich die letzten Monate quasi jeden zweiten Monat einen dringlichen Antrag aus diesem ganzen Themenkreis eingebracht haben, dass dieses konstante Bemühen jetzt endlich einmal Früchte trägt und dass da jetzt irgendwie langsam ein Problembewusstsein für das Thema da ist. Gerade im Dezember haben der Karl und ich auch zwei dringliche Anträge zu dem Thema eingebracht, und ja, es ist absolut wichtig, dass wir hier alle gemeinsam dranbleiben. Die Vorschläge, die du da drinnen nennst, also ich sehe das überhaupt nichts so, dass das jetzt obsolet wäre wegen dem beschlossenen ÖVP dringlichen Antrag, weil das eine meint, einen Unterausschuss einzurichten, um überhaupt einmal Probleme zu diskutieren und dein Vorschlag, Susi, meint ja die Entwicklung eines ganzen Programmes, also das ist etwas völlig anderes und in keinsten Weise obsolet und ganz dringend notwendig. Deswegen werden wir dem auf jeden Fall zustimmen. Was ich

aber noch einmal betonen möchte, eben um dieser Investoren-gesteuerten Entwicklung, die es in Graz derzeit gibt, entgegenzuwirken, brauchen wir den Sozialen Wohnbau, wie du ganz richtig ausführst, Susi. Nur das Allerwichtigste wird einfach sein, noch mehr Geld in die Hand zu nehmen, und wirklich noch mehr Gemeindewohnungen zu bauen, weil solange wir den Anteil von Gemeindewohnungen da haben, wo er jetzt ist, wird das einfach kein ernstzunehmender Player auf dem Gesamtwohnungsmarkt sein und dahingehend sollen wir uns alle bemühen. Danke (Appl.).

KO GR Eber:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kollegin Susanne Bauer. Zunächst vielen Dank für deinen Antrag, ich wollte mich eigentlich hier gar nicht zu Wort melden, weil ich mir denke, es sind viele wichtige Fragen angesprochen, es ist ein sehr konkreter Antrag, wo eigentlich dann klar ist, in welche Richtung das zu gehen hat. Aus zwei Gründen habe ich mich jetzt doch noch entschlossen, hier kurz zu sprechen. Nämlich erstens ist es geschuldet dem Kollegen Michael Ehmann, der beim Antrag von der Kollegin Uli Taberhofer darauf verwiesen hat, dass wir als KPÖ dem Verursacherprinzip nicht Rechnung tragen würden, das möchte ich hiermit tun. Die Anlegerwohnungen, die steuerliche Begünstigung dieser wurden unter einem SPÖ-Finanzminister geschaffen. Das ist schade, dass es so ist, ist auch schade, dass das noch immer nicht auf höchster Stelle sozusagen im Nationalrat repariert worden ist, aber damit müssen wir jetzt halt leben und diese Problem sehen wir tagaus tagein sozusagen, dass das auch in unserer Stadt zu Problemen führt. Zweitens hat mich natürlich sozusagen herausgefordert der Kollege Mogel. Selbstverständlich ist es so, dass in der Stadtplanung, Wohnen Graz natürlich gute Arbeit geleistet wird und wir sehen aber halt, dass wir oft einmal auch nicht die Instrumente so richtig in der Hand haben, die wir bräuchten, um hier zu Fortschritten zu kommen. Und von daher ist es natürlich gut, dass wir diesen einstimmigen Beschluss vorher gefasst haben, aber der Antrag von der Susanne Bauer ist vielleicht jetzt nicht weitergehend, aber er geht in diesem Bereich weiter in die

Tiefe sozusagen und deswegen werde wir natürlich sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Nachdem ich nicht weiß, wie die Abstimmung ausgeht, die Kollegen von der ÖVP, die beiden, die ich gefragt habe, die haben sich sehr bedeckt gehalten. Normalerweise wenn sich die ÖVP bedeckt hält, heißt es, sie sind dagegen, ich hoffe, dass ich eine andere Überraschung erlebe. Ich möchte nur ganz gerne zum Kollegen Mogel replizieren. Du gibst mir Recht und dann sagst du aber, eigentlich sind wir so gut unterwegs, aber du gibst mir Recht, es ist teuer und zu teuer, und auf der anderen Seite brauchen wir nichts zu tun. Diese Offenheit vom ersten einstimmigen Beschluss des ÖVP-Antrages ist jetzt eigentlich eine Kehrtwende, dass man Richtung kleinlich wird und sagt, na gut, das ist ein bisschen zu konkret oder das geht in die Richtung, das wollen wir hier jetzt nicht. Aber auf der anderen Seite haben wir heute schon gehört, wir tun offen diskutieren, und diese Offenheit möchte ich noch einmal einfordern. Danke an Kollegin Wutte, danke an Herrn Eber. Einen Punkt noch zur Anlegerwohnung, und ja, wurde eingeführt, ich weiß es jetzt wirklich nicht, wer das gemacht hat, und das Konstrukt war damals eigentlich gedacht, um Wohnraum zu schaffen und das mit einer Vermietungspflicht zu versehen. Das Thema ist, dass damals wahrscheinlich keiner damit gerechnet hat, dass wir zu einer Finanzkrise kommen wie im Jahr 2008, und dass sich das ganz Vehikel sich nachdreht, und das meinte ich nämlich auch beim Baurecht. Auch da ist hier die Gefahr, dass das Vehikel oder dieses Instrument anders verwendet wird, als es vom Konstrukteur gedacht war, also meine ich, dass wir dringlich hier handeln sollten. Liebe ÖVP, ihr seid auch eingeladen, dem zuzustimmen. Ich möchte auch gerne die Daten euch, oder in diesem Ausschuss, dann auch gerne zur Verfügung stellen (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

**9.10 Novellierung des Steirischen Baugesetzes hinsichtlich des Rechtsanspruches auf Höchstdichte
(GR Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc, SPÖ)**

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Im Zuge der regen Bautätigkeiten in Graz bedienen wir uns ja unterschiedlichster raumplanerischer Instrumentarien, um unsere Stadt in die richtige Richtung zu entwickeln oder für eine lebenswerte Zukunft zu sorgen. Ein ganz wichtiges Instrumentarium ist sicherlich der Flächenwidmungsplan, weil dort werden die Kategorien festgelegt und auch die Höchst- und Mindestgrenzen von Baudichten. Gerade für die Umsetzung von Bauprojekten sind diese Dichten aber sehr wichtig, weil es bedeutet, je höher man baut, desto mehr Platz hat man dann für Grünraum z.B. und das beeinflusst natürlich auch die Lebensqualität unserer Grazerinnen und Grazer. Im Zuge der Auflage von Bebauungsplänen werden dann aber von gewerblichen und gemeinnützigen Bauträgern aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen fast ausschließlich die Höchstgrenzen in Anspruch genommen. Bei den Gewerblichen ist es die Gewinnmaximierung, bei den Gemeinnützigen ist es die Kostenreduktion, damit sie günstige Mieten anbieten können. Und in den meisten Fällen, oder fast ausschließlich, kann die Stadt Graz oder die betroffenen Gemeinden dem nicht widersprechen, weil der § 29 Abs. 2 des Steirischen Baugesetzes dem Bauträger quasi ex lege einen Rechtsanspruch auf die Höchstdichte des Flächenwidmungsplanes zugesteht. Durch diese rechtliche Regelung wird jedoch der gestalterische Spielraum sehr eingeschränkt, und im Falle, wenn man dem Bauträger die Höchstdichte verweigert, artet das sehr oft in einen Gutachterstreit oder in ein Gerichtsverfahren aus, das bis in die höchsten Instanzen geht. Und um den stadtplanerischen Gestaltungsrahmen der Stadt Graz zu erweitern und eine nachhaltige und lebensfreundliche und ökologische Entwicklung unserer Stadt zukünftig zu gewährleisten, stelle ich im Namen der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

dinglichen Antrag:

Die Stadt Graz möge auf dem Petitionsweg an das Land Steiermark herantreten, um eine Novellierung des Steirischen Baugesetzes bezüglich des § 29 Abs. 2 dahingehend zu erwirken, dass den Bauträgern nicht mehr – wie derzeit noch – ein Rechtsanspruch auf Ausnutzung der im Flächenwidmungsplan festgelegten höchstzulässigen Bebauungsdichte zugestanden werden muss. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Im Zuge der regen Bautätigkeiten in Graz werden viele raumplanerische Instrumentarien eingesetzt, um unsere Stadt in eine lebenswerte Zukunft zu entwickeln.

Ein wichtiges Instrument stellt sicherlich der Flächenwidmungsplan dar, der vor allem die Widmungskategorien von Grundstücken regelt und auch die Höchst- und Mindestgrenzen der Bebauungsdichten festlegt. Für die Umsetzung von Bauprojekten sind gerade diese Grenzen der Bebauungsdichten von besonderer Bedeutung, da sie die Höhe von Gebäuden und damit in weiterer Folge auch den freien Platz für möglichen Grünraum beeinflussen und somit für den Lebensraum der Grazerinnen und Grazer und für das Stadtbild einen wichtigen Faktor darstellen.

Im Zuge der Auflage von Bebauungsplänen werden von gewerblichen und gemeinnützigen Bauträgern aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen fast ausschließlich die Höchstgrenzen in Anspruch genommen und oftmals auch überschritten. In vielen Fällen können die Stadt Graz oder betroffene Gemeinden dem nicht widersprechen, da der § 29 (2) dem Bauträger ex lege quasi einen Rechtsanspruch auf die im Flächenwidmungsplan festgelegte Höchstgrenze der Baudichte zugesteht.

Durch diese rechtliche Regelung wird jedoch der gestalterische Spielraum der Stadt Graz und betroffener Gemeinden oftmals sehr eingeschränkt, da im Falle einer Verweigerung sicherlich mit gerichtlichen Einsprüchen und Erstellung von Gutachten zu rechnen ist.

Um den stadtplanerischen Gestaltungsrahmen der Stadt Graz zu erweitern und eine nachhaltige, lebensfreundliche und ökologische Entwicklung unserer Stadt zukünftig zu gewährleisten, stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz möge auf dem Petitionsweg an das Land Steiermark herantreten, um eine Novellierung des Steirischen Baugesetzes bezüglich des § 29 (2) dahingehend zu erwirken, dass den Bauträgern nicht mehr – wie derzeit noch - ein Rechtsanspruch auf Ausnutzung der im Flächenwidmungsplan festgelegten höchstzulässigen Bebauungsdichte zugestanden werden muss.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (19.57 Uhr).

GR DI Sickl:

Hoher Gemeinderat, hoher Stadtsenat, lieber Antragsteller. Unser Instrument, um Dichte und Grade zu bestimmen, ist der Flächenwidmungsplan, und in dem können wir als Stadt Graz eingreifen. Meines Erachtens, und vielleicht kannst du mir das dann anders erklären, öffnen wir mit dem, was du willst, Tür und Tor für Willkür, weil einmal geben wir die Obergrenze, einmal geben wir die Untergrenze, einmal geben wir eine mittlere Grenze. Wer bekommt was? Da erscheint mir das jetzige Instrumentarium doch deutlich besser, außerdem glaube ich auch, dass es rechtlich äußerst schwer ist und das wohl kaum halten wird, wenn wir angeben, dann fangen wir an und sagen eine genaue Dichte, aber nicht 0,6 bis 0,8 oder 1,0 oder was auch immer, das könnten wir ja machen, und dann bitte, dein Landesrat kann das machen, kann das einbringen, dein Koalitionspartner im Land, der ja auch anscheinend für deinen Antrag ist, ihr könnt das machen, macht das bitte, alles in Ordnung, verstehen tu ich es nicht wirklich. Wir können die Dichte, wir können die Grade als Stadt festlegen und sollten das auch

machen. Vielleicht tun wir diese Breiten weg, macht Sinn, da gehe ich mit dir d'accord, aber da sehe ich keinen Sinn drinnen und dringlich ist es wohl nicht für uns. Danke (Appl.).

GR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, so Sie noch beim Livestream dabei sind. Wir werden dieser Dringlichkeit zustimmen. Ich denke, das haben wir schon öfters, auch der Herr Bürgermeister, das immer wieder angesprochen, dass diese Ausnützung der Höchstdichte tatsächlich ein Problem ist, insbesondere auch der Umstand, was zur Dichte dazugezählt wird. Wir haben immer wieder diskutiert, Ewald, du weißt es auch, im Planungsausschuss, dass diese Zurechnung, was ist jetzt dichtererelevant, immer zu heftigen Diskussion geführt hat, insbesondere wenn es dann um Laubengänge gegangen ist, also wenn es darum gegangen ist, wie man sozusagen die Zugänglichkeit zu den Wohnungen im Falle einer Bebauung bewerkstelligt, da gibt es immer wieder Diskussionen und das ist jetzt eigentlich gelungen, zumindest die Laubengänge nicht mehr als unbedingt dichtererelevant anzusetzen. Also das wäre einmal ein wichtiger Punkt, dass man sozusagen auch schaut im Zuge der Petition und da wird natürlich von uns gefragt werden: Wie könnt ihr euch eine Regelung vorstellen? Das würde natürlich auch zu formulieren sein, wenn wir die Petition an den Landesgesetzgeber herantragen, weil letztendlich würde es dann um die Formulierung gehen. Und wie wir mit den Dichten umgehen, insbesondere bei der Ermittlung der Dichte, mir scheint hier das größere Problem zu liegen als bei der Festlegung der Dichte, aber du hast Recht. Wir werden diesem dringlichen Antrag im Rahmen unserer Diskussion auch im Unterausschuss, aber wenn die Petition früher vonstatten gehen sollte, dann werden wir auch das unterstützen.

KO GR **Dreisiebner:**

Werter Herr Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, wie viele Leute auch immer im Livestream zuschauen, vielleicht sind es ja mehr als wir glauben, schönen guten Abend. Wir werden diesem Antrag auch zustimmen. Ich möchte aber schon auch vorwegschicken, ich habe jetzt gerade noch gegoogelt, die Landesrätin ist laut Wikipedia Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion, also der Fraktion des Antragstellers, die Frau Ursula Lackner. Ich hoffe, ihr habt im Vorfeld mit ihr schon gesprochen. Dann habe ich noch beim Land Steiermark auf der Homepage nachgeschaut, aber sie ist definitiv zuständig für die Raumordnung, unter anderem, und sie ist definitiv für die SPÖ in der Landesregierung, wo ja eine schwarz-rote Koalition ist. Ich hoffe, dass wir das auch mit der Unterstützung, die der Georg Topf signalisiert hat, wirklich an die Landesregierung heranbringen. Dort wird ja gerade an einer Novelle gefeilt oder hoffentlich gefeilt, und es wäre sehr gut, das zustande zu bringen. Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen auch das Instrument der Bebauungsplanung, das ich ja immer wieder vertreten, dass man das ausweiten sollte, in speziellen Bereichen zumindest, wo uns das manchmal abgeht, Grüngürtel z.B. und einige andere mehr. Ich will hier jetzt nicht zu sehr ins Breite gehen, das ist eine Möglichkeit, z.B. mit Dichten auch dementsprechend zu arbeiten oder wäre eine Möglichkeit. Die andere Geschichte, wenn der Herr Sickl sagt, diese Ober- und Untergrenzen, das ist ja im Fläwi eh alle festgelegt, man sollte am besten gar keinen Range mehr machen, dann will ich schon den Herrn Kollegen Sickl, der ja Mitglied des Planungs- und des Grünraumausschusses ist, schon darauf aufmerksam machen, dass der Fläwi nicht auf die Parzelle eine Dichte festlegt, sondern für ganz Blöcke, Straßenzüge, Quartiere, die dann mehr oder weniger sich noch hinzuspitzen oder nach unten herunter nivellieren. Das hat einen gewissen Sinn, das hat mit der Erschließung des öffentlichen Verkehrs oder mit Einkaufsmöglichkeiten, Kinderbetreuungseinrichtungen und so weiter zu tun und da einfach zu sagen, da steht 1,0 und das 1,0 muss sein, egal wie das Nachbarhaus aussieht, egal wie die Gasse aussieht, so habe ich dich verstanden, lieber Kollege Sickl, also das ist in irgendeiner Form schon ein bisschen, naja. Vielleicht redest du einmal mit dem Herrn Inninger, der

kann dir das vielleicht erklären, also ich finde es grundsätzlich wichtig, wundere mich aber, dass man hier den Weg der Petition an die eigene Landesrätin stellt, aber hilft es nicht, so schadet es nicht (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR Dr. Piffli-Percevic:

Ja, wir haben ja heute schon mehrfach das Thema angeschnitten, auch in unserem Unterausschuss werden wir sicher noch hilfreich diskutieren, nur einen Punkt wollte ich doch noch sagen. Das, was derzeit im Fläwi gesetzeskonform ausgeführt ist, eine Dichte von/bis ist für den Normalverbraucher und auch für den Spezialisten nichts als irreführend. Wozu steht „von“, wenn es null Bedeutung hat, also das kann man niemandem erklären, das ist ein Relikt aus der Zeit und zeigt nur, dass es einmal anders war und da wollte ich dann auch noch was, Heinrich, doch sagen.

Selbstverständlich funktioniert das nur, wenn wir eine funktionierende Stadtplanung haben und da müssen dann auch Gutachten erstellt werden. Wir sind gezwungen, das ist so, parzellenscharf zu agieren, nur wenn sich so eine Maßnahme, die nur gebietsweise festgelegt wird, das kann nicht sein, dass auf jeder Parzelle im Grünraum, am Grüngürtel gleich ist, wie zur urbanen Stadt gewandt, also die Situation ist niemandem erklärbar. Die Lösung, die dort intendiert ist im Antrag, wäre uns sehr sympathisch (*Appl.*).

GR Mag. (FH) Muhr:

Zunächst einmal vielen Dank für die mehrheitliche Annahme. Lieber Heinrich, wir können gerne einmal eine Sonderstunde drehen, da können wir einmal darüber diskutieren. Es hatte einen Sinn. Den § 29, so wie er jetzt gerade im Gesetz steht, hat ja dein ehemaliger Parteikollege, damaliger Landesrat Schmid, ins Baugesetz hineingebracht, vielleicht ist es auch der Grund, warum du dich daran stößt, dass wir

den wieder herausnehmen sollen, aber soll so sein. Lieber Herr Karl, gut, dass du mich darauf hinweist, dass Landesrätin Lackner dafür zuständig ist, es wäre mir fast entfallen (*Gelächter im Saal*).

Aber nein, wir haben das im Vorfeld abgestimmt, davon kannst du sicherlich ausgehen. Warum wir den Petitionsweg wählen: Wenn der Gemeinderat das beschließt, hat das wahrscheinlich viel mehr Wirkung, als wenn wir da im Vier-Augen-Gespräch das der Frau Lackner darlegen, und wenn die ÖVP auch mitstimmt, dann sind beide Regierungspartner im Land damit involviert und hat vielleicht größere Aussichten auf Erfolg (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

9.11 Transparenz in der Grazer Verkehrsfrage (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuschauer im Livestream zuhause. Ich möchte den Reigen heute zur vorgeschrittener Stunde insofern schließen, indem ich noch einmal auf die Grazer Verkehrsfrage zurückkommen möchte. In meinem dringlichen Antrag geht es nicht um das Für und Wider der verschiedenen Verkehrskonzepte zur Mini-Metro, auch möchte ich nicht zu der vorherrschenden Uneinigkeit unter VerkehrsexpertInnen Stellung nehmen. Ich habe mir die MUM-Studie, die MUM-Präsentation in der Messe interessiert angehört und erfahren, dass ein erstes Stück zu dieser Verkehrsfrage vorliegt. Holding-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Malik hat aber auch bestätigt, dass neben diesem ersten Stück auch eine etwa 200 Seiten umfassende Langfassung existiert. Bei dieser Verkehrsfrage ist es, meiner Meinung nach, unerlässlich, volle Transparenz zu gewähren und einen breiten Konsens für die zu tätigende Entscheidung

zu finden. Immerhin wird diese Entscheidung die Stadt Graz für die nächsten Jahrzehnte prägen und deshalb sind natürlich auch die GrazerInnen einzubinden. Es ist daher notwendig, den BürgerInnen die Möglichkeit einer informierten Entscheidungsfindung zu gewähren, da diese Thematik für „Bauch-Entscheidungen“ viel zu weitreichend wäre. Alle politischen Fraktionen, alle GrazerInnen brauchen für diese Zukunftsentscheidung daher alle Fakten auf dem Tisch.

Im Sinne einer transparenten Stadtgebarung stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

1. Die Stadt Graz bekennt sich zu einem transparenten Vorgehen und wird die Langfassung der „MUM“- Machbarkeitsstudie zur Grazer Mini-Metro allen Grazer BürgerInnen über die Homepage der Stadt Graz zugänglich machen.
2. Die Stadt Graz bekennt sich zu einem transparenten Vorgehen und wird nach Fertigstellung die vollständigen Untersuchungsergebnisse zur Hüsler-Studie allen Grazer BürgerInnen über die Homepage der Stadt Graz zugänglich machen.
Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit vielen Jahren wird über die Zukunftsvision des Grazer Verkehrs debattiert, wobei bereits 2018 im Grazer Rathaus Ideen für eine Murgondel inklusive U-Bahn gewälzt wurden. Nachdem die schon lange angedachte Nord-Südverbindung mittels Schwebebahn entlang der Mur eine Absage erhielt, will man nun die Realisierbarkeit zweier U-Bahn-Linien prüfen.

Ich möchte an dieser Stelle nicht über das Für und Wider der verschiedenen Verkehrskonzepte zu Mini-Metro, S-Bahn-Ring oder Tram-Offensive debattieren, aber

die in den letzten Tagen neu aufgeflamnte Debatte über die Zukunft der Mobilität sowie die dabei getätigten Äußerungen zeigen klar, dass im Kreise von ExpertInnen, im Grazer Gemeinderat und auch in der Grazer Bevölkerung zu dieser Frage Uneinigkeit herrscht.

Nachdem nun ein erstes Stück in dieser Verkehrsfrage vorliegt, bestätigte Holding-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Malik im Zuge der „MUM“-Präsentation, dass neben diesem ersten Stück auch eine etwa 200 Seiten umfassende Langfassung existiert.

Bei dieser Verkehrsfrage ist es unerlässlich, volle Transparenz zu gewähren und einen breiten Konsens für die zu tätigende Entscheidung zu finden.

Immerhin wird diese Entscheidung die Stadt Graz für die nächsten Jahrzehnte prägen und deshalb sind natürlich auch die GrazerInnen einzubinden.

Es ist daher notwendig, den BürgerInnen die Möglichkeit einer informierten Entscheidungsfindung zu gewähren, da die Thematik für „Bauch-Entscheidungen“ viel zu weitreichend wäre.

Alle politischen Fraktionen und alle interessierten GrazerInnen brauchen für diese Zukunftsentscheidung daher alle Fakten auf dem Tisch.

Im Sinne einer transparenten Stadtgebarung stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

- 1. Die Stadt Graz bekennt sich zu einem transparenten Vorgehen und wird die Langfassung der „MUM“- Machbarkeitsstudie zur Grazer Mini-Metro allen Grazer BürgerInnen über die Homepage der Stadt Graz zugänglich machen.*

2. *Die Stadt Graz bekennt sich zu einem transparenten Vorgehen und wird nach Fertigstellung die vollständigen Untersuchungsergebnisse zur Hüsler-Studie allen Grazer BürgerInnen über die Homepage der Stadt Graz einsehbar machen.*

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Dankeschön, wir haben damit die dringlichen Anträge vollendet. Ich darf mich bei allen Damen und Herren bedanken, die heute zugesehen haben, mich verabschieden, darf mich auch im Saal bei jenen verabschieden, die im nicht öffentlichen Teil nicht mehr anwesend sein können und einen schönen Abend wünschen und darf ersuchen, dass sozusagen der Draht nach außen online abgestellt wird, damit wir in den nicht öffentlichen Teil wechseln können.